DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

318 28. JAHRGANG März 2011 4,50 €

AUS DEM INHALT:

HÄUSERKAMPF

Immer mehr Menschen können sich ein Leben in Paris nicht mehr leisten. Schuld daran sind vor allem die extrem hohen Mieten. Eine Gruppe von Studenten hat davon so richtig die Nase voll: Sie hatte Ende Dezember ein Haus nahe des Elysée Palast im schicken 8. Arrondissement besetzt. Das ehemalige Gebäude einer Versicherungsgesellschaft stand seit fünf Jahren leer – bis die Gruppe »jeudi noir« in das Haus eindrang und sich in den 1.500 qm eingerichtet hat.

Am 2. Februar 2011 hat ein massives Polizeiaufgebot im Berliner Stadtteil Friedrichshain das linke Wohnprojekt Liebig 14 geräumt. Bis zuletzt war die Räumung der Liebig 14, eines der letzten besetzten Häuser Berlins heftig umstritten. Seite 3

WELTSOZIALFORUM

Auf dem diesjährigen Weltsozialforum trafen sich diejenigen aus den Bewegungen und Zivilgesellschaft, die einen tiefen Bruch mit der neoliberalen Globalisierung wünschen, entweder in Form einer sozialen und ökologischen Regulierungspolitik, wie etwa in einem »Grünen New Deal«, oder durch einen grundsätzlichen Bruch mit dem Kapitalismus. Ein Bericht von Sven Giegold auf Seite 5.

DATENSCHUTZ

In der letzten Ausgabe hatten wir ein wenig über PGP-Schlüssel und ihre Verwaltung sowie die digitale Signatur geplaudert. All das ist recht nett und auch sicher, solange sich die Gegenseite im Umgang mit der Technik so dämlich anstellt, wie sie das gegenwärtig tut (oder zu tun scheint). Wenn sie irgendwann mal geschickter wird, werden aber auch wir vorsichtiger sein müssen, und weil das nicht ganz trivial ist, lohnt sich schon jetzt ein Blick auf das Web of Trust. PGP in der Praxis, Teil 2 auf Seite 6.

BÜRGERBEWEGUNG

Ein Leuchtturm ragt über die Dächer des Kölner Stadtteils Ehrenfeld, etwa vier Kilometer vom Rhein entfernt. Als Seezeichen diente der Turm noch nie, eher war er ein Prestigesymbol der frühindustriellen Elekrizitäts-AG namens »Helios«. Zwei Jahrhunderte später steht der Turm immer noch. Er ist zum Symbol einer Bürgerbewegung geworden, der »Helios-Bürgerinitiative«. Seite 11

BÜRGERFUNK

Im Jahr 1993 wurde in Niedersachsen durch eine Änderung des Rundfunkgesetzes die Möglichkeit geschaffen, lokale werbefreie Rundfunksender zu betreiben. Es gab zu dieser Zeit eine ganze Reihe von Initiativen, die Radio machen wollten, darunter auch einige, die sich der Idee des »Freien Radios« verbunden fühlten. Die Entwicklung der Bürgersender in Niedersachsen auf Seite 12.

www.contraste.org

KRITISCHE PSYCHOLOGIE

Eine Psychologie von »je mir«

Wie kommt die Kritische Psychologie (die mit dem großen »K«) in die CONTRASTE? Ist das nicht etwas aus den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts? Gibt's die »Holzkamp-Psychologie« denn immer noch?

Von Uli Frank, Hiddinghausen ● Eine Reihe von Projekten und Themen, von den in den letzten Jahren in der CONTRASTE zu lesen war, hatten immer wieder mal Bezüge zur Kritischen Psychologie – ohne, dass explizit die Rede davon war. Begriffe wie »Selbstentfaltung«, »Handlungsfähigkeit«, das »je ich« als Hinweis auf die Verallgemeinerbarkeit des individuellen Standpunktes, die fünf Schritte bei der Entstehung des Neuen usw. wurden in verschiedenen Artikeln verwendet. Die Kritische Psychologie kommt also ungenannt in der CONTRASTE immer wieder mal vor, nun machen wir sie explizit zum Thema.

Das jedoch ist nicht ganz einfach. Denn neben den oben genannten eher eingängigen Begriffen, gibt es viele weniger bekannte eigenwillige Wortschöpfungen Klaus Holzkamps, die die Lektüre seines 600 Seiten starken Hauptwerks »Grundlegung der Psychologie« manchmal zur Qual machen: »Verfügungsbehinderungen«, »Möglichkeitsverallgemeinerung«, »Kategorialanalyse«, »Aktualempirie« usw. Holzkamp nimmt diese Schwierigkeiten in der Einleitung schon vorweg: »...Man wird mir sagen, es mache große Mühe, dieses Buch zu lesen. Ich halte dem entgegen, daß es auch Mühe gemacht hat, es zu schreiben....«.

Eine ungewöhnlich knappe Selbstdarstellung der Kritischen Psychologie findet sich auf ihrer Homepage (kritische-psychologie.de): »Die Kritische Psychologie entstand aus der Studentenbewegung und den in dieser Zeit angestellten Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft. Mit der Überschreitung 'binnenwissenschaftlicher' Fragen und im Zusammenhang einer 'tiefgreifenden gesellschaftspolitischen und weltanschaulichen Umorientierung' (Holzkamp 1985) wandte sie sich auch gegen eine Psychologie als Herrschaftswissenschaft und die 'Psychologisierung' gesellschaftlicher Widersprüche. (...) Gegenstand subjektwissenschaftlicher Forschung ist nicht das Subjekt, sondern dessen Welt, wie sie von ihm empfindend, denkend und handelnd erfahren wird.«

Der Ursprungsimpuls der Kritischen Psychologie ist also nicht nur die Einsicht, dass die akademische Psychologie ihren eigenen Gegenstand (»Psyche«) nicht kennt, sondern auch, dass sie ihrem Forschungsgegenstand »Mensch« nicht gerecht wird, weil sie ihn vom Außenstandpunkt betrachtet und damit objektiviert und funktionalisiert. Als Individualwissenschaft erhebt die Kritische Psychologie dagegen den Anspruch, jedes besondere »ICH« von seinem subjektiven Standpunkt in der Gesellschaft her zu begreifen und dazu beizutragen, die eigene Handlungsfähigkeit real zu erweitern und neue Möglichkeiten zu eröffnen. Es geht damit also unter anderem darum, das wissenschaftlich zu fundieren und praktisch zu unterstützen, was CONTRASTE im Untertitel führt: Selbstorganisation.

Die Kritische Psychologie ist auch von Bedeutung, wenn es darum geht, dem Mythos des antriebslosen Menschen entgegen zu treten. In einer Gesellschaft, in der Menschen sich verkaufen müssen, um Leben zu können, ist es völlig nachvollziehbar, dass sie sich dem Zwang entziehen, sobald dies möglich ist. In völliger Verdrehung wird daraus geschlossen, dass Menschen »gar nichts« mehr tun, wenn man sie nicht besticht (»Lohn zahlt«) oder sie nicht zwingt (»Arbeitszwang bei ALG-2«). Wer nicht »motiviert« sei, den müsse man »Fördern und Fordern«, so heißt es.

Dekonstruiert man die dahinter stehenden Annahmen, so wird deutlich, dass »jemanden zu etwas motivieren« immer einen Außenstandpunkt einschließt: Da ist jemand, der weiß vorher, wozu ich gebracht werden soll. Der Standpunkt erster Person, mein Standpunkt, bedeutet hingegen, dass *nur ich* wissen kann, was mein Platz in dieser Welt ist, wie mein Beitrag aussieht, wie ich mich am besten entfalten kann – und wie die Gesellschaft sein muss, dass *mir* dies »motiviert« möglich ist. Das Unmotiviert-Sein in einer Gesellschaft, deren selbstbezügliche Sinnlosigkeit an allen Ecken sichtbar und für mich in meinem Lebensbereich hautnah erfahrbar wird, ist *kein individuelles Problem*. Gleichwohl bin ich für mein Handeln jederzeit verantwortlich, es ist nicht beliebig, was ich tue. Ich kann Isolation und Exklusion aktiv betreiben oder für Zusammenschluss und Einschluss der Anderen sorgen. Sich in diesen vielfältigen Widersprüchen bewegen zu können, dafür bietet die Kritische Psychologie einige Denkmittel.

Unser AutorInnenteam: Stefan Meretz schrieb die Einführung. Vier engagierte Studierende der Psychologie, Leoni Breuer, Moritz Thede Eckart, Leonie Knebel und Marcel Thiel, berichten von den Schwierigkeiten, neben dem akademischen Studium aus eigener Initiative den Zugang zur Kritischen Psychologie zu finden, und warum sie das trotzdem so wichtig finden. Grete Erckmann und Michael Zander (AG Berufspraxis) liefern einen Praxisbericht aus der psychosozialen Arbeit, und die Philosophin Annette Schlemm (»Philosophenstübchen«, Jena) diskutiert die Bedeutung der Kritischen Psychologie für emanzipatorische Bewegungen.●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

Copyleft

Alle Texte des Schwerpunkts zur Kritischen Psychologie dürfen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz »Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland« verbreitet, verändert und verändert verbreitet werden, sofern die ursprünglichen AutorInnen genannt werden und die Lizenz erhalten bleibt. Alle Texte und Literaturlisten finden sich online unter:
kritische-psychologie.de/contraste

D 8008

Anzeige

6. STUTTGART OPEN FAIR

Demo und Markt der Zivilgesellschaft

Die erste Großdemo des Jahres gegen Stuttgart21 und das Festival »Stuttgart Open Fair« konkurrierten am selben Wochenende um TeilnehmerInnen. Sie ergänzten sich aber auch vorzüglich. Der Widerstand gegen das Milliardengrab der Bahn ist ungebrochen, 40.000 Menschen zogen um die Altstadt von Stuttgart. Viele besuchten anschließend den »WeltSTATTmarkt« auf dem Schlossplatz, auf dem »eine andere Welt« der Zivilgesellschaft erlebbar wurde.

Von Peter Streiff, Redaktion Stuttgart ● Mehr als 14.000 BesucherInnen haben vom 28. bis 30. Januar 2011 beim Festival »Stuttgart Open Fair« (SOFa) auf dem Schlossplatz, im selbstverwalteten Jugend- und Kulturzentrum *Forum 3* und im *Laboratorium* Grenzgänge in eine andere, gerechtere Welt erlebt. »Grenzen überwinden erfordert, dass wir stetig vorwärts gehen. Eine andere Welt ist möglich – es liegt an uns sie zu verwirklichen.«, sagte Chico Whitaker, Mitbegründer des Weltsozialforums, auf dem Stuttgart Open Fair. Von da fuhr der 80jährige mit dem Elektromobil zur Großdemo, wo er den Widerstand bestärkte. In seinem jahrelangen Kampf in Brasilien habe er gelernt, wie wichtig es ist, möglichst vielen Menschen bewusst zu machen, dass »eine bessere Welt möglich ist und dass sie aus dem Hamsterrad des Kapitalismus aussteigen können.«

Das SOFa stand in Verbindung mit dem zehnten Weltsozialforum, das Anfang Februar in Dakar (Senegal) stattfand (vgl. Seite 5). Mehr als 65 zivilgesellschaftliche Initiativen aus der Region Stuttgart zeigten eindrucksvoll ihr Engagement für eine Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, Naturschutz, Klimagerechtigkeit und friedliches Zusammenleben Vorrang haben. Über deren Umsetzung wurde nachgedacht, diskutiert und geplant – an 49 Infoständen, in 26 Workshops, einem fünf-stündigen Bühnenprogramm, Konzerten und Diskussionsveranstaltungen. Tausende Teilnehmende forderten eine Welt, in der Bürgerinnen und Bürger über Wahlen hinaus mitbestimmen können.

Wangui Mbatia kenianische Rechtsanwältin und Mitbegründerin des *Peoples Parliament* in Nairobi, forderte: »Die Menschen in aller Welt müssen über die Dinge, die sie betreffen, selbst entscheiden können.« Bei der Eröffnungsrede des »WeltSTATTmarkts« betonte Mbatia: »Wir erleben dieselben Prozesse in Stuttgart wie auch in Kenia etwa bei der Privatisierung der Bahn oder des Wassers.« Sie machte den AktivistInnen in Berlin und Stuttgart Mut, sich für eine Re-Kommunalisierung der Wasserversorgung einzusetzen: Denn mit beharrlichem Einsatz sei es zivilgesellschaftlichen Gruppen in Nairobi gelungen, die Verträge mit dem Konzern Veolia – derselbe wie in Berlin – aufzulösen.

Wo die Zivilgesellschaft Grenzen setzen muss, zeigte Pat Mooney, kanadischer Umweltaktivist gegen Nanotechnologie und Träger des alternativen Nobelpreises: »Regierungen und Konzerne versuchen den durch unsere Technologien erzeugten Klimawandel mit technischen Eingriffen in das globale Ökosystem zu 'lösen'. So wollen sie verhindern, dass die Ursachen der Probleme angegangen werden. Die Grundbedürfnisse der Menschen müssen aber Vorrang haben vor der Logik des Geldes, dafür kämpfen wir weltweit.«

Das Festival zeigte konkrete Auswege aus der Zerstörung der Lebensgrundlagen und Alternativen zur Ausbeutung von Mensch und Natur auf. Soziale und umweltgerechte Geldanlagen, Infos zu regionaler und fairer Bio-Ernährung, Wahrung der Menschenrechte sowie umweltschützendes Verhalten wurden an Infoständen diskutiert und in Workshops, an denen knapp 600 Interessierte teilnahmen, erklärt.

Eines der Highlights des Festivals war der Auftritt der Schülergruppen aus Backnang, Schwäbisch Gmünd und des Jugendhaus 49 in Stuttgart-Nord. Sie zeigten Darbietungen über das Leben in Afrika: Eine Woche beschäftigten sie sich intensiv mit dem Thema Kindersoldaten, das sie eindrucksvoll auf die »WeltBühne« brachten. Weitere Ergebnisse ihrer Arbeit stellten sie in einem begehbaren Grenzgang aus.●

www.stuttgart-open-fair.de

ADRESSENVERZEICHNIS UND CONTRASTE-ARCHIV AUF CD

BUNTE SEITEN 2011

2.600 Anschriften mit den Rubriken Anarchismus, Antifa/MigrantInnen/Flüchtlinge, Antimilitarismus, Antirepression, Archive, Buchhandel, Infoläden, Kommunen, Kneipen, Kultur, Schulen, Tauschringe, Umsonstläden und Wohnprojekte enthält unsere Datenbank auf CD-ROM. Sortiert werden kann z.B. nach Rubriken, Postleitzahlen oder Städten, um herauszufinden, welche linken und alternativen Projekte sich in der näheren Umgebung befinden.

Auch der »Reader der AlternativMedien« mit den Titeln alternativer und linker Zeitschriften aus dem deutschsprachigen Raum (BRD, Österreich und der Schweiz) sowie die Adressen der Freien Radios wurde aktualisiert.

Die CONTRASTE-Jahrgänge 2004 bis 2009, der Jahrgang 1984 und Teile des Jahrgangs 1985 wurden im pdf-Format archiviert, ergänzt durch ein Schlagwort-, AutorInnen, Gruppen- und Personenregister.

CONTRASTE-AbonnentInnen und Fördermitglieder erhalten die ArchivCD3 als Erstbestellung für 25 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten. Alle anderen bekommen sie für 35 EUR zzgl. 3 EUR Versandkosten. Das Update kostet für AbonnentInnen und Fördermitglieder 20 EUR, für alle anderen 30 EUR, zzgl. 3 EUR Versandkosten. Für das europäische Ausland berechnen wir 4 EUR Versandkosten.

ISBN 978-3-924085-09-0

Bestellungen: Über den Bestellcoupon auf www.contraste.org oder direkt:
Zeitsprung Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
E-Mail: zeitsprung-verlag@online.de.

AKTION 2011

221 Spenden gesucht

In unserer letzten Ausgabe hatte der »Druckfehlerteufel« zugeschlagen. War uns doch in der letzten Satzkorrektur die Zahl 2 in die Headline gerutscht, die nicht mehr bemerkt wurde und so stand dort »2Spenden gesucht«. Na ja, gebraucht werden genau 221 Spenden à 20 EUR (4.221 EUR), damit wir ohne rote Zahlen zu schreiben dieses CONTRASTE-Jahr beenden können.

Redaktion Heidelberg ● Dringend benötigt wird bis zum Mai 2011 mindestens die Hälfte der Summe. Schuld an dem in diesem Jahr zusätzlichen finanziellen Engpass hat ein gewisser Herr Schäuble, der mit der neuen Mehrwertsteuerregelung beim Zeitungsvertrieb ein Darlehen aufgenommen hat, dass vorfinanziert werden muss. Zurückgeführt wird dieses Darlehen leider erst mit unserer Jahressteuererklärung im kommenden Jahr. Und so bitten wir nochmals um möglichst viele Spenden, damit wir auch über den Sommer 2011 hinaus produzieren können.

Gespendet wurden im Februar 2011:
● Sabine Ellersick, Düsseldorf (55 EUR)
● Bernd Höflinger, Reutlingen (20 EUR)
● N.N. München (20 EUR)

Herzlichen Dank!

Neuabos gab es drei, leider aber auch die Kündigung von drei Abos und die einer Fördermitgliedschaft über 62 EUR. Das Ziel unserer Abokampagne liegt nun bei 141+.

Adressänderungen

Leider erreichen uns immer wieder Reklamationen von Leuten, die CONTRASTE trotz Nachsendeauftrags nicht mehr erhalten. Der Postzeitungsvertrieb ist nicht Bestandteil des Nachsendeauftrags, wir erfahren auch nicht, dass die Zeitung nicht zustellbar ist. Die ZustellerIn entsorgt diese Monat für Monat bis sich unsere LeserIn mit einer neuen Anschrift meldet. Deshalb ist es wichtig, uns bei eurem Umzug sofort eure neue Anschrift mitzuteilen!

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht, damit die bei einer geplatzten Lastschrift anfallenden Bankgebühren vermieden werden können. Die beteiligten Banken belasten unser Konto mit Gebühren in Höhe von 5,50 EUR.

Eine Umstellung von einem Normalabo auf eine Fördermitgliedschaft im CONTRASTE e.V. stabilisiert unser Projekt. Fördermitglieder erhalten CONTRASTE kostenlos und das Finanzamt muss in diesem Fall auf die Mehrwertsteuer verzichten (näheres zur Fördermitgliedschaft im Coupon auf dieser Seite).

Wir hoffen weiterhin auf Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto siehe Kasten unten (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@online.de.●

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2011

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2011: 4.221 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 141+ Neuabos

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Elis.corner

Politik – Körper – Therapie

Von Elisabeth Voß ● Nachdem ich Ende der 1970er Jahre nach zwei Besuchen im vermeintlichen Mutterland des Sozialismus, der ruhmreichen Sowjetunion, meine kommunistischen Jugendträume enttäuscht begraben hatte, schloss ich mich der Westberliner Wilhelm-Reich-Initiative an. Aus dem Scheitern der StudentInnenrevolte und den autoritären Strukturen in den realsozialistischen Ländern schlossen wir, dass die Menschen so, wie sie von Kindheit an auf das Funktionieren unter ausbeuterischen Herrschaftsbedingungen zugerichtet wurden, nicht in der Lage seien, eigene emanzipatorische Strukturen aufzubauen. Daraus folgte, dass sich zuerst das Individuum von seiner Angst und Anpassungsbereitschaft befreien müsse.

Also lasen wir Wilhelm Reich: »Die Massenpsychologie des Faschismus«, seine »Rede an den kleinen Mann«, die »Charakteranalyse« und natürlich »Die sexuelle Revolution«. Reichs Sexpol-Aktivitäten waren uns ein Vorbild: Als konsequente Weiterentwicklung von Freuds Theorie der Kulturbildung durch »Sublimierung« des Sexualtriebes (eine feine Umschreibung der Unterordnung der eigenen Wünsche unter gesellschaftliche Zwänge) hatte Reich eine Theorie der Befreiung vom Kapitalismus durch Befreiung der Sexualität entwickelt: Wer sich die eigene Lust wieder aneigne, widersetze sich gleichzeitig der Herrschaft der Vernunft und der Sachzwänge, erkenne sich als unterdrücktes Individuum und würde fähig, sich zu wehren. Erst so sei die Herausbildung einer revolutionären Persönlichkeit möglich, die jedoch durch die eigene, von klein auf gelernte, Angst vor der Freiheit immer wieder gebremst würde.

In den 1930er Jahren gab Wilhelm Reich – der 1933 von den Nazis ins skandinavische Exil vertrieben wurde – unter dem Pseudonym Ernst Parell die »Zeitschrift für Politische Psychologie und Sexualökonomie« heraus. Sexpol-AktivistInnen organisierten in Wien und Berlin Sexualberatung für ArbeiterInnen. Wilhelm Reich wurde wegen dieser unkonventionellen, antiautoritären Aktivitäten sowohl aus der Psychoanalytischen Vereinigung, als auch aus den Kommunistischen Parteien Österreichs und Deutschlands ausgeschlossen.

Ihn als Vorbild vor Augen, organisierten wir Veranstaltungen zu den Theorien Wilhelm Reichs und erste Körpertherapie-Workshops. Es ging darum zu atmen, den Körperpanzer zu lockern und den Erinnerungen und Gefühlen, die in diesen Verpanzerungen gespeichert sind, nahe zu kommen, indem die bisher verdrängten Schmerzen nicht nur erinnert, sondern nochmals durchlebt werden. Ähnliche Therapieangebote gab es von der Bhagwan-Sekte, aber auch von Körpertherapie-Schulen wie zum Beispiel der Bioenergetik nach Alexander Lowen oder der Biodynamik von Gerda Boysen. Das Tabu Missbrauchs- und Gewaltsituationen in solchen Therapien brach erstmals in den 1980er Jahren der Begründer der Biosynthese, David Boadella.

Auf unseren Veranstaltungen tauchte regelmäßig Helga Goetze auf, die 2008 verstorbene Künstlerin und Aktivistin für die sexuelle Befreiung der Frauen mit ihrem Slogan »Ficken ist Frieden«. Als Teil der Kommunebewegung verstanden sich die Ableger des Friedrichshofs bei Wien, deren Mitglieder – auch in Berlin und ebenfalls unter Berufung auf Wilhelm Reich – kahlgeschoren und in Blaumännern die sexuelle Revolution propagierten. Erst später realisierten wir, welch autoritäres Gewaltsystem der Gründer Otto Mühl – 1991 wegen sexueller Gewalt gegen Minderjährige zu 7 Jahren Haft verurteilt – in seiner »Aktionsanalytischen Organisation« (AAO) installiert hatte.

Die notwendige Kritik an der patriarchalen Auslegung der Sexualität diskreditiert nicht die Sexualität als solche. Ebenso sollte die Benutzbarkeit der reichianischen Körpertherapie und ihrer Weiterentwicklungen für autoritären Machtmissbrauch nicht darüber hinwegtäuschen, in welchem Maße gesellschaftliche Zwänge unsere Körper kolonialisieren, und dass politische Befreiung auch Befreiung der Körper beinhaltet. Insofern sehe ich auch heute noch politische Aspekte in der Körperpsychotherapie.●

»KAFFEE UND TEE AM HAKEN« IM LÜBECKER WELTLADEN

Nun auch in Lübeck: »Eins für den Haken«

Im Weltladen in Lübeck, in der Hüxstr. 83-85, bekommen KundInnen mit Lübeck-Pass, deren Geldbeutel es sonst nicht zulässt, fair gehandelten Kaffee und Tee – kostenlos.

Von Anne Elbers ● Das Prinzip ist ganz einfach und bisher vor allem aus Bäckereien und Cafés bekannt: Zusätzlich zu ihrem Einkauf können KundInnen Brot, Kaffee oder Kuchen bezahlen und hängen den Bon an einen Haken. Dieser Bon ist für Menschen mit wenig Geld gedacht und kann von ihnen gegen die schon bezahlte Ware eingelöst werden.

Die Idee stammt aus Istanbul, wurde von dort in der Hamburger Bäckerei »Wandsbäcker« umgesetzt und ist mittlerweile in immer mehr deutschen Städten zu finden. Der Weltladen Lübeck möchte diese Idee weitertragen und in Lübeck einführen, gerne auch zur Nachahmung.

Durch die Aktion »Kaffee und Tee am Haken« können sich KundInnen des Weltladens denjenigen Menschen solidarisch erweisen, die gerne fair gehandelten Kaffee oder Tee kaufen würden, sich dies jedoch finanziell nicht leisten können. Sie kaufen einfach ein Paket Tee oder Kaffee mehr und hängen den Bon an den Haken. Hier kann er von Menschen mit Lübeck-Pass eingelöst werden; eine Aktion, die sowohl den ProduzentInnen aus den Ländern des Südens als auch Menschen mit wenig Geld im eigenen Land zugute kommt.

Der Weltladen Lübeck, ein Fachgeschäft für Fairen Handel, setzt sich durch den Verkauf von Produkten aus den Ländern des Südens für mehr Gerechtigkeit im Welthandel ein. Durch den Verkauf der hochwertigen Waren wird den ProduzentInnen in den sogenannten Entwicklungsländern ein fairer Preis gezahlt, der ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, ausbeuterische Kinderarbeit überflüssig macht und sozial- und umweltverträgliche Arbeitsbedingungen ermöglicht.●

Weltladen Lübeck, Hüxstr. 83-85, 23552 Lübeck
Tel. (04 51) 7 47 01
weltladen@eine-welt-luebeck.de

Aus: Gegenwind 268, Januar 2011

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

Anzeige

DIE ROTE HILFE
Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen die Repression

Schwerpunkt der Ausgabe 4/2010:
Zur Lage der Menschenrechte in Deutschland

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr.

Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Rote Hilfe e.V.
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Tel./Fax: 0431/7 51 41
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Jetzt auch in gutsortierten Bahnhofsbuchhandlungen

PARIS: GEGEN IMMOBILIENSPEKULATION UND OBDACHLOSIGKEIT

Hausbesetzer rücken Sarkozy auf den Leib

Paris ist ein teures Pflaster – nicht nur für Touristen. Immer mehr Menschen können sich ein Leben in der Metropole nicht mehr leisten. Schuld daran sind vor allem die extrem hohen Mieten. Oftmals gehen viele Pariser nur noch für ihre Wohnung arbeiten – schließlich geben sie frustriert auf und ziehen in die Banlieues. Eine Gruppen von Studenten hat davon so richtig die Nase voll: Sie haben Ende Dezember ein Haus nahe des Elysée Palast im schicken 8. Arrondissement besetzt. Das ehemalige Gebäude einer Versicherungsgesellschaft stand seit fünf Jahren leer – bis zum 27. Dezember 2010 als die Gruppe »jeudi noir« (schwarzer Donnerstag) in das Haus eindrang und sich in den 1.500 qm eingerichtet hat.

Von Susanne Götze, Paris ● »Die Besetzung ist ein symbolischer Akt, aber auch gleichzeitig haben wir einen Ort gesucht, wo man an die 30 Personen unterbringen kann, die kein Obdach in Paris gefunden haben«, erklärt Manuel Domergue, der seit gut zwei Wochen in der Avenue Matignon 22 wohnt. Er hat schon vielen Oppositionsgrößen wie NPA-Chef Olivier Besancenot (Nouveau Parti Anticapitaliste), den Führer der französischen Linkspartei Jean-Luc Mélenchon (Parti de Gauche), Vertretern der Sozialistischen Partei und diversen Kommunalpolitikern die Hand geschüttelt. Sie alle unterstützen die Hausbesetzung von »jeudi noir« und wettern gegen Immobilienspekulation und zunehmende Obdachlosigkeit.

Doch auch ungebetene Gäste geben sich die Ehre: 24 Stunden am Tag wird das Haus von der Polizei kontrolliert. Ohne ihre Erlaubnis kann niemand und nichts rein und raus. Das macht den Alltag in der »Matignon 22« nicht gerade einfach. »Auf Druck von einigen Politikern hat die Polizei ihre strikte Blockade des Gebäudes etwas gelockert. Nun können wir immerhin einkaufen gehen«, berichtet Besetzer Manuel. Allerdings nur Lebensmittel – Heizungen und andere Einrichtungsgegenstände dürfen nicht ins Haus. Trotz der Umstände versuchen es sich die 30 Besetzer langsam einzurichten. Routinemäßig führen sie Journalisten und Fernsehteams durchs Haus, um über ihr neues Leben und ihre Motivation zu berichten. Doch außer Matratzen, Kochplatten und Laptops gibt es noch nicht viel zu sehen, denn die Besetzer haben alle Hände voll zu tun, ihr gewonnenes Terrain zu verteidigen: Sie rufen zu Demonstrationen vor dem Haus auf, erlassen Petitionen, drehen Videos und hängen Transparente auf. Mut macht ihnen, dass der offizielle Besitzer, die Versicherungsgesellschaft AXA, bisher keine Klage eingereicht hat.

Bis Oktober letzten Jahres waren die Pariser Hausbesetzer in einem historischen Gebäude auf dem beliebten Place des Vosges im angesagten Stadtteil des »Marais« zwischen Bastille und Châtelet zu Hause. Dieses Haus besetzten sie immerhin ein Jahr lang. Nun ist ihr Protest allerdings in Reichweite des Präsidentenpalastes – was zwar die Medienaufmerksamkeit erhöht, aber die Chancen für einen dauerhafte Besetzung nicht gerade steigert.

Werden sie geräumt, sitzen viele von ihnen wieder auf der Straße. Auf die Frage, warum sie denn keine

Foto: Susanne Götze

Wohnung bekommen, erklären die Aktivisten sehr bereitwillig die Pariser Misere: Zu wenig Wohnraum, zu viel Leerstand und einen stetig steigenden Mietspiegel. »In Paris ist es unmöglich eine Wohnung zu mieten oder gar zu kaufen, wenn man nicht zu den reicheren Schichten gehört.«, meint Manuel. Für prekäre Gruppen wie Studenten, Arbeitslose, Selbstständige und Geringverdienende sei in Paris schlicht kein Platz mehr.

Tatsächlich gibt es selbst um winzige Dienstmädchenzimmer von gerade einmal neun Quadratmetern für über 600 Euro heiße Konkurrenz. Das Haus in der Matignon 22 bringt es nach Schätzungen auf astronomische 20.000 Euro pro Quadratmeter. Zudem verlangen viele Vermieter von den Bewerbern unleistbare Sicherheiten wie mehrere Bürgen, das Gehalt muss das dreifache der Miete ausmachen und es werden hohe Kautionen von bis zu drei Monatsmieten verlangt. Die Vermieter begründen dies oft damit, das sie in den letzten Jahren immer häufiger um ihre Mieten geprellt wurden.

Die Kritik der Studenten von »jeudi noir« wird durch die Zahlen des aktuellen Berichtes der Stiftung Abbé Pierre über prekäre Wohnverhältnisse untermauert: Mittlerweile haben 3,5 Millionen Menschen in Frankreich keine eigene Wohnung mehr und leben unter unwürdigen Bedingungen. Die Zahl der Menschen, die völlig auf der Straße leben, stieg in den letzten Jahren auf mittlerweile 100.000. Kurz- oder langfristig sind noch einmal rund 6,6 Millionen Menschen von schlechten Wohnverhältnissen bedroht.

Zwar gibt es Sozialwohnungen, die sogenannten HLM (habitation à loyer modéré), die in Frankreich eine lange Tradition haben, doch nur ein verhältnismäßig geringes Angebot, vor allem im Zentrum von Paris. Laut der Fondation Abbé Pierre warten rund 1,2 Millionen Franzosen schon des längeren auf eine Antwort für eine entsprechend günstige Wohnung – teilweise schon mehrere Jahre. »Jeudi noir« konstatiert, dass im 8. Arrondissement, wo die Gruppe das Haus besetzte, nur zwei Prozent der Wohnungen ausgewiesene Sozialwohnungen sind. »Der Pariser Wohnungsmarkt ist eine riesige Spekulationsblase«, meinte Benoît Hamon, Sprecher der Parti socialiste (PS) beim Besuch bei »jeudi noir«. Man sei in der Situation, dass einige Immobilienunternehmen damit Geld machen, das andere Menschen keine Wohnung fänden. Deshalb plädieren die Sozialisten dafür, eine Steuer auf leerstehende Gebäude zu erheben, damit die Verknappung unrentabel werde. Olivier Besancenot (NPA) hingegen fordert gleich die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Beschlagnahmung von leerstehenden Gebäuden legalisieren würde.

Beide Politiker sind allerdings nicht an der Regierung und bereiten sich derzeit ausgiebig auf den Wahlkampf im nächsten Jahr vor. Unter der konservativen Führung von Präsident Sarkozy ist hingegen kaum mit einer Besserung der Lage zu rechnen. Im Gegenteil. Wohnungsaktivist Manuel betont, dass sich die Situation unter der Regierung Sarkozy drastisch verschlechtert habe, da die Politik nichts mehr dafür tue, damit die Preise sich stabilisieren oder gar sinken. »Auf der Seite der Vermieter und der finanzstarken Käufer von Immobilien wurden kräftige Steuergeschenke gemacht, dagegen wurden die Hilfen zum Bau von Sozialwohnungen stark gekürzt«, erklärt der Besetzer.

Als Reaktion auf die dramatisch steigende Zahl der Obdachlosen, stellt die Organisation »les enfants de don quichotte« (die Kinder des Don Quichotte) jeden Winter in großen französischen Städten Zelte für die Obdachlosen bereit. Die Bilder von der endlosen Kette der kleinen roten Zelte entlang des Pariser Canal Saint Martin gingen damals durch die französische Presse und brachten das Thema 2006 auf die politische Agenda. Anlässlich dieser Aktion gründeten Studenten dann 2007 das Kollektiv »jeudi noir«, um regelmäßig leerstehende Gebäude »der Nutzung zu überführen«. Bekannt wurden die Mietrebellen aber vor allem durch ihre spontanen Überraschungspartys bei Wohnungsbesichtungen mit unverschämten Mietpreisen – statt einer Bewerbung, feiern die Aktivisten dann mit Sekt und Konfetti in den leeren Luxuswohnungen vor den verblüfften Augen der Vermieter. Trotz ihrer spektakulären Aktionen stellten sich die Regierenden bis jetzt aber taub, beklagt »jeudi noir«. Sie hoffen aber, dass sich das mit den Wahlen 2012 vielleicht ändern könnte.

Das von jeudi noir besetzte Haus wurde nach einem Gerichtsurteil zugunsten der Besitzer am 18. Februar von einem Einsatzkommando der Polizei geräumt. Die Besetzer der Matignon 22 kündigten an, weiter zu machen: Sie sind nun mittlerweile schon wieder auf der Suche nach einem neuen Objekt. Ihr Motto: »Sie mochten den Place de Vosges, sie mochten die rue de Matignon? Dann werden Sie auch unser nächstes Zielobjekt mögen!«●

Foto: Susanne Götze

BERLIN: 2.500 POLIZISTEN AUS DEM GESAMTEN BUNDESGEBIET IM EINSATZ

Wohnprojekt Liebig 14 geräumt

Am 2. Februar 2011 hat ein massives Polizeiaufgebot im Berliner Stadtteil Friedrichshain das linke Wohnprojekt Liebig 14 geräumt. Bis zuletzt war die Räumung der Liebig 14 heftig umstritten und immer wieder kam es in der Vergangenheit zu massiven Protesten. Am Rande der Räumung gab es heftige Auseinandersetzungen zwischen SympathisantInnen der Liebig 14 und der Polizei. Dabei wurden viele Menschen festgenommen.

diego ● Die umstrittene Räumung eines der letzten besetzten Häuser in Berlin hat zu gewalttätigen Protesten geführt. Am Rande des weiträumig abgesperrten Viertels rund um das Wohnprojekt Liebig 14 kam es immer wieder zu teilweise heftigen Ausschreitungen. So lieferten sich über 1.000 Sympathisanten Katz- und Mausspiele mit der Polizei und blockierten Straßenkreuzungen. In einigen Seitenstraßen wurden zudem Barrikaden errichtet.

Bereits am frühen Morgen räumte die Polizei die Straße vor dem Wohnprojekt. Hier hatten sich rund 150 Menschen friedlich versammelt, um gegen die Räumung zu protestieren. Später drang die Polizei mit Spezialkräften in die umliegenden Häuser ein und besetzte die Dächer. Gegen 8 Uhr fuhr die Polizei mit einem massiven Aufgebot und mehreren Spezialfahrzeugen vor und brach die Tür mit einer Axt auf. Die BewohnerInnen hatten das Treppenhaus eingerissen und sich im dritten Stock verbarrikadiert. Einsatzkräfte drangen folglich über das Dach ein. Erst um die Mittagszeit konnten die sechs Männer und drei Frauen, die sich im Haus aufhielten, festgenommen werden. Vorgeworfen wird ihnen Körperverletzung. Sie sollen die BeamtInnen bei deren Eindringen in die Wohnung mit einem Spray attackiert haben.

Die anwesende Presse sollte offenbar möglichst wenig mitbekommen und wurde des Platzes verwiesen. Auch sonst konnte immer wieder beobachtet werden, wie Journalisten von der Polizei bei ihrer Pressearbeit gehindert wurden. Schläge und Tritte gegen Fotojournalisten, waren dabei keine Seltenheit.

Um 19 Uhr versammelten sich mehrere tausend Menschen zu einer Protestdemonstration, die vom Boxhagener Platz zum geräumten Haus in der Liebigstraße 14 gehen sollte. An der Ecke Revaler / Warschauer Straße wurde die Spitze der Demonstration von Greiftrupps der Berliner Polizei angegriffen und versucht, auseinanderzuknüppeln. Es gab etliche Festnahmen und Verletzte. Aufgrund der massiven Polizeiangriffe wurde die Demonstration vom Veranstalter abgebrochen. Daraufhin kam es im Gebiet der Warschauer Straße zu Ausschreitungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die O2-Arena, eine Filiale der Sparkasse und mehrere Einsatzfahrzeuge der Berliner Polizei wurden angegriffen. Im Friedrichshainer Kiez wurden an verschiedenen Stellen Barrikaden errichtet.

Foto: Mike / Umbruch-Bildarchiv Berlin

Hintergrund

Vorausgegangen war ein jahrelanger juristischer Streit um die Gültigkeit der Mietverträge, in dem die BewohnerInnen unterlagen. Die gemeinsame Suche mit dem Bezirk nach einer Kompromisslösung blieb ohne Ergebnis. Das Haus im Ostteil Berlins war im Jahr 1990 besetzt worden. Die BewohnerInnen erhielten später Mietverträge, wurden aber gekündigt, als zwei Privatleute das Haus Ende der 90er Jahre kauften.

Daraufhin hatte die Wohngemeinschaft einen Räumungsbescheid mit Frist für den 2. Februar erhalten. Die BesetzerInnen waren am vergangenen Dienstag mit dem Versuch gescheitert, die Räumung in letzter Minute per Gerichtsentscheid zu verhindern.●

REZENSION

Gemeinwohl-Ökonomie

In einer Gemeinwohl-Ökonomie ist alles anders. Das Streben nach Gewinn wird ersetzt durch das Streben nach Gemeinwohl, denn Menschenwürde ist der höchste Wert dieser Wirtschaftsweise, dem ordnet sich alles andere unter.

Der österreichische Attac-Aktivist Christian Felber legt mit großer Ernsthaftigkeit dar, wie er sich eine andere Ökonomie vorstellt, die nach seiner Überzeugung eine »unmittelbar umsetzbare Alternative zu dem Wirtschaftssystem, in dem wir derzeit gefangen sind« darstellt. Dessen Ursache sieht er in einem Anreizsystem, das Konkurrenz und Gewinnstreben belohnt.

Er identifiziert 10 Krisen des Kapitalismus, zum Beispiel Konzentration und Missbrauch von Macht, Soziale Polarisierung und Angst, Ausschaltung der Demokratie. Diese Fehlentwicklungen möchte er korrigieren und unternehmerischen Erfolg neu definieren. Gemeinsam mit etwa 30 Attac-UnternehmerInnen hat er einen Entwurf einer Gemeinwohl-Bilanz und eine zugrunde liegende Gemeinwohlmatrix entwickelt, mit den Werten Menschenwürde, Vertrauen, Solidarität, Ökologische Nachhaltigkeit, Soziale Gerechtigkeit und Demokratische Mitbestimmung. Auf der Suche nach betrieblicher Selbstverwaltung finde ich unter dem letztgenannten Punkt auf der Ebene der MitarbeiterInnen die »Freiwillige Basisdemokratie«.

Unternehmen, die in den angesprochenen Bereichen mehr tun, als nur die gesetzlichen Mindeststandards einzuhalten, sollen dafür Gemeinwohlpunkte bekommen. Dafür soll es verschiedene Arten der Belohnung geben, zum Beispiel Steuervergünstigungen, Bevorzugung bei der öffentlichen Auftragsvergabe, Fördermittel etc. Denn: »Die Gemeinwohl-Ökonomie ist somit nicht primär eine Strafökonomie, sondern eine Belohnungsökonomie.«

Die Idee

Weitere Aspekte der Gemeinwohl-Ökonomie: Gewinne sollen nicht mehr beliebig privat angeeignet, aber zum Beispiel auch nicht an Parteien gespendet werden können. Und jeder Mensch soll alle 10 Jahre ein Jahr von der Erwerbsarbeit freigestellt werden – damit wäre auch die Arbeitslosigkeit in der EU beseitigt.

Für mehr Gleichheit zwischen den Menschen sollen die höchsten Gehälter maximal das 20-fache des Mindestlohns betragen, das Privateigentum soll begrenzt werden. Es kann dann noch private Kleinunternehmen geben, große Firmen müssen sich jedoch in gemeinschaftlichem Besitz befinden. Daneben soll es in Schlüsselbereichen demokratisch kontrollierte Unternehmen (»demokratische Allmenden«) geben.

In dieser anderen Ökonomie soll auch die Finanzwirtschaft umgestaltet werden, ein wichtiger Bestandteil ist die Demokratische Bank, an deren Vorbereitung Christian Felber in Österreich bereits arbeitet, und die er hier ebenfalls kurz vorstellt. Die Finanzmärkte sollen abgeschafft werden, es gibt keine Aktiengesellschaften mehr, Geld wird ein öffentliches Gut.

Der Autor bezieht seine Ideen auf Europa, räumt aber ein, dass es auch sein könnte, dass Lateinamerika schneller ist mit der Umgestaltung seiner Ökonomie. Global möchte er – wie schon in den 1940er Jahren von Keynes vorgeschlagen – eine internationale Welthandelswährung einführen.

Gemeinwohl-Ökonomie online

»Die ‘Gemeinwohl-Ökonomie’ ist tendenziell eine Form der Marktwirtschaft, in der jedoch die Motiv- und Zielkoordinaten des (privaten) unternehmerischen Strebens ‘umgepolt’ werden – von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation.«

Diese Idee hat aktuell (Februar 2011) 440 UnterstützerInnen, darunter 190 Unternehmen, die größten sind die Sparda Bank München mit 650 und die KWB – Kraft und Wärme aus Biomasse GmbH in St. Margarethen (Österreich) mit 300 Beschäftigten, jedoch auch viele einzelne Selbstständige.
gemeinwohl-oekonomie.org

Dabei beruft sich Christian Felber auf eine Reihe von Studien, die zum Beispiel belegen, dass Gleichheit glücklich macht, oder dass eine intrinsische (innere) Motivation wirksamer ist und bessere Arbeitsergebnisse bringt als Druck und Konkurrenz. Statt miteinander zu »konkurrenzieren«, kooperieren die Menschen in einer Gemeinwohl-Ökonomie, und dabei geht es allen besser. Die Erziehung und Bildung ist auf dieses Menschenbild ausgerichtet.

Christian Felbers optimistische und eingängige Art der Erläuterung und Argumentation wirkt sehr idealistisch, seine Vorschläge beinhalten nicht viel Neues – können sie die reale wirtschaftliche und politische Entwicklung beeinflussen? Und könnten richtige Anreize Unternehmen in größerem Stil auf freiwilliger Basis zu einer anderen Unternehmenspolitik bewegen? Wer hätte die Macht, solche Anreize zu setzen?

Der Autor beansprucht nicht ein vollständiges Modell zu erstellen, sondern führt aus, dass die Details in demokratischen Prozessen festgelegt werden sollen. Diese reißt er auf den verschiedenen Ebenen kurz an. In einem 3-Säulen-Modell ergänzt er die repräsentative parlamentarische Demokratie durch Elemente direkter Demokratie (z.B. BürgerInneninitiativen und Volksabstimmungen) und partizipativer Demokratie (z.B. demokratische Allmenden und Beteiligungsbudgets). Zu zentralen Themen wie Wirtschaft, Bildung, Daseinsvorsorge und Medien sollen jeweils die Betroffenen in Konventen mit Entscheidungsbefugnis zusammentreten. Branchenbezogene Kooperationsausschüsse ersetzen die bisherige Konkurrenz durch gemeinsame Maßnahmen zur Entwicklung ihrer Branche im Sinne des Gemeinwohls.

Und die Praxis?

Immerhin gibt es einige, vor allem kleinere Unternehmen, die nun mit der Gemeinwohl-Bilanzierung beginnen. Es bleibt abzuwarten, ob sie aufgrund dessen reale Änderungen einführen, oder sich nur mit dem neuen Instrumentarium marketingstrategisch besser darstellen, und welche gesellschaftspolitische Relevanz sie damit entfalten können.

Unangenehm aufgestoßen ist mir das häufige und undifferenzierte »wir« und »unser«, weil ich es gewohnt bin, nach Interessenlagen zu differenzieren. Aber in sich ist die Argumentation des Autors schlüssig, denn er geht davon aus, dass eine solche Wirtschaft das Leben für alle verbessern würde, auch für diejenigen, die ihre materiellen Privilegien verlieren. Die potentiell totalitäre Dominanz der Interessen der Gemeinschaft über die Interessen Einzelner reflektiert Christian Felber in diesem Buch nicht.

Wenn der vom Autor eingeführte neue Trinkspruch »Zum Gemeinwohl« wenigstens in einem kleinen Teil der Unternehmenslandschaft eine sozial, ökologisch und basisdemokratisch verbesserte Unternehmenskultur andeutet, wäre immerhin schon etwas gewonnen.●

Elisabeth Voß

Christian Felber: Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft, Deuticke im Paul Zsolnay Verlag, Wien, 2010, 144 Seiten, 15,90 EUR

DER POLITISCHE KRIMI

Letzte Schicht – ein Privatisierungsthriller

Eine alle drei Monate erscheinende CONTRASTE-Serie für alle, die neben politischen Aktionen und alternativem, selbstverwaltetem Leben Krimis lesen wollen.

Auch in Frankreich boomt die neoliberale Politik, verbunden mit all den Unmenschlichkeiten, die ihre Wege prägen. Die französische Autorin Dominique Manotti ist nicht nur bekennende Linke, was in unseren Tagen immerhin etwas bedeutet, sie erweist sich auch als lesenswerte Autorin. Im Stil aller guten Thriller geht bei ihr die Spannung nicht aus, die Handlung wechselt zwischen den grauen Männern der Macht, die international ihre mitleidlosen Fäden ziehen und mit den Spitzen der Politik in unsauberer Weise verflochten sind und dem Milieu der Arbeiter, die verzweifelt um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Als auf Grund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich die Unfälle in einer Fabrik häufen und die Kunde von einem Verkauf des Staatsunternehmens an einen dubiosen Privatkonzern im Sinne profitzentrierter Privatisierungspolitik durchsickert, greifen die Arbeiter zur Selbsthilfe und besetzen die Fabrik. Etwas, das man üblicherweise nur aus entfernten Tagen der Geschichte kennt.

Manotti schrieb einen schonungslosen Thriller, garniert mit Mord und Totschlag, der wieder einmal erkennen lässt: Das Böse ist immer und überall. Der Roman brachte der Autorin internationale Bekanntheit ein, sie wurde 2008 mit dem Duncan Lawrie International Dagger geehrt, der für hochwertige Krimis vergeben wird. Dabei setzte sie sich gegen prominente Mitbewerber wie Fred Vargas, Stieg Larsson und Andrea Camilleri durch.

Erfolg verpflichtet: Schon kündigt der Argument Verlag den Nachfolgeroman an, der bereits in die Druckerpresse eilt: »Roter Glamour«. Für Aufregung ist gesorgt.●

Roman Schweidlenka

Dominique Manotti: Letzte Schicht (12,90 EUR) und Roter Glamour. Beide erschienen als ariadne kriminalroman

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 30 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Konflikte in Gruppen gemeinsam klären!

Der AK Konfliktunterstützung (AKKU) bietet Mediation für linke Projekte

Wer schon länger in politischen Zusammenhängen aktiv ist, weiß, dass es immer wieder zu Konflikten, Streitigkeiten und Zoff kommen kann. Dabei kann es um die Ausprägung von Machtstrukturen, Kommunikationsstörungen, das unterschiedliche Bewerten von Bedürfnissen oder auch um Geld gehen. Darüber hinaus kann es Konflikte geben, die eine Weiterentwicklung einer Gruppe blockieren, die die Vision des Projektes in Frage stellen oder zu verhärteten Fronten zwischen Teilen der Gruppe oder Einzelnen führen.

Die wenigsten Menschen aus linken Zusammenhängen haben Lust, diese Streitigkeiten über Gerichte, Schiedsgerichte oder die Polizei klären zu lassen. Oft werden FreundInnen oder befreundete Projekte und Initiativen um Rat und Hilfestellungen gefragt. Wenn auch diese Hilfe zu keiner einvernehmlichen Lösung führt, kann es hilfreich sein, sich an den jungen Zusammenschluss »AKKU« zu wenden. Ihr Ziel ist es, linke Menschen, die in Gruppen leben, arbeiten oder aktiv sind, bei der Lösung ihrer Konflikte zu unterstützen. Gemeinsam mit euch versuchen sie dabei, durch Konflikt-Mediation mehr Klarheit in die scheinbar verfahrene Situation zu bringen und die Konflikte zu lösen.

Aber was genau ist eine Mediation? Die Elemente der Mediation bieten strukturierte Gesprächsverfahren zur Bearbeitung von Konflikten an. Diese ist durch die Selbstbestimmung und Freiwilligkeit der teilnehmenden Personen geprägt. Angestrebt wird eine Lösungsfindung nach dem Konsensprinzip. Alle Inhalte der Mediation und Lösungsvorschläge werden von den Konfliktparteien selbständig eingebracht und erarbeitet. Die MediatorInnen sind neutral und allparteilich. Ihre Rolle beschränkt sich auf die Strukturierung des Gesprächs. Sie übernehmen die Verantwortung für den Ablauf und schaffen einen möglichst hierarchiefreien und geschützten Rahmen. Machtungleichgewichten wird dabei bewusst entgegengewirkt. Alle Inhalte der Mediation werden von den MediatorInnen vertraulich behandelt. Je nach Konflikt und dessen Eskalationsgrad wird sowohl auf der sachlichen als auch auf der emotionalen Ebene mit den Einzelnen gearbeitet. Das Ziel der Mediation ist es, miteinander eine Lösung zu entwickeln, die für alle TeilnehmerInnen stimmig ist. In diesem Sinne ist sie grundsätzlich ergebnisoffen.

»AKKU« möchte mit seinem Angebot ein stärkeres Bewusstsein für Konflikte schaffen und den Umgang mit ihnen in der Gruppe verbessern.

Kontakt mit der Gruppe kann unter der Emailadresse ak_ku@riseup.net aufgenommen werden.●

Katrin Schubert

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

SENEGAL, DAKAR:

Globaler open space mit Aktionsorientierung

Wie schon das Weltsozialforum 2009 im brasilianischen Belém fand das Forum in Dakar unter dem starken Eindruck der tiefen Krise des neoliberalen Globalisierungsprojekts statt. In einigen Weltregionen läuft die Wirtschaft schon länger wieder gut, in anderen hat sie sich an der Oberfläche erholt. Das kann jedoch nicht über die tiefen sozialen, ökonomischen und ökologischen Probleme hinwegtäuschen. Auf dem Forum trafen sich diejenigen aus den Bewegungen und Zivilgesellschaft, die einen tiefen Bruch mit der neoliberalen Globalisierung wünschen, entweder in Form einer sozialen und ökologischen Regulierungspolitik, wie etwa in einem »Grünen New Deal«, oder durch einen grundsätzlichen Bruch mit dem Kapitalismus. Diese Spannweite politischer Alternativen charakterisierte dieses Weltsozialforum (WSF) wie auch die altermondialistische (*) Bewegung seit ihrer Gründung. Gustave Massiah (**) schrieb dazu vor Dakar ein viel beachtetes Buch und veröffentlichte 12 Thesen zur altermondialistischen Bewegung.

Foto: Sven Giegold

Von Sven Giegold ● Doch während in Belém die Diskussion um die Zivilisationskrise und grundlegende Alternativen zur Globalisierung des Kapitalismus wie die Idee des »buen vivir« (guten Lebens) die Debatten beherrschten, war dies in Dakar anders. Die friedlichen Revolutionen in Ägypten und Tunesien sowie der besondere afrikanische Kontext mit seinen eigenen Themen dominierten auch das WSF. Schon auf dem beeindruckenden Eröffnungsmarsch wurde deutlich, dass dies kein Forum der großen übergreifenden Forderungen und Parolen würde. Dem Organisationskomitee war es gelungen, in großer Breite die sozialen Bewegungen und Basisinitiativen Westafrikas zu mobilisieren. Dazu trugen auch die über Land reisenden Karawanen bei, die sternförmig aus allen Nachbarländern in den Senegal zogen und damit eine kostengünstige Anreise ermöglichten und gleichzeitig auf das WSF aufmerksam machten. Sie kamen jedoch nicht mit roten, grünen oder anderweitig gleichartigen Fahnen, sondern mit ihren eigenen Anliegen: Landraub (»land grabbing«) durch den immer schärferen Druck auf das knapper werdende landwirtschaftlich nutzbare Land für die Bedürfnisse der globalen Konsumentenklasse. Der Schutz lokalen Saatguts und lokaler Produktion vor Kontrolle der Multis und Agrarsubventionen wurden eingefordert. Überfischung (»sea grabbing«) durch die industriellen Fischfangflotten auf Kosten der familiären Fischereibetriebe.

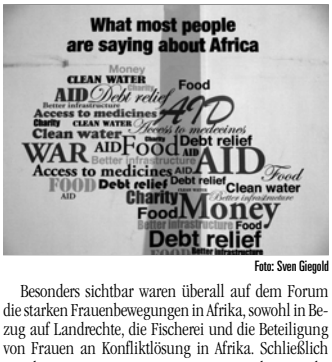


Foto: Sven Giegold

Besonders sichtbar waren überall auf dem Forum die starken Frauenbewegungen in Afrika, sowohl in Bezug auf Landrechte, die Fischerei und die Beteiligung von Frauen an Konfliktlösung in Afrika. Schließlich war die Festung Europa mit seinem menschenverachtenden »Grenzschutzregime« Thema. Immer wieder wurden die TeilnehmerInnen aus Europa gefragt, auch von Studierenden aus dem Senegal: Wie kann es sein, dass Ihr ohne Visum hierherkommen könnt und wir nicht einmal die Chance auf ein Visum haben? Immer wieder wurde die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit erhoben, als Teil globaler Bürgerrechte. Schon vor dem Forum verabschiedete ein eigenes Forum zu Migration eine »Charta der Migranten« (1).

Kurzum: die neuen und alten Formen des Kolonialismus waren die bestimmenden Themen des Weltsozialforums. Anders als beim WSF in Nairobi 2007 blieb diesmal die Beschimpfung oder überhebliche westliche Kritik an Afrikanischen Basisbewegungen aus. Dazu trug auch bei, dass religiös motivierte Gruppen – ob christlich oder muslimisch – wenig sichtbar waren und damit die religiöse Intoleranz mancher Linker weniger provoziert wurde. Erfreulich aktiv waren die katholischen und evangelischen Hilfswerke, die auch vielen ihrer Partnerorganisationen im Süden die Teilnahme am Weltsozialforum ermöglichten. Der Evangelische Entwicklungsdienst stellte auf dem Forum eine vielbeachtete Studie zu EU-Westafrikanischen Fischereikooperationen vor, die massiv das Recht auf Nahrung der Fischer und ihrer Familien an den Küsten verletzen. Anders als bei den Foren in Lateinamerika und 2003 in Mumbai waren dagegen linke Parteien und Gewerkschaften vergleichsweise wenig sichtbar. Aus Deutschland war aus den Gewerkschaften nur die GEW dabei. Die großen NGOs waren zahlreich vertreten, dominierten jedoch nicht das Forum. Auch regional entsprach die Beteiligung der Verankerung der altermondialistischen Bewegung auf den verschiedenen Kontinenten. Während EuropäerInnen und LateinamerikanerInnen neben den zahlenmäßig dominierenden AfrikanerInnen sehr sichtbar waren, gab es aus Asien außerhalb von Indien nur wenig Beteiligung. Auch die NGOs aus Nordamerika waren nicht so zahlreich vertreten, wie es ihrer Stärke eigentlich entspricht.

Anders als in Lateinamerika gibt es keine Regierung auf dem afrikanischen Kontinent, die sich auf die altermondialistische Bewegung bezieht. Somit wurden die Revolutionen in Tunesien und Ägypten zum machtpolitischen Bezugspunkt des Forums. Gerade im Maghreb hatten ein Dutzend Sozialforen stattgefunden und dazu beigetragen, den Boden für den Wandel vorzubereiten. Allerdings wäre es eine Übertreibung, die beiden Absetzungen undemokratischer Regime als Erfolge der altermondialistischen Bewegungen zu sehen. In jedem Falle wollen etliche Organisationen aus dem Weltsozialforumsprozess am 20. März nach Tunesien reisen. Auch das europäische Attac-Netzwerk bereitet mit Attac Tunesien eine Delegation vor.

Bewährt hat sich wiederum die neue Methodik des WSF: Nach einem Tag von Veranstaltungen zu afrikanischen Themen gab es zwei Tage mit selbstorganisierten Veranstaltungen der teilnehmenden Organisationen. Große, zentral organisierte Veranstaltungen gab es außer der Eröffnung und dem Abschluss nicht. Wie bei vorigen WSFs fanden vielfach zu den gleichen Themen verschiedene Veranstaltungen statt, weil sich die OrganisatorInnen schlichtweg nicht kannten. Am Schluss des Forums folgten dann eineinhalb Tage, die Aktionsversammlungen vorbehalten waren. Zu jedem relevanten Thema fand hier jeweils eine Versammlung statt – insgesamt 38. Sie waren praktisch durchweg ein großer Erfolg.

Oft basierten die beschlossenen gemeinsamen Aktionen auf den Vorbereitungsarbeiten von globalen Netzwerken, die schon vor einigen Jahren auf vorigen WSF gegründet worden waren. Diese Netzwerke – oft mit kleinen Sekretariaten, Mailinglisten, regelmäßigen Telefonkonferenzen – sind eines der größten Erfolge der Weltsozialforen und bei der Kommentierung am meisten übersehenen. Das Weltsozialforum ist ein globaler Open Space mit Aktionsorientierung.

Es gab keine systematische Dokumentation der Ergebnisse der 38 Aktionsversammlungen. Hier sind daher nur einige viel Ergebnisse von viel beachteten Versammlung erwähnt. Sie binden politisch nur die TeilnehmerInnen, nicht jedoch das Weltsozialforum als Ganzes. Bei einer mit 300 TeilnehmerInnen sehr gut besuchten Versammlung zu »land grabbing« wurde eine ganze Reihe von Aktivitäten vereinbart und dazu eine Erklärung zum Thema verabschiedet (2). Dabei wurde klar, dass der Kampf um traditionelle Landnutzungsrechte und damit das Recht auf Nahrung jeweils vor Ort gewonnen werden muss. Zwar sind die Konsumwünsche der global gesehen Reichen und auch multinationale Konzerne bzw. mächtige Staaten ursächlich für das »land grabbing« im Süden, ein entscheidender Schlüssel liegt jedoch bei den lokalen Behörden und Nationalstaaten im Süden. Sie müssen die Rechte der Kleinbauern verteidigen, statt der Exportlandwirtschaft in oft korrupter Art und Weise zu dienen. Ganz Ähnliches wurde auch bei einer am Rande des Weltsozialforums durchgeführten großen Konferenz zu »land and sea grabbing« unserer Grünen Fraktion im Europaparlament mit betroffenen Kleinbauern und Fischern deutlich. Natürlich müssen wir gerade die Bedeutung des Themas auf dem Weltsozialforum nutzen, um Druck gegen illegitime Praktiken westlicher Konzerne und auch die Handelspolitik der EU zu machen, die zum Schaden kleiner Produzenten im Süden sind. Gleichzeitig müssen wir fairen Handel stärken und die Bewegungen im Süden unterstützen, die Druck auf ihre Regierungen ausüben.

Foto: Sven Giegold

In verschiedenen Versammlungen wurde auch die Mobilisierungsagenda der nächsten Monate deutlich. In Frankreich finden dieses Jahr der G8 und G20-Gipfel statt. Frankreichs Staatspräsident Sarkozy will sich der kritischen französischen Öffentlichkeit als Altermondialist präsentieren, der dann billig und folgenlos an »bösen anderen Staaten« scheitert. Gleichzeitig bremst er in der EU bei der Regulierung der Finanzmärkte und der Einführung der Finanztransaktionssteuer. Es scheint klar, dass die französischen Bewegungen diese durchsichtige Strategie nicht durchgehen lassen werden. Die Aktionsversammlung zu G8/G20 beschloss eine entsprechende Erklärung (3).

In Frankreich hat sich ein Organisationskomitee gebildet, das auch europäisch vernetzt ist. Es sind daher starke Mobilisierungen zum 21./22. Mai nach Deauville und zum 31. Oktober bis 5. November nach Cannes zu erwarten. Am 26./27. März findet in Paris eine weitere Vorbereitungsversammlung statt. Es scheint, dass es gelingt, die beim Thema Klimaschutz besonders starken politischen Spannungen zwischen NGOs und sozialen Bewegungen auszuhalten.

Darüber hinaus konzentrieren sich viele Bewegungen auf die kommende Weltklimakonferenz vom 28.11. bis 9.12.2011 im südafrikanischen Durban (COP17) und stärker noch auf den Rio+20-Erdgipfel in Brasilien vom 14. bis 16. Mai 2011. In Rio ist ein »People's summit« als Parallelveranstaltung der Zivilgesellschaft geplant. Dass diese beiden für Klimaschutz und Biodiversität entscheidenden Konferenzen in stark wachsenden Schwellländern stattfinden, ist politisch spannend. Die beiden ausrichtenden Regierungen sind aus sozialen Bewegungen hervorgegangen. Gleichzeitig haben sie sich gerade im ökologischen Bereich alles andere als mit Ruhm bekleckert. Wie ökologische und soziale Krise in einer gemeinsamen ökonomischen Strategie angegangen werden können, wird zum zentralen Thema werden. Aus diesem Kalender ergibt sich ein Reigen von großen Mobilisierungen für die altermondialistische Bewegung: Deauville, Cannes, Durban, Rio.

Leider litt das Forum sehr unter organisatorischen Problemen. Kurz vor Forumsbeginn hatte der Uni-Direktor gewechselt. Der neue fühlte sich an vorige Absprachen nicht mehr gebunden. Das Weltsozialforum und der reguläre Uni-Betrieb fanden daher parallel statt. Die Doppelbelegung der Räume war der Normalfall. Es dauerte, bis Zelte aufgestellt waren, und oft klappte die Ankündigung der neuen Räume nicht richtig. Viele, lange vorbereitete Veranstaltungen daher fielen aus. Das betraf vor allem die kleineren.

Diese Probleme können jedoch den Wert und Erfolg des Forums nicht zerstören. Beim auf das Forum folgenden Treffen des Internationalen Rates des Weltsozialforums wurde das Forum so auch als Erfolg gewertet. Vor allem die erfolgreichen globalen Netzwerke und ihre Aktivitäten zeigen die Notwendigkeit und Nützlichkeit des WSF. Von einer angeblichen Erschöpfung der Foren oder einer perspektivlosen Wiederholung der Inhalte kann jedenfalls keine Rede sein. Die Weltsozialforen entwickeln sich regional und thematisch weiter. Was es jedoch nach wie vor nicht gibt und wohl auch bis auf weiteres nicht geben wird, ist eine übergreifende gemeinsame Theorie der sozialen Bewegungen und unabhängigen Zivilgesellschaft. Viel an der Rede von der Erschöpfung gründet vielmehr in einer falschen Sehnsucht nach Einheitlichkeit und einem großen vereinigenden »Ismus«. Dass es diese ideologische Engführung nicht gibt, ist jedoch nicht einfach Schwäche, sondern gleichzeitig demokratische Stärke der altermondialistischen Bewegung.

Kritik gab es im Rat allerdings zurecht an der Tatsache, dass ein Staatspräsident – Evo Morales aus Bolivien – das weltweite Forum der Zivilgesellschaft eröffnete, ohne dass dies im Rat abgesprochen war.

Schließlich gab es gerade aus Indien und Brasilien kritische Anfragen an den europäischen Sozialforumsprozess. Es könne nicht sein, dass er in Europa so schwach verankert ist. Tatsächlich steckt der Prozess des Europäischen Sozialforums seit Jahren in der Krise. Denn anders als beim Weltsozialforum ist es nicht gelungen, die großen NGOs und Gewerkschaften mit den radikaleren sozialen Bewegungen zu vernetzen. Vielmehr haben sich fast alle Großorganisationen zurückgezogen und der Prozess ist in der Hand einer kleinen, schlecht legitimierten Vorbereitungsgruppe. Dass diese Schwäche nun aus dem Süden kritisiert wird, ist ein gutes Zeichen.●

*) Ich benutze hier »altermondialistisch« (franz. altermondialist), der die Bewegung für eine andere Globalisierung im französischsprachigen Raum viel besser beschreibt, als das deutsche »globalisierungskritisch«.

) **Gustave Massiah (2011a): Une stratégie altermondialiste, Paris: La Découverte.
Gustave Massiah (2011b): Les douze hypotheses d'une stratégie altermondialiste
cetri.be/spip.php?article2060&lang=fr

1) fsm2011.org/fr/charte-mondiale-des-migrants
2) farmlandgrab.org/post/view/18159
3) gruenlink.de/54

Meine 150 Fotos vom WSF: gruenlink.de/6l

PGP IN DER PRAXIS, TEIL 2: VERTRAUEN UNTER GENOSSiNNEN

Web of Trust

In der letzten Ausgabe hatten wir ein wenig über PGP-Schlüssel und ihre Verwaltung sowie die digitale Signatur geplaudert. All das ist recht nett und auch sicher, solange sich die Gegenseite im Umgang mit der Technik so dämlich anstellt, wie sie das gegenwärtig tut (oder zu tun scheint). Wenn sie irgendwann mal geschickter wird, werden aber auch wir vorsichtiger sein müssen, und weil das nicht ganz trivial ist, lohnt sich schon jetzt ein Blick auf das Web of Trust.

Um kurz zu rekapitulieren: PGP funktioniert ein wenig wie eine große Wand von Briefkästen. Auf jedem Briefkasten steht mindestens eine Mailadresse. Der öffentliche Schlüssel entspricht in etwa einer Angabe wie »mein Briefkasten ist der 121. von links in der dreiundzwanzigsten Reihe«. Euer geheimer Schlüssel ist demgegenüber wie der reale Briefkastenschlüssel.

Mann in der Mitte

Nehmen wir jetzt an, ihr wolltet an konspa@anarcho.org schreiben. Ihr besorgt euch also wie im ersten Teil diskutiert, ihren öffentlichen Schlüssel. In der Briefkastenmetapher findet ihr raus, auf welchem Briefkasten »Konspa« steht. Leider ist es für Joe den Staatsschützer im wirklichen Leben nicht schwer, »Konspa« auf einen Briefkasten zu schreiben. Für PGP-Schlüssel kann das – je nach dem, wie die Schlüssel so verbreitet werden – schwieriger oder einfacher sein, möglich ist es auf jeden Fall.

Hat jetzt aber Joe euch seinen eigenen öffentlichen Schlüssel als Konspas untergeschoben, werft ihr den Brief in »seinen« Kasten, den er natürlich aufschließen kann. Ist er ordentlich perfide, wird er den gelesenen Brief nachher bei Konspa einwerfen (also mit Konspas wirklichem öffentlichen Schlüssel verschlüsseln), und niemand merkt, dass da was nicht stimmt.

Sowas heißt Man-in-the-Middle-Angriff und ist ein Einfallstor, um das sich alle Verschlüsselungssysteme kümmern müssen. Bei den regierungsamtlichen Schlüsseln auf dem elektronischen Personalausweis beispielsweise gibt der Staatsapparat Schlüssel aus und unterschreibt sie. Damit kann zwar jedeR leicht nachprüfen, ob der Staat glaubt, dass ein Schlüssel zu einer Person gehört (nämlich grob gesagt mit dem öffentlichen Schlüssel des Staats) – aber der Staat dürfte Nachschlüssel behalten, was das Verfahren insgesamt für regierungs- und noch mehr staatskritische Zwecke entwertet.

Die soziale Lösung

Wenn im realen Leben Anna wissen möchte, ob Arthur wirklich Arthur von der Aargauer Antifa ist – und exakt darum geht es hier –, wird sie (hoffentlich) nicht seinen Personalausweis prüfen. Stattdessen wird Arthur vielleicht von Barbara vom Baseler Bundschuh »vorgestellt«, und wenn Anna Barbara von ein paar Vernetzungstreffen kennt, würde sie danach wohl an Arthurs Identität glauben.

Das ist das Vorbild für das Web of Trust bei PGP-Schlüsseln. Die erste Basis dafür ist die Signatur. Anders als im ersten Teil, als es um die Signatur von Nachrichten ging, unterschreiben wir jetzt öffentliche Schlüssel. Eine solche Unterschrift unter einen Schlüssel entspräche im realen Soziallleben einer öffentlichen und dauernden Kundgebung von Barbara, dass Arthur eben Arthur ist.

Die zweite Basis ist eine Einschätzung der Vertrauenswürdigkeit von Menschen. Im PGP-Universum gibt es vier Niveaus von Vertrauen: niemals, kaum, vollständig und absolut. Die Bedeutung dieser Begriffe ist konfigurierbar, ist aber typischerweise etwa, dass eine Unterschrift

· von einer Person, der ihr niemals vertraut, ignoriert wird,
· von einer Person, der ihr kaum vertraut, ein Drittel zum Vertrauen in den unterschriebenen Schlüssel zählt,
· von einer Person, der ihr voll oder absolut vertraut, bereits ausreicht, um den Schlüssel für authentisch zu halten.

Der Rechner kann dazu noch »über Ecken« gucken. Vertraut ihr etwa B, und hat B einen Schlüssel von C unterschrieben, die dann wieder einen von D unterschrieben hat, kann das das Vertrauen in den Schlüssel von D auch stärken, was aber nichts an den einfachen Grundkonzepten von Vertrauen und Beglaubigung ändert. Wichtig dabei ist, dass *ihr* entscheidet, wie vertrauenswürdig eine Person *für euch* ist.

Gewonnen ist mit dieser ganzen Prozedur, dass ihr auch Schlüssel von Menschen prüfen könnt, die ihr noch nie gesehen habt, sofern das Web of Trust dicht genug geknüpft ist, und das ohne jede Obrigkeit. Darin liegt vielleicht auch der Charme der Sache: Hier wird letztlich ein technisches Problem sozial gelöst, und das ist ein schöner Gegensatz zur gesellschaftlichen Norm des Versuches, soziale Probleme technisch (z.B. durch Kameraüberwachung) zu lösen.

Wie unterschreiben?

Die einfachen Konzepte können am Rechner natürlich immer noch eher konfus aussehen. Die im ersten Teil erwähnten Schlüsselverwaltungen bieten aber normalerweise relativ durchschaubare Schnittstellen für die Einstellung von Vertrauen und das Unterschreiben von Schlüsseln. In Thunderbird/Enigmails Schlüsselverwaltung finden sie sich im Kontextmenü (also nach einem Rechtsklick) der Schlüsselzeilen.

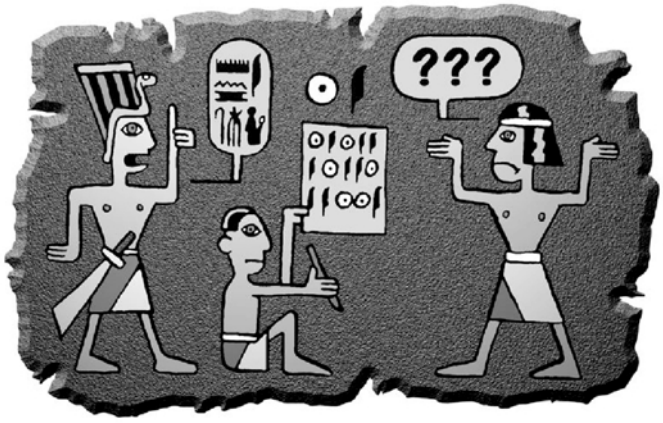
Ihr solltet Schlüssel nur dann unterschreiben, wenn ihr sicher seid, dass der Schlüssel wirklich zur »Identität« passt, also zu der Person, die vernünftigerweise zu der/den E-Mail-Adresse/n gehört. Dazu müsst ihr einerseits sehen, ob ihr es mit der betreffenden Person zu tun habt – was logischerweise nur geht, wenn ihr sie in der Realität kennt. Andererseits müsst ihr sehen, ob der öffentliche Schlüssel, den ihr habt, zum privaten Schlüssel dieser Person gehört.

Beim ersten Schritt kann euch PGP nicht helfen; der hat tatsächlich gar nichts mit Rechnern zu tun. Beim zweiten Schritt hingegen hilft die Mathematik. Ein PGP-Schlüssel ist nämlich eine sehr lange Zahl, die kein Mensch angucken will. Deshalb definiert der OpenPGP-Standard ein Verfahren, das aus diesen sehr langen Zahlen etwas kürzere Zahlen macht, die zwecks Romantik »Fingerabdruck« genannt werden. Wenn die Fingerabdrücke von zwei Schlüsseln übereinstimmen, kann ziemlich sicher davon ausgegangen werden, dass sie auch wirklich identisch sind.

Wenn ihr nun einen Schlüssel beglaubigen wollt, könnt ihr euch von dem/der SchlüsselinhaberIn den Fingerabdruck vorlesen oder auf einem Zettel geben lassen oder etwas ähnliches. In der Schlüsselverwaltung von Thunderbird bekommt ihr den Fingerabdruck des fremden öffentlichen Schlüssels in der Dialogbox angezeigt, mit der ihr unterschreiben könnt. Experimentiert einfach mal – wenn ihr es euch anders überlegt, könnt ihr Unterschriften immer noch zurückziehen.

Damit das Web of Trust funktioniert, müsst ihr dafür sorgen, dass andere Menschen eure Unterschrift an dem Schlüssel sehen. Der einfachste Weg dazu ist, den fremden öffentlichen Schlüssel zu exportieren und auf einen Keyserver hochzuladen (Enigmail hat einen Menüeintrag extra für diesen Zweck). Die Keyserver sind schlau genug, nur die neuen Unterschriften rauszuziehen und sich gegenseitig abzugleichen.

Wenn andere Menschen euren Schlüssel unterschreiben wollen, müsst ihr den Fingerabdruck eures eigenen Schlüssels herausfinden. Auch das geht in



Schlüsselverwaltungen – im Thunderbird/Enigmail etwa durch Rechtsklick auf euren eigenen Schlüssel und Auswahl von »Eigenschaften«. Vielleicht ist es keine schlechte Idee, immer ein paar Zettel mit diesem Fingerabdruck dabei zu haben.

Was unterschreiben?

Der technische Vorgang des Unterschreibens ist also eigentlich einfach. Viel schwieriger ist die soziale Frage, ob mensch wirklich öffentlich unterschreiben will (1). Das Web of Trust kann nämlich auch die Gegenseite nachbauen. Aus den Unterschriften unter einem Schlüssel ist zumindest zu rekonstruieren, wer alles meint, den/die SchlüsselinhaberIn zu kennen. Manchmal ist das nicht schlimm – etwa, wenn ihr ohnehin schon mit den Leuten telefoniert oder sie mit laufendem Mobiltelefon trefft und es nicht nötig ist, die Beziehung vor Privatmenschen (sagen wir, Nazis) geheimzuhalten.

In anderen Fällen ist so eine Kundgebung richtig blöd. Wenn ihr z.B. eine klandestine Politgruppe habt, sonst nicht per PGP kommuniziert und dann, quasi als digitale Blutsbrüderschaft, alle gegenseitig ihre Schlüssel unterschreiben, könntet ihr die Mitgliedsliste auch gleich ans BKA geben. In so einem Szenario solltet ihr eure Schlüssel direkt austauschen und auf die Unterschreiberei verzichten.

Umgekehrt ist es sicher eine gute Idee, Schlüssel von »öffentlichen Adressen« von »bekannten« Schlüsseln unterschreiben zu lassen. In der Roten Hilfe beispielsweise haben die Ortsgruppen öffentliche Adressen, und Menschen, die Kontakt mit der RH aufnehmen wollen, könnten sicher gehen wollen, dass sie auch wirklich nur die Ortsgruppe erreichen, die sie erreichen wollen. Andererseits wird in der Zeitung der Roten Hilfe immer der Fingerabdruck des Schlüssels der Datenschutzgruppe veröffentlicht, so dass, wer eine Ausgabe der Zeitung hat, auch recht sicher den Schlüssel verifizieren kann. Daher versuchen wir, Ortsgruppen-Schlüssel jeweils vom Datenschutzgruppen-Schlüssel unterschrieben zu haben (was bei weitem noch nicht perfekt klappt). Unterschriften dieser Art geben der Gegenseite wenig Information über Offensichtliches (»Die sind auf Zack!«) hinaus.

Eine allgemeingültige Regel, wann mensch zum Web of Trust beitragen will und wann nicht, ist kaum anzugeben. Je mehr aber eure Eltern, die Kumpels aus der Eckkneipe oder dem Ökocafe, befreundete HackerInnen und alle möglichen anderen Bekannten euren Schlüssel signieren (und ihr ihren), desto harmloser ist es, wenn auch Politleute unterschreiben; rauszukriegen, wer im Web of Trust Zecke ist und wer Bürger, würde unter diesen Umständen jedenfalls deutlich schwieriger.

Solange allerdings das BKA noch versucht, auf haarsträubende Weise externen Sachverstand zu PGP einzukaufen (2), sind allzu viele Gedanken zu dem Thema vermutlich übertriebene Paranoia. Vielleicht reicht es für die nächsten paar Jahre, Schlüssel für »öffentliche« Adressen mit wohlbekannten Funktionsschlüsseln zu unterschreiben oder die Signiererei ganz zu lassen. Mit dem Gedanken an das Web of Trust und spätteren Umgang damit sollte mensch sich aber trotzdem vertraut machen, und sei es nur, weil er ein Beispiel gibt für die soziale Lösung technischer Probleme.●

Datenschutzgruppe der Roten Hilfe Heidelberg
datenschutzgruppe@rote-hilfe.de
PGP Fingerprint:
a3d8 4454 2e04 6860 0a38 a35e d1ea ecce f2bd 132a
www.datenschmutz.de

1) Ihr könnt Unterschriften auch so markieren, dass sie beim Export unterdrückt werden. So was kann sinnvoll sein, ist aber fürs Web of Trust natürlich irrelevant.
2) http://annalist.noblogs.org/post/2009/01/04/bka-ratespielchen-rund-um-gnupg

Anzeige

HEIDELBERG: SKANDAL UM LKA-SPITZEL – ABSURDE ERKLÄRUNG

Als Antwort auf Anfragen der Landtagsfraktionen von SPD und Grünen hat Innenminister Heribert Rech eine absurde Erklärung für den Einsatz des LKA-Spitzels Simon Bromma geliefert, der mit falscher Identität versehen ein Jahr lang die linke Szene Heidelbergs ausspionieren hatte:

Anlass für den auf mehrere Jahre angelegten Einsatz des Undercover-Ermittlers sei eine Demonstration im Herbst 2009 in Sinsheim im Kraichgau gewesen, bei der dazu aufgerufen worden sei, »den Nazis mit allen Mitteln entgegenzutreten«. Es handelt sich dabei allerdings um eine Bündnisdemonstration vom 19.9.2009, an deren Organisation sich Gewerkschaften, Linkspartei, die Grünen und die SPD beteiligt hatten und die völlig ohne Zwischenfälle verlief. Der Innenminister bezeichnet die Vorbereitung dieser Bündnisdemonstration als »Kontakte zwischen mehreren Führungspersonen der antifaschistischen und anarchistischen Szene«. Bei einer dieser angeblichen »Führungspersonen« – so behauptet der Innenminister – seien anlässlich einer Hausdurchsuchung »sieben gebrauchsfertige Brandsätze« sichergestellt worden.

Die erwähnte Hausdurchsuchung fand bei einer jugendlich-subkulturell geprägten Wohngemeinschaft in einem kleinen, mehr als 50 Kilometer von Heidelberg entfernten Ort im Kraichgau statt und richtete sich gegen einen vermuteten Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz. Im Keller wurden sieben mit brennbarer Flüssigkeit gefüllte Glasflaschen gefunden, die laut Polizeidirektion zum Einsatz als Molotowcocktails geeignet gewesen seien. Verurteilt wurde wegen dieser angeblichen Brandsätze bisher niemand.

Diese Hausdurchsuchung im Kraichgau als Begründung für eine langfristige Ausforschung durch Undercover-PolizistInnen zu benutzen, ist in vielfacher Hinsicht grotesk: Die Betroffenen sind in keiner Weise in die linke Szene Heidelbergs eingebunden. Ob überhaupt eine Straftat vorgelegen haben könnte, ist völlig ungeklärt. Die Polizei besitzt keinerlei Erkenntnisse über solche Vorfälle im Umfeld von Heidelberg. Erst recht ist eine Nähe der bespitzelten Gruppen (studentische Arbeitskreise, BUND, Anti-Castor-Gruppen etc.) zu solchen angeblichen Straftaten völlig aus der Luft gegriffen. Vor allem aber: der Einsatz der Verdeckten ErmittlerInnen in Heidelberg war schon lange vor diesen Vorfällen geplant und vorbereitet worden. Offensichtlich hatten LKA und Polizeidirektion nur auf einen Vorwand gewartet, der ihnen im Zweifelsfall eine – wenn auch brüchige – Begründung für den Einsatz liefern könnte.

Weiterhin versucht das Innenministerium, die Öffentlichkeit über das tatsächliche Ausmaß der Spitzelaffäre zu täuschen. Zu der Existenz der zwei weiteren ErmittlerInnen des LKA in Heidelberg, die die Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD) vor kurzem enthüllt hatte, schweigt Rech weiterhin – angeblich »um das polizeiliche Einsatzziel von verdeckten Maßnahmen nicht zu gefährden und den Schutz von verdeckten Ermittlern zu gewährleisten« – und räumt damit implizit die Existenz dieser ErmittlerInnen ein. Tatsächlich scheint die Vertuschung der von ihm verantworteten Polizeiskandale dem Innenminister sehr viel wichtiger zu sein als der Schutz seiner BeamtInnen.

Die AIHD fordert weiterhin die Offenlegung sämtlicher Spitzeleinsätze gegen politisch missliebige linke Gruppen sowie Offenlegung und sofortigen Abzug sämtlicher verdeckter ErmittlerInnen. FaschistInnen mit allen geeigneten Mitteln entgegenzutreten ist kein Verbrechen, sondern eine schlichte Notwendigkeit.●

Antifaschistische Initiative Heidelberg (AIHD)
Presseerklärung, 16.2.2011

Die Antworten des Innenministers im Original:
http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/7000/14_7510_d.pdf
http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/7000/14_7569_d.pdf

EINSTIEG

KRITISCHE PSYCHOLOGIE

Was ist Kritische Psychologie?

Auf dem »Psycho-Markt« bewerben sich viele Theorien um den Erklär-Award für die Antwort auf die Frage: »Was ist der Mensch?« Die Kritische Psychologie gibt eine bemerkenswerte Antwort: Der Mensch ist das, was er geworden ist – und was er werden kann. Diese Antwort hat es in sich. Der folgende Text beschreibt einiges von dem, was die Kritische Psychologie ausmacht.

Von Stefan Meretz, grundlegung.de ● Wenn es um Menschen geht, dann geht es um uns, genauer gesagt: um »je mich«, also um alle »Ichs« dieser Welt. Doch was haben die individuellen Menschen gemeinsam, was macht sie als Menschen aus? Bei der Beantwortung dieser Frage kann man in eine Menge Fallen tappen.

Ontologisierungsfalle

Eine Möglichkeit besteht darin, zu beschreiben, wie sich Menschen verhalten, um dann diese Beschreibungen zu verallgemeinern. Woher weiß ich jedoch, dass die Verallgemeinerung zutreffend ist? Wie kann ich entscheiden, was tatsächlich allen Menschen zukommt und was nur Ausdruck ihrer besonderen Lebenssituation ist?

Verallgemeinerungen wie »Menschen sind Nutzen-Maximierer« oder »Menschen sind egoistisch« sind Ontologisierungen: Beobachtungen, wie sich Menschen heute verhalten, werden zu generellen Aussagen darüber umgedeutet, wie Menschen von Natur aus *seien* (Ontologie: Lehre vom Sein). Solche Seinszuschreibungen sagen in Wahrheit mehr über die gegenwärtigen Verhältnisse aus, als über Menschen im Allgemeinen. So erkennen wir im »Nutzen-Maximierer« die Ideologie des »homo oeconomicus« (»Wirtschaftsmensch«), der den Kern der neoliberalen Ideologie ausmacht. Und auch der »Egoismus« spiegelt Verhältnisse wider, in denen sich die Einen auf Kosten der Anderen durchsetzen.

Determinismusfalle

Wenn Verallgemeinerungen aufgrund von Beobachtungen nicht sinnvoll sind, könnte man vielleicht dem naturwissenschaftlichen Modell folgen: Ich setze Menschen bestimmten Bedingungen aus und registriere, wie sie reagieren. Statistische Bereinigungsrechnungen erlauben mir anschließend Voraussagen darüber, wie sich Menschen in bestimmten Situationen wahrscheinlich verhalten werden.

Einer solchen Sichtweise liegt die Annahme zu Grunde, dass Menschen durch die Bedingungen determiniert sind. Abweichungen, die sich in unterschiedlichen Wahrscheinlichkeiten ausdrücken, werden damit erklärt, dass sich nicht alle bedingenden Faktoren gleichzeitig im Experiment abbilden ließen. Doch die Annahme, dass die Bedingungen das Verhalten determinieren, ist damit nicht aufgeweicht. Sie wird sowohl von behavioristischen (Reiz-Reaktions-) Ansätzen wie von kognitivistischen (Input-Output-) Ansätzen geteilt.

In der deterministischen Grundannahme spiegeln sich sowohl das naturwissenschaftliche Modell, das von einem festen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang ausgeht, als auch gesellschaftliche Verhältnisse wider, in denen Menschen tatsächlich zu Objekten politischer oder ökonomischer Entscheidungen gemacht werden. Zu kritisieren ist nicht nur der Herrschaftscharakter, sondern die deterministische Grundannahme als solche ist zu verwerfen.

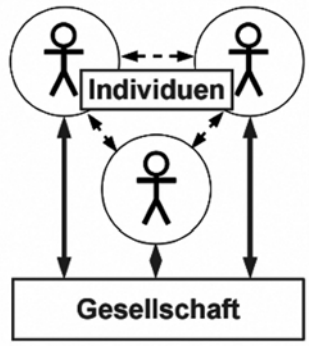
Biologismusfalle

Wenn die Annahme einer bloßen Außendeterminationen am wirklichen Menschen vorbei geht, sind wir nicht aber durch unsere biotisch-natürliche Beschaffenheit bestimmt? Determinieren nicht etwa unsere Gene, was aus uns wird?

Der oben beschriebenen Determinismusfalle entkommt man nicht, wenn man die Außen- durch eine Art Innendetermination ersetzt. Genau diese Ansätze sind in letzter Zeit aber populär geworden, wozu insbesondere medienpräsente Vertreter der Gen- und Hirnforschung beigetragen haben. Dabei wurden philosophische Thesen unter Berufung auf die Hirnforschung sogar dahingehend zugespitzt, dass Menschen angeblich gar keinen freien Willen hätten, sondern sich diesen nur einbildeten.

Kritische Psychologie

Obwohl sich die Liste der Fallen leicht verlängern ließe, soll es mit diesen Beispielen genug sein. Die Kritische Psychologie kritisiert die skizzierten Ansätze als herrschaftsförmig und dem Menschen völlig unangemessen. Sie entwickelt einen Begriff vom gesellschaftlichen Menschen, der auf die Lebenssituation im Kapitalismus bezogen ist und mit dem jede und jeder ihre bzw. seine eigene Situation analysieren und verstehen kann. Kritische Psychologie ist *Psychologie vom Standpunkt erster Person*, daher wird sie auch Subjektwissenschaft genannt. Sie handelt von »je mir«, also von »mir« in einer Weise, die mich nicht als isoliertes Privatindividuum behandelt, sondern als Menschen, der mit anderen zusammen die *Bedingungen verändern* kann, unter denen wir leben.



Isolierte Individuen stehen der Gesellschaft äußerlich gegenüber

Gesellschaftliche Menschen sind die menschliche Gesellschaft

Standpunkt erster Person bedeutet, dass die Welt, so wie je ich sie erlebe, der Ausgangspunkt der Aufklärung meiner Lebenslage ist. Damit sind alle Ansätze zurückgewiesen, die mir von einem Außenstandpunkt verkünden, was mein Problem sei oder wie sich mein Befinden erklären ließe und was ich demzufolge zu tun oder zu lassen hätte. Der Subjektstandpunkt als radikale Umkehr des Außenstandpunkts bedeutet, dass nur je ich selbst entscheiden kann, was für mich angemessen ist, wie ich meine Handlungsfähigkeit aufrecht erhalten oder erweitern kann. Die Analysebegriffe der Kritischen Psychologie dienen dazu, dass je ich mich selbst – mit oder ohne Unterstützung – in die Lage bringe, Handlungsmöglichkeiten zu erkennen und begründet zu nutzen.

Wenn Menschen ihre Lebensbedingungen aktiv verändern können, ist damit faktisch ausgeschlossen, dass Menschen nur Bedingungen unterworfen sind. Die objektiven Bedingungen sind zwar notwendiger Ausgangspunkt des Handelns, doch ich kann mich bewusst zu ihnen verhalten, um diese oder jene Handlungsmöglichkeit zu verwirklichen. Das bedeutet, dass jede Handlung *subjektiv begründet* ist. Die jeweiligen Gründe in der Perspektive meiner individuellen Lebenslage sind nach kritisch-psychologischer Ansicht Voraussetzung eines sinnvollen Diskurses – sei er nun therapeutisch oder politisch. Der Diskurs kann folglich nur im Begründungs- und nicht im Bedingtheitsmodus stattfinden (vgl. dazu S. 9 und 10).

Gleichwohl bewegen sich unsere Diskurse und Praxen nicht im luftleeren Raum, sondern in einer kapitalistischen Gesellschaft, die unserem gemeinsamen wie je individuellen Handeln eine bestimmte Funktion gibt. Unter gesellschaftlichen Bedingungen, die – global gesehen – so strukturiert sind, dass die Entwicklung der Einen stets auf Kosten Anderer geht, gibt es individuell grundsätzlich zwei Handlungsrichtungen: Ich kann meine Handlungsfähigkeit unter Akzeptanz dieser Bedingungen behaupten oder ich kann danach streben, meine Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, in dem ich Zugriff auf die Handlungsbedingungen erlange und sie verändere.

Diese beiden grundsätzlichen Handlungsrichtungen – *restriktive und verallgemeinerte Handlungsfähigkeit* genannt – sind keine persönlichen Eigenschaften, die man etwa als eine Art »Status« inne hat oder erreichen kann wie es etwa esoterische Erleuchtungsansätze versprechen. Es sind Verständigungsbegriffe über das, was wir täglich tun. Jede und jeder ist unter den gegebenen kapitalistischen Bedingungen gezwungen, im restriktiven Modus zu handeln, da es nicht möglich ist, individuell und sofort alle herrschaftsförmigen Verhältnisse grundlegend zu ändern. Gleichzeitig ist niemand darauf zurückgeworfen, ausschließlich im restriktiven Modus zu handeln. Vielmehr hat man an jeder Stelle immer auch die Möglichkeit, anders zu handeln und zu denken, um ein Stück mehr Verfügung über die eigenen Angelegenheiten zu bekommen. Die verallgemeinerte Handlungsfähigkeit bezeichnet also eine Perspektive und keinen Zustand, eine Option, die in kleinen oder großen Schritten die immer vorhandene *zweite Möglichkeit* sichtbar, denkbar, fühlbar und handelbar machen soll. Das Erweitern der Handlungsmöglichkeiten ist ein Prozess, der perspektivisch darauf abzielt, gesellschaftliche Verhältnisse durchzusetzen, in denen die »freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (Kommunistisches Manifest).

Die Perspektive einer freien Gesellschaft ist nicht die ferne Zukunft nach der Revolution, die mit unseren heutigen Bedingungen nichts zu tun hat, sondern permanente und präsente Option im täglichen Leben. Zwar besitzen die herrschenden Verhältnisse in ihrer Systemlogik eine ungeheure Gewalt und sie legen jedem Einzelnen mit Macht bestimmte Handlungsoptionen nahe, doch es gibt gute Gründe, diese Nahelegungen zu hinterfragen, immer wieder auch zurückzuweisen und nach anderen Möglichkeiten zu suchen. Und diese gibt es immer, so klein sie auch sein mögen!

Denken, Fühlen und Handeln

Die begriffliche Unterscheidung »restriktiv« und »verallgemeinert« auf der Handlungsebene findet sich bei den psychischen Dimensionen der Emotionen, der Motivation und des Denkens wieder. Am Beispiel von interpersonalen Beziehungen sei dies kurz illustriert.

Beziehungen im restriktiven Modus sind *Instrumentalbeziehungen*: Für je mich sind andere Menschen Instrumente meiner Ziele, Interessen und Bedürfnisse, die ich auf ihre Kosten durchsetze. Diese Form ist nicht nur für andere einschränkend, sondern auch für mich, weil die anderen genauso mich zum Instrument ihrer Interessen machen werden wie ich umgekehrt sie. Eine Abstiegsspirale der Zersetzung menschlicher Beziehungen kommt in Gang, meine »Anstrengungen« schlagen wieder auf mich zurück – ich werde mir selbst zum Feind. Die Tatsache der Selbstschädigung wird verdrängt, verleugnet, umgedeutet und ins Unbewusste abgeschoben.

Die instrumentelle Handlungsweise ist keinesfalls ein »individueller Defekt«, den man individuell »hat« oder »nicht hat«, sondern instrumentelle Beziehungen sind in kapitalistischen Gesellschaften die nahe gelegte Beziehungsform. Sie spiegeln den Konkurrenzkampf innerhalb der ökonomischen Verwertungslogik wider, in der sich die Einen auf Kosten der Anderen durchsetzen. Nicht-instrumentelle, solidarische Beziehungen müssen folglich aktiv und bewusst gegen die nahe gelegten Formen errungen werden.

Die Alternative zu instrumentellen sind intersubjektive oder kurz: *Subjektbeziehungen*. Für je mich ist die individuelle Entfaltung anderer Menschen die Voraussetzung für meine eigene Entfaltung. Eine solche inklusive Beziehungsform ist jedoch nur in einer freien Gesellschaft zu haben, in der individuelle Ziele und Wünsche grundsätzlich mit allgemeinen gesellschaftlichen Zielen übereinstimmen. Subjektbeziehungen sind Beziehungen ohne Unterdrückung in einer Gesellschaft ohne Unterdrückung. Sie sind die begründbare Grundlage für wechselseitiges Vertrauen, Angstlosigkeit, Freiheit, Offenheit und Eindeutigkeit in der gegenseitigen Zuwendung.

Auch hier wieder ist wichtig, dass die Realisierung instrumenteller oder intersubjektiver Beziehungsaspekte keine persönliche »Fähigkeit« ist, die man »erwerben« kann, was etwa teure Psychokurse versprechen. Die Begriffe sind Mittel, um Situationen verstehen und verändern zu können. Niemand muss die Nahelegungen individuell übernehmen oder gutheißen. Aber genauso kann auch niemand bloß individuell die gesellschaftliche Instrumentalität als Strukturprinzip loswerden – das geht nur gesellschaftlich.

Alles ganz anders?

Vieles von dem hier Angerissenen ist auch in anderen Ansätzen zu finden. So lehnt die Kritische Psychologie zum Beispiel in Übereinstimmung mit antipädagogischen Ansätzen »Erziehung« als Fremdbestimmung über Kinder ab. Stattdessen unterstützt sie ein Konzept gemeinsamer Entfaltung von Entwicklungsmöglichkeiten. Die theoretische Begründung unterscheidet sich jedoch gravierend. Die Kritische Psychologie verallgemeinert eben nicht nur Erfahrungen, sondern entwickelt wissenschaftlich Begriffe und Konzepte, die – weil sie offengelegt werden – auch kritisierbar sind und weiter gedacht werden können.

Seminar zur Einführung in die »Grundlegungen der Psychologie« in Hiddinghausen

Ihre wissenschaftlich begründete Opposition zum Kapitalismus hatte zur Folge, dass die Kritische Psychologie schrittweise aus den etablierten akademischen Strukturen gedrängt wurde. Die Umstellung auf außeruniversitäre Strukturen hat begonnen. Die »Ferienuni Kritische Psychologie« im Sommer 2010 mit 600 TeilnehmerInnen zeigt das große Interesse und das Bedürfnis nach Austausch und Vernetzung. In verschiedenen Städten gibt es bereits Workshops, autonome Seminare und Arbeitsgruppen zur Reflexion von Praxiserfahrungen (vgl. dazu S. 8). Die bisherige Website kritische-psychologie.de soll entsprechend zu einem Community-Portal umgestaltet werden.●

Anzeige

323

iz3w

Ganz unten angekommen – die Islamdebatte

Außerdem: ▸ militarisiertes Somalia ▸ geteilter Sudan ▸ kolonisierte Westsahara ▸ mickrige Krankenversicherung ▸ freiwilliges weltwärts ... 52 Seiten, € 5,30 + Porto

iz3w - PF 5328 - 79020 Freiburg - Tel. 0761-74003 - www.iz3w.org

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

ANEIGNUNGSSCHWIERIGKEITEN

KRITISCHE PSYCHOLOGIE

Wege zur Kritischen Psychologie

Die Verfügung von Individuen über gesellschaftliche Prozesse spielt in der bürgerlichen Psychologie keine Rolle. Sie akzeptiert weitestgehend unhinterfragt den gesellschaftlichen Status quo mit den Entwicklungsbehinderungen und Zwängen in Schule, Ausbildung, Universität und Beruf.

Von Leoni Breuer, Moritz Thede Eckart, Leonie Knebel und Marcel Thiel ● Die Kritische Psychologie beleuchtet, wo die Möglichkeiten menschlicher Handlungsfähigkeit durch die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsform beschränkt werden und wie diese Beschränkungen überwunden werden können. Eine Aneignung der Kritischen Psychologie stellt somit auch eine Möglichkeit zur Erweiterung der eigenen Handlungsfähigkeit dar. Durch sie werden einem Methoden an die Hand gegeben, um Psychologie als emanzipatorische Wissenschaft zu betreiben, die eigene Kritik an einer herrschaftsförmigen Psychologie auf den Punkt zu bringen und Denkformen und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, mit denen Menschen kritische Lebenssituationen in ihrem gesellschaftlichen Bezug aufschlüsseln können.

Es ist allerdings oft ein sehr mühsames Unterfangen, sich die Kritische Psychologie und insbesondere die Werke von Klaus Holzkamp anzueignen. Viele der zentralen Texte und Bücher sind eine schwere Kost, und der Zugang zu den Inhalten muss in der Regel autonom organisiert werden, da die Kritische Psychologie – mit wenigen Ausnahmen – aus den offiziellen Lehrplänen der psychologischen Institute verschwunden oder nie dort angekommen ist (vgl. Rexilius, 2008). Im Folgenden werden unterschiedliche Formen, sich mit der Kritischen Psychologie und damit kritisch mit der traditionellen Psychologie auseinanderzusetzen, dargestellt. Hierbei greifen wir auf Erfahrungen von Arbeitskreisen und Einzelpersonen zurück, die sich in Trier und Marburg mit der Kritischen Psychologie befassen.

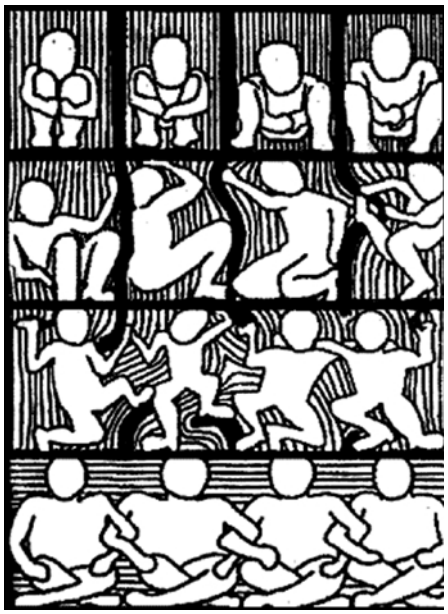
Zugang zur Kritischen Psychologie: Lernen ohne LehrerIn

Wir möchten drei Möglichkeiten vorstellen, einen vertieften Einstieg in die Kritische Psychologie zu finden:

1) mittels der Frühschriften von Holzkamp,
2) mit Hilfe der Einführung in die Kritische Psychologie (Markard 2009) und
3) über verschiedene Praxisarbeiten.

Vorweg ist es sinnvoll, einen der kürzeren Überblicksartikel zu lesen. Einige einführende Texte sind im Kasten aufgeführt, andere sind unter *kurzlink.de/kp-trier-textkiste* zu finden.

Wer sich besonders für eine methodische und inhaltliche Kritik an der traditionellen Psychologie und an theoretischen Überlegungen interessiert, findet in dem Sammelband *Kritische Psychologie. Vorbereitende Arbeiten* (1972) die ersten kritisch-psychologischen Artikel, die Holzkamps Abwendung von der traditionellen Psychologie begründen und Skizzen einer neuen, emanzipatorischen Psychologie enthalten. Ein Vorteil dieser Arbeiten liegt im Vergleich zu späteren Schriften in der vertrauten, am Mainstream orientierten Begriffswahl, ein Nachteil darin, dass zentrale Konzepte der Kritischen Psychologie noch nicht entwickelt sind. Die Fragen nach der Relevanz psychologischer Forschung und den verborgenen anthropologischen Voraussetzungen, der Kritik am Experiment und den wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen, die die Artikel aufwerfen, sind für eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und Methoden des Fachs Psychologie immer noch aktuell und laden dazu ein, die dort formulierte grundlegende Kritik auf Beispiele aus Studium oder Alltag anzuwenden.



Wer sich gleich auf den neuesten Stand der Kritischen Psychologie bringen möchte, kann zur *Einführung in die Kritische Psychologie* von Morus Markard (2009) greifen. Auf 303 Seiten werden alle wichtigen Konzepte vorgestellt sowie in ihrer Entwicklung nachvollzogen. Obwohl um eine einfache, einführende Sprache bemüht, wird es für AnfängerInnen nach den ersten drei Kapiteln hin und wieder schwierig, dem Verlauf des Buches zu folgen. Trotzdem gibt es für einen detaillierten und differenzierten Überblick kein besseres Buch als diese Einführung. Aus unseren Seminar- und Lesekreiserfahrungen haben wir den Schluss gezogen, dass ein langsames Lesen und Diskutieren unter Hinzuziehung anderer Texte und der Austausch mit Kritischen PsychologInnen über ungelöste Fragen sehr hilfreich sein kann. Eine andere Möglichkeit ist, alle Fragen, die während des Lesens entstehen, zu sammeln und am Ende zu prüfen, ob man sie nach der Lektüre beantworten kann. Wenn nicht, sind es vielleicht Fragen, die in der Kritischen Psychologie noch offen sind. Der Ansatz ist nämlich weit von dem Anspruch entfernt, auf alles eine Antwort zu haben und fordert deshalb zum selbst- und mitdenken auf. Hat man die Einführung einmal durchgearbeitet, stellt es ein sehr gutes Nachschlagewerk dar. Außerdem kann es nicht schaden, einige schwierige Kapitel zu überspringen und zunächst lebensnähere Teile wie das 12. Kapitel über Erziehung, Lernen und Entwicklung zu lesen.

Die dritte Möglichkeit besteht darin, mit Praxis-Texten aus verschiedenen Themenbereichen anzufangen und darüber indirekt die theoretischen Überlegungen, die Denkweise und die Methoden der Kritischen Psychologie kennen zu lernen. Wenn ich ein pädagogisches Seminar besuche oder mich selbst gerade mit Erziehung herumschlage, könnte mir der Anti-Erziehungsratgeber von Gisela Ulmann *Über den Umgang mit Kindern* (1987) oder der Sammelband *Kinder* von Klaus Weber (2010) weiterhelfen. Wenn ich meine Praktikumserfahrungen und den Umgang mit institutionellen Zwängen im Beruf reflektieren will, könnte ich mir im Buch *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung* (2000) ansehen, welche Gedanken sich andere kritisch-psychologisch Interessierte dazu schon gemacht haben. Zudem enthält es eine Liste von Diplom- und Doktorarbeiten, die sich der psychologischen Praxis widmen und zum Weiterlesen einladen. Auch zu (Anti-)Rassismus, Lebensführung, Arbeitslosigkeit, dem Konstrukt »Hochbegabung« und vielen anderen Themen gibt es Texte der Kritischen Psychologie.

Für alle Herangehensweisen gilt ein problembezogenes Lesen. Denn ohne ein eigenes Lernbedürfnis bzw. -interesse ergibt es keinen Sinn, sich mit der Kritischen Psychologie zu beschäftigen, zumal sie keine einfachen Lösungen, die im Studium oder Beruf ohne weiteres anwendbar wären, anbietet und dazu tendiert, erst einmal immer mehr Fragen aufzuwerfen. Das ist manchmal frustrierend und führt häufig zu einer Abwendung von der Kritischen Psychologie mit dem Vorwurf, sie kritisiere nur, sei zu kompliziert und sowieso ziemlich veraltet.

Holzkamp selbst war das traditionelle Lehren *(Lehren als Lernbehinderung?*, 1991) von Wissen suspekt. Er suchte das Gespräch und die Auseinandersetzung mit Studierenden, so dass die Kritische Psychologie im Dialog (vgl. Markard, 2010, S.19) entwickelt wurde. Der dialogische, interaktive Prozess des Lernens kann auch als ein Grundstein zur Aneignung der Kritischen Psychologie heute angesehen werden. Darum ist es empfehlenswert, sich in Lesekreisen zusammenzufinden, dabei die je eigenen Lerninteressen und individuellen (Zeit-)Ressourcen offen zu legen und ein verständigungsorientiertes Klima zu schaffen. Dabei muss es immer möglich sein, aussteigen zu können, denn jedeR hat eigene Lerngründe, die sich im Laufe der Zeit verändern können. Es ist aber unserer Erfahrung nach wichtig, dass die anderen Beteiligten erfahren, warum jemand einen anderen Weg weitergeht, um der Gruppe unter Umständen die Chance zu geben, sich zu entwickeln. Immer hilfreich ist es, den Kontakt zu anderen Gruppen oder ExpertInnen aufzunehmen, um über Veranstaltungen informiert zu werden oder inhaltliche Fragen zu klären.

Hürden und Probleme der Aneignung: Überwindbar oder notwendiges Übel?

Adorno und Horkheimer schrieben, dass »der ehrlichste Reformer [...] durch Übernahme eines eingeschliffenen Kategorienapparats und der dahinterstehenden schlechten Philosophie die Macht des Bestehenden verstärkt, die er brechen möchte« (1947/1988, S.4). Holzkamp sah es deshalb als eine zentrale Aufgabe an, ein neues Begriffssystem in der *Grundlegung der Psychologie* (1983) zu entwickeln, um die herrschaftsstabilisierende Funktion der traditionellen Begriffe sichtbar zu machen und überwinden zu können. Die Kritische Psychologie gilt als ein »hochelaboriertes, geschlossenes epistemologisches System« (Mattes 1998), was ihre Lektüre nicht einfach macht, dafür aber einen großen Erkenntnisgewinn verspricht, wenn man sich einmal auf die Reise begibt.

Die neuen teilweise sperrigen, alltagsfernen Begriffe gepaart mit einem hohen Grad an Abstraktion und Holzkamps Vorliebe für lange Sätze mit vielen Substantivierungen bedürfen der Vermittlung. Jedoch: »Diese VermittlerInnen oder LehrerInnen oder BegleiterInnen der produktiven Aneignung kritischer Psychologie waren«, so Rexilius (2008), »von wenigen Enklaven abgesehen, gewissermaßen ausgestorben: Die KollegInnen, die die Macht hatten, ihre Wissenschaftsauffassung als die richtige und rechte zu behaupten, verweigerten ihnen konsequent und rigoros den Zugang zu Stellen an den Hochschulen.«

Die Schwierigkeiten der Aneignung gelten aber vor allem dann, wenn man versucht, sich die Kritische Psychologie als Paradigma im Ganzen anzueignen, denn es gibt viele Beiträge, die für sich stehen und dabei auch sehr gut verständlich sind. Dabei wird man jedoch meist hinnehmen müssen, nicht zu wissen, wie die Begriffe oder das Menschenbild der Kritischen Psychologie eigentlich begründet werden. Es bedarf also bei einer systematischen Aneignung der Kritischen Psychologie einer gewisser Ausdauer und Hartnäckigkeit, wobei auch kleinere Hilfestellungen den Lernprozess erleichtern können. Zum Beispiel kann es sinnvoll sein, sich ein eigenes Begriffslexikon anzulegen oder das stetig wachsende Glossar auf *grundlegung.de* zu nutzen.

Wer Vorkenntnisse im Bereich Marxismus, Wissenschaftstheorie oder traditioneller Psychologie hat, wird davon zehren können. Vorsicht ist beim Verständnis mancher Begriffe (z.B. Handlungsfähigkeit) geboten, da sie umgangssprachlich klingen, aber viel mehr dahinter steckt (vgl. Fried et al. 1998, Kaindl 1998). Ebenso problematisch wäre es, der weit verbreiteten Manier zu erliegen, Menschen zu typisieren und – entgegen der kritisch-psychologischen Intention, Begriffe für Menschen und ihre Selbst-/Verständigung bereitzustellen – diese nach »restriktiv« und »verallgemeinert« handelnden Menschen zu klassifizieren. Mit der kritischen Betonung gesellschaftlicher Verhältnisse angesichts des »Elends der Welt« (Bourdieu) und dem Kritisieren von Ansätzen, die von ebensolchen behindernden gesellschaftlichen Verhältnissen abstrahieren, kann es vorkommen, dass man das Individuum zum »Opfer« seiner Verhältnisse erklärt. Aus kritisch-psychologischer Sicht wäre dieser Denkstil als Bedingtheitsdiskurs zurückzuweisen und auf die Begründetheit jedes Handelns zu pochen, mag dieses in Auseinandersetzung mit noch so einschränkenden gesellschaftlichen Verhältnissen stattfinden oder von »außen« sonderbar anmuten.

Für die Zukunft der Kritischen Psychologie wird es notwendig sein, neue Formen der Aneignung, Vermittlung und des Austausches zu finden und bestehende auszubauen. Beispiele dafür sind u.a. der Online-Einführungskurs zur *Grundlegung der Psychologie* (grundlegung.de) und die *Assoziation Kritische Psychologie* (kritischepsychologie.blogsport.de). Aktuell ist auch auf ein Vernetzungstreffen zu Kritischer Psychologie hinzuweisen, das vom **14.-15. Mai 2011** in Berlin stattfinden soll und sich mit Perspektiven dieses doch leider universitär marginalisierten Ansatzes befasst. »Wenn es Kritische Psychologie bei mir nicht gibt, dann hole ich sie zu mir – nicht nur in meinen Bücherschrank«. Diesem Motto folgend, haben wir bisher immer gute Erfahrungen mit der Organisation von Vorträgen oder Workshops gemacht.●

INFO

Einführende Online-Texte (kurzlink.de/kp-online-texte)

Holzkamp, K. (1983): Der Mensch als Subjekt wissenschaftlicher Methodik
Ders. (1984): Die Menschen leben im Kapitalismus nicht wie in einem Käfig
Ders. (1986): Grundkonzepte der Kritischen Psychologie
Ders. (1991): Lehren als Lernbehinderung?
Markard, M. (2000): Kritische Psychologie: Methodik vom Standpunkt des Subjekts
Ders. (2000): Die Entwicklung der Kritischen Psychologie zur Subjektwissenschaft

Bücher zum Weiterlesen

Holzkamp, K. (1972): Kritische Psychologie. Vorbereitende Arbeiten
Markard, M. (2010): Einführung in die Kritische Psychologie
Markard, M. (2010): Kritische Psychologie: Forschung vom Standpunkt des Subjekts, in: **Mey & Mruck (Hrsg.):** Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie
Markard, M. & Ausbildungsprojekt subjektwissenschaftliche Berufspraxis (2000): Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung. Wider Mainstream und Psychoboom
Osterkamp, U. (1996) Rassismus als Selbstentmächtigung
Ulmann, G. (1987): Über den Umgang mit Kindern
Weber, K. (2010): Kinder

Internetseiten

Kritische Psychologie allgemein: kritische-psychologie.de
Assoziation Kritische Psychologie Berlin: kritischepsychologie.blogsport.de
Kritische Psychologie Frankfurt: akkritpsychffm.wordpress.com
Kritische Psychologie Hamburg: kripsyhamburg.wordpress.com
Kritische Psychologie Trier: kp-trier.de
Kritische Psychologie Wien: krips.at
Einführung in die Grundlegung: grundlegung.de
Kritische Psychologie im Philosophenstübchen: thur.de/philo/kp/krps.htm
Videos zur Kritischen Psychologie: youtube.com/ user/critpsych

Mailinglisten:

Allgemeiner Verteiler: kurzlink.de/crit-psych
Vernetzung von Einzelpersonen und Initiativen: kurzlink.de/kpwaechst

Literatur

Fried, B., Kaindl, C., Markard, M. & Wolf, G. (Hrsg., 1998): Bericht über den 4. Kongreß Kritische Psychologie. Erkenntnis und Parteilichkeit: Kritische Psychologie als marxistische Subjektwissenschaft, Berlin/Hamburg: Argument
Horkheimer, M. & Adorno, T.W. (1947, 1988): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt/M.: Fischer
Kaindl, C. (1998): Gesellschaftliche Dimensionen individueller Handlungsfähigkeit. Zur Debatte um ein kritisch-psychologisches Grundkonzept. Auszug aus der unveröffentlichten Diplomarbeit: ferienuni.de/data/kaindl-diplomarbeit-auszug-gesellschaftstheorie.pdf
Mattes, P. (1998), Kritische Psychologie, in: Psychologische Grundbegriffe – ein Handbuch, **Grubitzsch, S. & Weber, K. (Hrsg.):** rowohlts enzyklopädie, S. 292-297.
Rexilius, G. (2008): Wie Klaus Holzkamp posthum auf den Kopf gestellt wurde, Journal für Psychologie, 16(2), online: journal-fuer-psychologie.de/jfp-2-2008-3.html

PRAXISFORSCHUNG

KRITISCHE PSYCHOLOGIE

Widersprüche in Therapie und Beratung

Kann man in der psychosozialen Arbeit – also in den Berufsfeldern von Psychologie, Sozialarbeit und Pädagogik – emanzipatorische Ziele verfolgen? Für bestimmte Tätigkeiten muss man dies klar verneinen, wenn etwa PsychologInnen dabei helfen, BundeswehrsoldatInnen kriegstauglich zu machen, Arbeitsplätze wegzurationalisieren oder die Ablehnung von StudienbewerberInnen mit Hilfe von Testdiagnostik zu legitimieren.

Foto: AP/Bozidar Vukicevic

Von Grete Erckmann und Michael Zander, AG Berufspraxis ●

In vielen Fällen ist die Situation weniger eindeutig. KlientInnen erwarten Hilfe, sei es bei psychischer Überforderung, die sich u.a. in Ängsten, Depressionen oder Sucht ausdrücken kann, sei es bei der Bewältigung schwieriger Lebenssituationen wie Erwerbslosigkeit, dauerhaften Schulproblemen der Kinder oder Umgang mit Stigmatisierung und Diskriminierung. Gleichzeitig sind PraktikerInnen mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert, die sie bei der Erfüllung ihres Auftrags behindern, etwa restriktive Vorgaben von Kostenträgern zum Beratungs- bzw. Behandlungsumfang oder unzulängliche »offizielle« Theorien, die die Verantwortung für das zu lösende Problem allein der Klientin bzw. dem Klienten zuschieben. Erschwerend kommt hinzu, dass die Erfolgschancen von Therapie und Beratung immer auch davon abhängen, ob es aus Sicht der KlientInnen erstrebenswerte Alternativen zu ihrer aktuellen krisenhaften Situation gibt. Die kritisch-psychologische Praxisforschung wurde entwickelt, um die konkreten Probleme der PraktikerInnen und KlientenInnen zu erforschen und möglichst zu überwinden. Viele Konzepte gehen auf das »Ausbildungsprojekt Subjektwissenschaftliche Berufspraxis« (ASB) an der FU Berlin zurück. In diesem Projektseminar werden Praktika und Diplomarbeiten unter bestimmten Fragestellungen diskutiert, die die Studierenden selbst einbringen. Die Berliner AG Berufspraxis, ein Zusammenschluss von Studierenden und PraktikerInnen, führt ebenfalls Praxisanalysen durch, vor allem im Hinblick auf die Bereiche Psychotherapie und Beratung.

Im Mittelpunkt steht die Falldarstellung einer Praktikerin bzw. eines Praktikers. Es geht zunächst um die Darstellung von Vorgängen, Ereignissen und Aussagen Dritter. Dabei ist es wichtig zu unterscheiden, wer welches Problem wie definiert. Im beruflichen Alltag ist man häufig mit einer Vielzahl von Deutungen und Diagnosen konfrontiert, hinter denen regelmäßig zu verschwinden droht, worin eigentlich die Klientin oder der Klient selbst das Problem sieht. Nach und nach werden in der gemeinsamen Diskussion des Falles die Bedingungen herausgearbeitet, die mutmaßlich bei der Entstehung des ursprünglichen Problems und bei den bisherigen Lösungsversuchen eine Rolle gespielt haben.

Begründet statt bedingt

Angestrebt wird eine Analyse im *Begründungsdiskurs*. In der alltäglichen Kommunikation führen wir für unser Handeln in der Regel *Gründe* an, nach dem Muster: »Ich habe x getan, weil ich unter den Bedingungen von y ich z erreichen wollte«. Es gibt aber vielfältige Anlässe, aus diesem Diskurs auszusteigen, also Handlungen nicht mehr auf mögliche Gründe zu beziehen, sondern auf bloße Bedingungen oder Seinsunterstellungen (die/der macht das, weil sie/er nun mal so und so »ist«). Vor allem Unverständnis für eigenes und fremdes Verhalten oder psychische Symptome sind solche Anlässe. Wenn in der kritisch-psychologischen Analyse versucht wird, Unverständliches konsequent als Begründungsmuster zu formulieren, dann ist damit nicht gesagt, dass alle Gründe »bewusst« sind. Es wird lediglich angenommen, dass unser Handeln mit unseren Wünschen, Bedürfnissen und Interessen einerseits und mit den jeweiligen objektiven Lebensbedingungen andererseits vermittelt ist. Gleichzeitig sind die Kontexte, in denen wir handeln, meist auch von Kausalitäten durchsetzt, wie Wirkungen von organischen Krankheiten und Drogen, Schlaflosigkeit oder Lärmbelastungen. Sie sind Teil der jeweiligen Prämissen des Handelns, aus denen wir wiederum die Gründe für unser Verhalten ableiten.

Das Gegenmodell zum Begründungsdiskurs ist der Bedingtheitsdiskurs, in dem die meisten akademisch-psychologischen Mainstream-Theorien formuliert sind. In ihm werden die Handelnden nicht als Subjekte betrachtet, vielmehr erscheinen Erleben und Verhalten als bloße Resultate von Bedingungen. Je nach Theorie fehlt den Betroffenen lediglich Serotonin, positive Verstärkung, libidinöse Besetzung, Ich-Stärke oder Anerkennung. Menschen werden als nahezu vollständig fremdbestimmbar angesehen. Sie sind bedingt und verändern demnach auch nicht aktiv und bewusst die Bedingungen. Philosophisch gesprochen handelt es sich um Objektivismus. Dessen Gegenteil, Subjektivismus, wäre allerdings genauso problematisch. Es liefe darauf hinaus, die Bedeutung der objektiven gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen wir leben und zu denen wir uns verhalten, und die Frage nach Einflussmöglichkeiten, die jeder einzelne hat, zu vernachlässigen.

Ein besonderer Fall, der Fragen nach Handlungsgründen abschneidet, ist die Personalisierung: Hier werden die Ursachen eines Problems einer Person angelastet – u.U. auch der eigenen – indem man ihr bestimmte Eigenschaften (Faulheit, Schüchternheit, Aggressivität etc.) zuschreibt und gleichzeitig die Kontexte ausklammert, in denen Verhaltensweisen subjektiv begründet sind. Erklärungen im Bedingtheitsdiskurs und Personalisierungen haben vor allem eine entlastende Funktion, indem der Veränderungsbedarf an einzelne Individuen delegiert wird, ohne soziale und gesellschaftliche Verhältnisse anzutasten.

Machtverhältnisse im Blick

Besondere Aufmerksamkeit bei der Analyse verdienen die spezifischen Machtverhältnisse, mit denen die Betroffenen konfrontiert sind. Machtverhältnisse werden durch Institutionen wie Schule, Lohnarbeit, Behörden, Krankenhäuser, Familie o.ä. konstituiert. Praxisreflexionen können die von ihnen ausgehenden Zwänge nicht ermäßigen oder aus der Welt schaffen. Aber sie können zur Einsicht führen, dass man gesellschaftliche Anforderungen nicht unhinterfragt übernehmen muss, sondern vielmehr eine kritische Distanz und ein bewusstes Verhältnis zu ihnen gewinnen und sie zusammen mit anderen verändern kann.

Psychische Probleme, so die These, hängen mit solchen Machtverhältnissen zusammen: Auf kognitiver, emotionaler und motivationaler Ebene werden Möglichkeiten verdrängt, unbefriedigende Lebensbedingungen zu verändern und Handlungsmöglichkeiten zu erweitern. Die Verdrängung hat insofern eine sinnvolle Funktion, als Wahrnehmung und Durchsetzung notwendiger Veränderungen für das Subjekt angesichts bestehender Machtverhältnisse potenziell riskant sind. Die jetzige Lebensqualität mag unbefriedigend sein, aber ein gescheiterter Veränderungsversuch kann die Lage noch weiter verschlechtern. Dieses kritisch-psychologische Konfliktmodell ist oft sehr hilfreich. Ob und inwieweit es in einem bestimmten Fall passt, ist allerdings eine empirische Frage.

Reflexion in Fallbesprechungen

Die Rekonstruktion der Probleme von KlientInnen muss im Rahmen der Praxisforschung zunächst in gewissem Maße spekulativ bleiben, da die Personen, über die diskutiert wird, nicht anwesend sind. Praxisforschung ist Intervision, also Fallbesprechung unter KollegInnen. Es werden zunächst nur Hypothesen gebildet. Vermutungen aus dem Plenum können von der Praktikerin oder dem Praktiker teilweise aus eigener Kenntnis bestätigt oder entkräftet werden. Fragen, zu denen die Klientin oder der Klient selbst Stellung nehmen muss, können in den Beratungs- oder Therapieprozess eingebracht und später ins Plenum zurückgemeldet werden.

Idealerweise findet am Ende eines Treffens eine Reformulierung von Problemen statt. Auf der Basis dieser neuen Sicht können PraktikerInnen möglichst klärende Gesichtspunkte in den Dialog mit KlientInnen einbringen. Eine im Plenum erarbeitete Reformulierung kann erfolgreich sein, indem ein (Teil-) Problem einer Lösung näher gebracht wird. Sie kann aber auch scheitern, wenn z.B. ein Klient sagt: So sehe ich mein Problem nicht, die Mutmaßungen, die über mich und meine Situation angestellt wurden, treffen nicht zu. Dann werden diese Einwände bei Bedarf ans Plenum zurückgemeldet, und der Klärungsprozess beginnt von Neuem.

Nicht selten werfen die Diskussionen auch Licht auf problematische Anforderungen, mit denen PraktikerInnen konfrontiert sind: So müssen in der Regel Berichte in einer Sprache formuliert werden und Diagnosen vergeben werden, die wenig Raum für den Begründungsdiskurs lassen. Es bestehen womöglich Stress und Arbeitsüberlastung, von den PraktikerInnen wird verlangt, nach außen ein Bild der Institution zu vermitteln, das nicht in jeder Hinsicht realitätsgetreu ist etc. Kritisch-psychologische Praxisreflexion dient nicht zuletzt auch dazu, sich gegenseitig darin zu unterstützen, taktisch mit derartigen Zwängen umzugehen und sie, wo nötig und möglich, zu unterlaufen oder gar zu beseitigen.

Ein Praxisbeispiel (1)

Der Klient befindet sich in psychotherapeutischer Behandlung. Er stammt aus dem Libanon und lebt seit 10 Jahren zusammen mit seiner Frau und seinen drei Kindern in Deutschland. Die Familie seiner Frau stammt ebenfalls aus dem Libanon, sie selbst ist aber in Deutschland geboren und aufgewachsen. Er lernte seine Frau bei einem ihrer Urlaubsaufenthalte im Libanon kennen und zog schließlich zu ihr nach Deutschland. Seit vier Jahren leidet er unter starken migräneartigen Kopfschmerzen und gelegentlich auftretenden Schwindelanfällen. Er hat bereits eine Odyssee von Untersuchungen, Arztbesuchen und Klinikaufenthalten mit immer wieder unbefriedigenden Behandlungserfolgen hinter sich und ist zur Zeit arbeitsunfähig. Gegenüber der Therapeutin verhält er sich immer sehr höflich und fast ehrfürchtig, blockt aber sehr bestimmt jedes Mal ab, wenn das therapeutische Gespräch vom »eigentlichen Thema Kopfschmerzen« abzuweichen droht. Die Therapeutin führt sein Verhalten in erster Linie auf kulturelle Unterschiede zwischen »ihrer westlichen« und »seiner arabischen Kultur« und dem dazugehörigen Verständnis vom Geschlechterverhältnis zurück und fühlt sich damit aber in einer Sackgasse.

In der gemeinsamen Diskussion arbeiten wir folgende Gesichtspunkte heraus: Kulturelle Normen sind nicht eindeutig vorgegeben, sondern werden individuell verschieden angeeignet. Dies zeigt sich u.a. daran, dass er selbst seine ebenfalls muslimische Frau als sehr selbstbewusst und in religiösen Fragen liberal beschreibt. Sie ist erwerbstätig und arbeitet in einer Kindertagesstätte. Das Dilemma »muslimischer Klient« vs. »westliche Therapeutin« wird durch diese Überlegung relativiert.

Die Kopfschmerzen treten überwiegend dann auf, wenn sich der Klient überfordert fühlt und beispielsweise Ämtergänge, Elternsprechabende, Besuche von Verwandten und Freunden anstehen oder seine Frau beruflich sehr eingespannt ist und gelegentlich für Kolleginnen zusätzliche Schichten übernehmen muss. Er selbst führt seine Kopfschmerzen auf eine plötzliche Unverträglichkeit von deutschen Lebensmitteln und/oder dem Klima zurück. Die genaue Ursache, auf welche Lebensmittelbestandteile er allergisch reagiere, sei allerdings noch nicht gefunden worden.

Aus Sicht des Klienten, so vermuteten wir auf Basis der diskutierten Sachverhalte, stellt sich seine Situation folgendermaßen dar: Die Kopfschmerzen sind für ihn einerseits schwer zu ertragen, andererseits werden sie in der Familie als Krankheit anerkannt und führen dazu, dass er emotionale Zuwendung von allen Familienmitgliedern, insbesondere seiner Frau, erfährt. Sie bringen eine Entlastung, ohne dass der Klient als weich und unmännlich angesehen wird. Er selbst hat den Anspruch an sich, die Familie nach außen – sei es gegenüber deutschen Institutionen oder arabischen Verwandten – angemessen zu repräsentieren. Da er sich selbst aber nicht klar darüber zu sein scheint, welche Rolle er an der Seite seiner als sehr selbstbewusst geschilderten Frau einnehmen sollte und möchte, schwankt er zwischen dem »muslimischen« und dem »westlichen« Männerbild. Auch in der therapeutischen Situation ist er mit diesem Dilemma konfrontiert und versucht durch übertriebene Höflichkeit von seiner Unsicherheit abzulenken. Unklar bleibt zunächst, ob es sich dabei ausschließlich um seine eigenen Ansprüche an das eigene Mannsein handelt, oder, ob auch von Verwandten oder seiner Frau durch Erwartungen und Ansprüche Druck auf ihn ausgeübt wird.

Die hypothetische Skizze kann im weiteren Verlauf bestätigt oder auch widerlegt werden bzw. sich als unzureichend erweisen, sollte sich z.B. zeigen, dass die Kopfschmerzen auch nach einer bewussten Klärung seiner »männlichen« familiären Aufgaben unverändert stark bleiben. Bei einer späteren Praxisanalyse können neue Fragen aufgeworfen werden, etwa danach, inwiefern der Klient an seiner Arbeitsstelle in einer Einzelhandelskette von der zunehmenden Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse betroffen ist und ihn vor der Wahrnehmung dieser Bedrohung abzuschirmen.●

1) Fiktiver Fall, der Erfahrungen mit der Praxisreflexion in der AG Berufspraxis widerspiegelt. Ähnlichkeiten mit realen Personen sind zufällig und nicht beabsichtigt.

EMANZIPATORISCHE BEWEGUNGEN

KRITISCHE PSYCHOLOGIE

Ent-Unterwerfung denken und praktizieren

Warum wehren sich ausgerechnet ausgegrenzte und verarmende Menschen so wenig gegen soziale Zumutungen? Warum fühlt sich das Engagement in linken Gruppierungen und Institutionen oder auch emanzipatorischen Bewegungen oft genau so schlecht an wie der Rest des Lebens in dieser Konkurrenzgesellschaft? Was können wir tun?

Von Annette Schlemm, Jena ● Wer jetzt die Weiterführung dieses Textes in Manier der psychologischen Ratgeberbücher erwartet, ist auf der falschen Fährte. Lange genug haben Linke versucht, auf die »stumme Masse« einzuwirken, immer wieder neue Strategien der *Einflussnahme* zu entwickeln. Alle Überlegungen, die darauf hinauslaufen, wie wir *»die Leute«* besser verstehen können, oder alle Anstrengungen, *die Anderen* zum richtigen Verhalten zu bringen, hängen in einer Falle fest: *Wir dünken uns in der »besseren Position« – und diese Position versetzt »die Anderen« in eine passive Rolle, in der sie nicht mehr als Subjekte ihres Lebens ernst genommen werden.*

Eine Theorie für Menschen, nicht über Menschen

Eine wichtige Schlussfolgerung aus der Kritischen Psychologie ist die Orientierung darauf, andere Menschen nicht als Objekt unserer Einflussnahme zu behandeln, wenn wir Emanzipation als Ziel und Weg umsetzen wollen. Der *Subjektstandpunkt*, der sich grundlegend von einem »Außenstandpunkt« unterscheidet (vgl. S.7), macht den Unterschied aus zwischen einem emanzipatorischen Vorgehen und einem Vorgehen, das die Entmündigung der Menschen in der herrschenden Gesellschaft reproduziert.

Der Subjektstandpunkt ist deshalb nicht nur von Bedeutung für das wissenschaftliche Fachgebiet Psychologie, sondern er hat weitreichende gesellschaftstheoretische und praktische Folgen. Da *individuelles Leben gesellschaftlich vermittelt* ist, kann es keine von der Theorie der Gesellschaft getrennte Theorie des Individuums geben. Eine Theorie vom gesellschaftlichen Menschen hat die Aufgabe, die vielfach empfundene Kluft zwischen Praxen, in welchen Individuen ihr unmittelbares Leben und ihre zwischenmenschlichen Beziehungen meistern, und der »großen Politik«, deren Reichweite die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse umfasst, zu durchdringen und sichtbar zu machen, dass die isolierte Privatexistenz ein hergestellter Schein der bürgerlichen Verhältnisse ist.

Aus der gesellschaftlichen Vermitteltheit der individuellen Existenz folgt, dass es unangemessen ist, Menschen lediglich als Träger von Eigenschaften zu sehen. Biologisierungen, Psychologisierungen oder auch Personifizierungen kappen den Zusammenhang zwischen Menschen und ihren gesellschaftlichen Bedingungen. *Es geht nicht darum, Menschen zu problematisieren, sondern die gesellschaftlichen Bedingungen, wie sie sich in der konkreten Lebenslage zeigen.* Die Umdeutung von problematischen Situationen zu problematischen Eigenschaften von Menschen (etwa »Egoismus«), lenkt die Lösungsenergie auf das falsche Betätigungsfeld. Im Gegenzug wäre es aber auch falsch, Menschen lediglich als Marionetten ihrer gesellschaftlichen »Prägungen« und Befolger gesellschaftlicher Gesetze und Zwänge zu betrachten. Dann werden sie von vornherein wesentlicher menschlicher Charakteristika beschnitten.

Menschliche Subjektivität hängt eng damit zusammen, dass menschliche Individuen »natürlich gesellschaftlich« sind, dass also ihre »Natur« darin besteht, gesellschaftlich vermittelt zu leben. Durch die Gesellschaftlichkeit entsteht ein spezifischer Möglichkeitsraum: *Was für das Ganze notwendig ist, hat für den Einzelnen nur Möglichkeitscharakter.* Dabei geht es nicht nur um »Möglichkeiten 1. Ordnung«, also die Möglichkeiten, die sich innerhalb vorgegebener Bedingungen, gegebener gesellschaftlicher Verhältnisse bieten – sondern es geht auch um die »Möglichkeit 2. Ordnung«: das Verändern der Rahmenbedingungen, der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst. »Menschen sind Subjekte, insofern *sie sich selbst* in verallgemeinerter Weise als *Ursprung* von Schaffung und der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gemäß ihren Lebensinteressen erfahren können« (Holzkamp 1983b: 139). Unter gesellschaftlichen Verhältnissen, in denen »die Masse der Individuen *von der kollektiven Verfügung über ihre Lebensbedingungen ausgeschlossen und auf ihr privates, individuelles Dasein zurückgeworfen* ist« (Holzkamp 1980: 212, kursiv A.S.), haben die Individuen zwei mögliche Handlungsausrichtungen: Die eine weist in Richtung einer »gemeinsame(n) Erweiterung der gesellschaftlichen Lebensmöglichkeiten« (Holzkamp 1983a: 2) – also in Richtung der Möglichkeit 2. Ordnung, die andere in Richtung eines individuell begründeten Verzichts auf diese Erweiterung, des Sich-Einrichtens in den Möglichkeiten 1. Ordnung. Diese beiden Richtungen – *verallgemeinerte und restriktive Handlungsfähigkeit* (vgl. S.7) – sind kein äußerer Bewertungsmaßstab, sondern können jedem Individuum dabei helfen, die eigenen Gründe besser zu verstehen und bewusster zu entscheiden.

Menschliches Verhalten ist begründet, nicht nur bedingt

Menschliches Verhalten ist keine marionettenhafte Reaktion auf beherrschende gesellschaftliche Strukturen, sondern *Menschen handeln begründet* in bzw. gegen diese Strukturen. Dabei sind diese Handlungsgründe die »Scharniere« zwischen den gegebenen gesellschaftlichen Strukturen wie je ich sie in meiner Lebenslage erfahre und dem individuellen Handeln. Menschliches Verhalten ist nicht in Form von »Bedingungs-Ereignis-Zusammenhängen« zu diskutieren, sondern als *»Prämissen-Begründungs-Zusammenhänge«* (vgl. Holzkamp 1983a: 352). Prämissen sind dabei jene durch die gesellschaftlichen Bedingungen gegebenen Handlungsmöglichkeiten, die angesichts je meiner gerade vorliegenden Problematik und der vorhandenen konkreten Interessen wichtig werden.

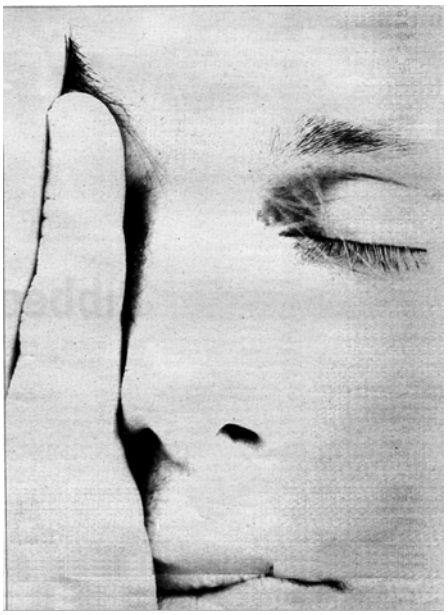


Foto: Betty Leimer

Das Ernstnehmen der jeweils individuellen Prämissen und subjektiven Gründe macht emanzipatorisches Denken und Handeln komplexer als oft angenommen. Es kann nicht darum gehen, »unter welchen Bedingungen« die Menschen vielleicht besser für ihre Rechte kämpfen würden, es kann erst recht nicht darum gehen, ihnen wohlwollend und bevormundend diese Bedingungen stellvertretend zu schaffen. Bedingungen für die *Selbst*bestimmung können nicht *fremdgesetzt* werden. Dasselbe gilt auch für vorgegebene Ziele, z.B. in der Bildungsarbeit: »Solange sie Teil einer fremdgesetzten Anordnung (...) sind, können sie Probleme der Selbstbestimmung für die Teilnehmenden darstellen« (Kaindl 2009: 144). Jedes Vorgehen, dass von vornherein primär die »Einflussnahme auf Andere« anstrebt, entmächtigt und entsubjektiviert diese Anderen.

Intersubjektivität der wechselseitigen Selbstentfaltung

Es soll hier nicht um moralische Anforderungen gehen, die zu erfüllen sind, sondern darum, welche Vorgehensweisen dem Ziel der Emanzipation dienlich sind oder ihm widersprechen. Fremdbestimmung verhindert Selbstbestimmung. Das gegenseitige Aufeinanderhetzen verhindert kooperative Beziehungen, und wenn man andere Menschen instrumentalisiert, braucht man sich nicht zu wundern, wenn alles nur mit Druck oder gar nicht läuft. Im Einführungsbeitrag (S.7) wurde bereits der Unterschied zwischen *Instrumentalbeziehungen* und *Subjektbeziehungen* erläutert. Subjektbeziehungen basieren weniger auf gutem Willen oder angeeigneten Kommunikationstechniken, sondern sie müssen bereits die Vorformen gesellschaftlicher Praxis bestimmen, die als Ziel auch die künftigen Gesellschaftsformen konstituieren soll: *Die eigenen Freiheitsräume wachsen nicht mehr auf Kosten der Freiheitsräume anderer, sondern die jeweils individuelle Selbstentfaltung bezieht ihre Kraft aus der Selbstentfaltung der Anderen und stärkt wiederum diese.* In einer Zukunftswerkstatt mit dem Thema »Ums Menschsein geht es« formulierten die Teilnehmenden als abschließende konkrete Utopie den Satz: *»Ich bin selbst ein Puzzle/Teil des Ganzen, ich kann und möchte meinen Platz finden; ich kann ein gutes Teil weitergeben und mich selbst komplettieren«.*

Die Kunst der Ent-Unterwerfung

Es gibt eine alte anarchistische Regel: Die Mittel dürfen dem Ziel nicht widersprechen! In unserem Fall muss erst noch begründet werden, warum es erforderlich ist, in den eigenen Bewegungen und Strukturen intersubjektive Beziehungen zu pflegen und Instrumentalisierungen kenntlich zu machen und so weit wie möglich zu verhindern. Wäre es nicht doch sinnvoll, für die »große Politik« primär in Kategorien des Gegeneinander, des konsequenten Kampfes gegen Unrecht und Ausbeutung usw., die Stärkung durch Geschlossenheit der eigenen Reihen anzustreben, um machtvoll und erfolgreich zu werden?

Welche Macht und welchen Erfolg kann man dann aber erwarten? Die historische Erfahrung zeigt: Manche Mittel machen das angestrebte Ziel zunichte, und *Menschen zu instrumentalisieren und sich instrumentalisieren zu lassen, bringt keine Emanzipation in die Welt.* Ich kann unter Umständen gute Gründe haben, mir selbst das Hintergehen meiner Absichten nicht einzugestehen. Wenn ich monatelang bei den wöchentlichen Montagsdemos von denen, für die ich mich einsetze, vom Eiscafé nebenan nur genervt angeglotzt werde; wenn die Leute nur müde aus dem Fenster linsen, während wir uns bei der Antifademo den Hintern abfrieren... – dann kommen die Fragen hoch: »Was ist nur mit diesen Leuten los? Wie bekommen wir sie auch dazu, dass...?«

Wir bekommen sie mit Sicherheit nicht dazu, wenn wir sie zu *etwas bekommen* wollen. Fremdbestimmung konterkariert das gute Ziel. Wenn wir uns nicht auf unsere und ihre Gründe einlassen, werden wir trotz aller Bemühungen nicht viel erreichen. Wenn wir also auf diesem Weg nicht weiter kommen, und vielleicht sogar verstehen, dass wir uns durch das Ausschalten ihrer Subjektivität selbst die Beine gestellt haben, können wir auch beginnen, es anders zu versuchen: Es geht darum, die jeweils individuellen Gründe für politisches Handeln ernst zu nehmen. Das heißt noch lange nicht, alle Begründungen zu akzeptieren und hinzunehmen, aber es bietet die Chance, *mit* anderen Menschen zusammen zu arbeiten und die Gesellschaft zu verändern, statt letztlich *gegen* sie.

Wie können wir, ausgehend von der Anerkennung des Begründetseins von menschlichem Handeln, unser Vorgehen erfolgreicher gestalten? Wichtig ist es, jeweils von konkreten Lebensproblemen auszugehen. Die Art und Weise, wie Menschen versuchen, ihr Leben zu realisieren, wird unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen letztlich widersprüchlich sein. Wenn ich ständig um meinen Arbeitsplatz bangen und mich dafür abstrampeln muss, fällt es mir schwer zu akzeptieren, dass andere auch ohne diese Anstrengung gut leben dürfen. Aber auch mir selbst spreche ich damit diese viel angenehmere Möglichkeit ab. Wenn ich Erfolg in der politischen Arbeit will und mich dabei über die Interessen anderer hinwegsetze, dann schade ich meinem eigentlichen Ziel.

Dann kann es schmerzhaft sein, diese Selbstbehinderungen auch noch zu erkennen – Verdrängung liegt nahe. Wenn ich Glück habe, befinde ich mich unter Menschen, mit denen wir gemeinsam über solche Erfahrungen sprechen können und unter denen es üblich ist, diese Probleme nicht in Form von »Schuldzuweisungen« zu diskutieren, sondern bei denen darüber nachgedacht wird, in welcher Lebenslage ich mich befinde und was für mich Prämissen sind, von denen ausgehend ich meine Entscheidungen getroffen habe. Vielleicht finden wir dann gemeinsam andere Möglichkeiten, das entsprechende Problem zu bewältigen.

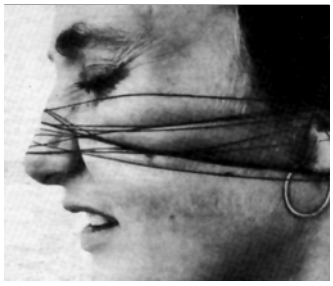


Foto: Sauer

»Es wird ein Lachen sein, das Euch besiegt...«

Die große Bedeutung der zwischenmenschlichen Beziehungen hat ihren Grund nicht primär im Bedürfnis nach einer »Wärmestube«, sondern sie will einen wichtigen Kraftquell für politische Kämpfe speisen. Subjektbeziehungen sind selbst »Kampfbeziehungen gegen Unterdrückung, damit für ihre volle Verallgemeinerbarkeit« (Holzkamp 1979: 14). Ohne Subjektbeziehungen wird das Ziel der Emanzipation in Frage gestellt. Neben der Strategie, Dämme zu bauen gegen die Angriffe und die Zumutungen gegen unsere Lebensinteressen, besteht der dynamischere Teil des Kampfs für neue gesellschaftliche Verhältnisse (oder auch das Erträglichhalten der alten, solange notwendig) darin, bereits im Vorhandenen neue Lebensprinzipien in die Welt zu setzen. Wir bauen damit Schiffe, die uns in eine neue Welt befördern, als Elemente der neuen Welt innerhalb der alten, wie es Marx forderte (Marx MEW 4/Man: 480). Weder beim Dämme- noch beim Schiffebauen kommen wir weit, wenn wir untereinander oder mit anderen Menschen so umgehen, wie es in der alten Welt gang und gäbe ist, nämlich instrumentalisierend und Schuldvorwürfe zuweisend.

Auch im Kampf ist das mitreißende Argument das Erleben einer anderen, befreienden Umgangsweise miteinander. Nicht umsonst bestehen die jahrzehntelangen Kämpfe gegen die Castor-Transporte im Wendland weder aus einer ewigen Trauerfeier noch einem Wutgeheul, sondern Witz und Bauernschläue vereinigen sich mit Emma Goldmanns Prinzip: *»Wenn ich nicht tanzen kann, ist es nicht meine Revolution«.* ●

Literaturangaben online unter
kritische-psychologie.de/contraste

»SELBSTBEFREIUNG«

Ohne die Vielfalt der in CONTRASTE vertretenen Bewegungen und Gruppierungen zu schmälern, kann man ihr Anliegen wohl ganz allgemein als eines der Emanzipation von ausbeuterischen, unterdrückerischen und entmündigenden Verhältnissen und Beziehungen verstehen. Der Inhalt der Kategorie »Emanzipation« unterlag, wenn man Wikipedia folgt, einer Bedeutungsverschiebung. Ging es früher um eine Gewährung von Selbstständigkeit, so geht es heute um Selbstbefreiung. Dieser Wandel ist in der politischen Praxis oft noch nicht angekommen; wohlwollende Bevormundung oder auch abwertende Personalisierungen bestärken die häufig vorkommende Praxis von Entmündigung und Entsubjektivierung. Ein Konzept, das als Subjektwissenschaft entstanden ist, kann Aktiven im weiten Feld der Emanzipation hilfreiche Gedankenformen für die notwendige Umorientierung von der »Gewährung der Freiheit« zur »Selbstbefreiung« bieten.

EIN WAHRZEICHEN, SEINE BÜRGERBEWEGUNG UND SEIN EIGENTÜMER

Leuchtturm im Schatten von Investoren

Ein Leuchtturm ragt über die Dächer des Kölner Stadtteils Ehrenfeld, etwa vier Kilometer vom Rhein entfernt. Als Seezeichen diente der Turm noch nie, eher war er ein Prestigesymbol der Frühindustriellen Elekrizitäts-AG namens »Helios«. Zwei Jahrhunderte später steht der Turm immer noch und zwar nicht nur als Relikt dieser Zeit. Er ist zum Symbol einer Bürgerbewegung geworden, der »Helios-Bürgerinitiative«. Diese will verhindern, dass die Investoren »Bauwens-Gruppe« und »MFI-Gesellschaft« (Gesellschaft für Gewerbeimmobilien mbH, Essen) auf dem alten Firmengelände, das zurzeit durch Ateliers, Werkstätten, einen alternativen Konzertclub und ein paar Läden genutzt wird, eine Shopping-Mall errichten. Was vorher geschah, war klassisch: Die Industriebrache zog Subkultur an; das interessierte Investoren-Scouts, die ihre Empfehlung aussprachen, und folglich kaufte »Bauwens« mit einem Anteil von 80% das Gelände.

Von Insa Pohlenga ● Bei der Entwicklung in Köln-Ehrenfeld sticht allerdings heraus, dass sich ein so breites Spektrum von ganz unterschiedlichen Menschen gegen die geplante Stadtteilaufwertung stellt. Die BI-Mitglieder fordern eine Mischbebauung und -nutzung: Denkmalerhalt, Büros, Werkstätten, Ateliers, Grünflächen, bezahlbaren Wohnraum, Einzelhandel auf gleichbleibender Fläche, den Erhalt des Konzertclubs und der Subkultur insgesamt.

Den Anstoß zur Gründung der BI gab eine Infoveranstaltung, zu der etwa 50 Leute kamen, und ein Facebook-Aufruf. Dieser Impuls reichte aus, um einen Zusammenschluss von ArchitektInnen, KünstlerInnen, EinzelhändlerInnen der Gegend sowie Leuten der Partyszene und interessierten BürgerInnen des Stadtteils (auf Kölsch: Veedel) zu initiieren. »Unter den 50 Personen waren circa 10 EinzelhändlerInnen und 10 Leute von Parteien. Die anderen waren interessierte Bürger und Bürgerinnen«, sagt Mitinitiator Thor Zimmermann, der für die Wählergruppe »Deine Freunde« im Kölner Stadtrat sitzt. Mittlerweile hat die BI 150 aktive Mitglieder und 3.000 Facebook-Anhänger, 700 Menschen protestierten 3 Monate nach BI-Gründung gegen die geplante über 20.000 qm große Mall.

Das wöchentliche Treffen der BI findet in einem nur wenige Fußminuten von dem Gelände entfernten Café statt. Die SprecherInnen der Arbeitskreise Kultur, Netzwerk, Öffentlichkeitsarbeit und Stadtentwicklung trudeln langsam ein. Allein optisch lassen die Delegierten Vermutungen zu, wie unterschiedlich die Menschen in der BI sind. Der Sprecher der Bürgerinitiative, Hanswerner Möllmann, weiß um die Vielfalt der Initiative und ist froh über die bisherigen Entscheidungsfindungen: »Bis jetzt wurde in Vollversammlungen über die Ziele und über den Sprecher abgestimmt, das war zum Glück beide Male einstimmig. In Zukunft wird das sicher schwierig und wir müssen mehrheitlich entscheiden.«

In der nahen Zukunft kommt es vor allem auf den Ablauf der Bürgerbeteiligung an. Diese soll ab dem Sommer in Form mehrerer extern moderierter Themenabende stattfinden. Die Ergebnisse sollen in die weiteren Planungen einfließen. Die PolitikerInnen der Bezirksvertretung und auch die des Stadtentwicklungsausschusses plädierten mit großer Mehrheit für ein solches Verfahren. So glatt werden Entscheidungen bei dem Gespräch mit den Investoren wohl nicht verlaufen; sie wollen ihr Geld gewinnbringend investiert sehen, auch wenn die »Bauwens-Gesellschaft« geäußert hat, Kultur und öffentlich nutzbaren Raum auf dem Gelände integrieren zu wollen. Kultur ist eben nicht gleich Subkultur, und die will die BI in ihrem Veedel erhalten. Die Mitglieder haben bei der geplanten Gentrifizierung aber nicht nur ihren eigenen Stadtteil vor Augen, sondern die gesamte Stadt und die Entwicklung bundesweit: »Die Künstler haben schon gesagt, wenn das Heliosgelände als kreativ nutzbare Fläche auch noch wegfällt, gehen sie weg, nicht nur aus Ehrenfeld, sondern auch aus Köln«, sagt die Sprecherin der Stadtentwicklungsgruppe. Auch in dem bisherigen Verlauf der Bewegung sehen Mitglieder und einige Politiker ein Exempel, das auch andernorts anwendbar ist, ein Pionierprojekt, das zukünftig in vielen Städten für eine höhere BürgerInnenbeteiligung in der Stadtentwicklung sorgen soll.

Ob der Turm also auch überregional zum Wahrzeichen wird? Möllmann sieht zumindest die Aussicht in Ehrenfeld positiv: »Wir denken zwar nicht, dass wir die Aufwertung komplett aufhalten können, aber wir werden bei der Bürgerbeteligung gute Argumente für unsere Ideen haben.«●

Helios-Gelände

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

HRO: Einstellung für Gentech-Gegnerin

Ein Verfahren gegen eine Gentechnikgegnerin, der vorgeworfen wurde, 2009 mehrere Gentechnikversuchsfelder nahe Rostock zerstört zu haben, wurde ohne Verhandlung gegen die Auflage, 300 Arbeitsstunden zu leisten, eingestellt. Der jungen Frau war vorgeworfen worden, ein Kartoffelfeld, ein Weizenfeld und ein Gerstenversuchsfeld (für dessen Teilzerstörung im Jahre 2006 – damals lag das Feld noch in Gießen –, sitzt der Gentechnikkritiker Jörg Bergstedt noch bis Ende März in der JVA Gießen ein halbes Jahr Haft ab) mit transgenen Pflanzen zerstört oder teilzerstört zu haben. Der Sachschaden beliefe sich auf 20.000 Euro. Spendenkonto für Prozesskosten: »Spenden & Aktionen« Nr. 92881806, Volksbank Mittelhessen (BLZ 513 900 00) Stichwort »Lüsewitz 09«.

LG: Verurteilung wegen »Containern«

Während die Staatsanwaltschaften auf die Kriminalisierung von »Containern« meistens verzichtet, beharrt die Lüneburger Justiz auf einer Verurteilung. Nach 4 Verhandlungstagen wurde das Urteil im sog. Keksprozess gesprochen: 25 Tagessätze à 5 Euro. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, im Sommer 2011 mit einer weiteren Person – die nicht angeklagt wurde – das Gelände der Konditorei Scholze durch ein offenes Tor betreten zu haben. Dort entwendete er, so das Gericht, abgelaufene Kekse aus einer Mülltonne. Begründet wurde das öffentliche Interesse mit dem jahrelangen politischen Engagement von Karsten und in diesem Zusammenhang gegen ihn in der Vergangenheit geführten Verfahren, wie beispielsweise ein längst eingestelltes Verfahren wegen einer friedlichen Baumbesetzung gegen ein Verkehrsprojekt der Stadt im Jahre 2007. Zur Urteilsverkündung war der Angeklagte nicht mehr erschienen – aus Protest gegen ein schon im Voraus feststehendes politisches Urteil. ProzessbeobachterInnen kritisieren die politisch motivierte Verfolgung der Tat durch die Behörden, die massive Einschränkung der Rechte der Verteidigung sowie eine abwegige Auslegung des Tatbestandes Hausfriedensbruch. Im Kern erläuterte die Richterin, das Betreten eines Geländes durch ein offenes Tor sei grundsätzlich nicht strafbar. Wenn dies aber zu Nachtzeit erfolge, könne dies aber schon als Hausfriedensbruch bewertet werden. Der Betroffene hat Rechtsmittel eingelegt.

Hausdurchsuchung in München

Am 19.1 fanden drei Durchsuchungen von Privatwohnungen in München statt. Vorwand waren Sachbeschädigungen im Oktober 2010 vor dem ESCADA-Firmenhauptsitz in Aschheim. Neben Computern, Laptops und externen Datenträgern wurden einzelne Aktionsmaterialien beschlagnahmt. Laut den Betroffenen versuchten die PolizeibeamtInnen sie während den Hausdurchsuchungen zu erpressen, indem ihnen in Aussicht gestellt wurde, ihre Computer behalten zu dürfen, sofern sie geständig seien bzw. andere AktivistInnen beschuldigen. Alle Betroffenen machten keinerlei Angaben. Die Hausdurchsuchungen führten 2-3 BeamtInnen der Kripo auf Beschluss des Amtsgerichtes München durch und dauerten jeweils ca. eine Stunde. ESCADA war Ziel einer Kampagne gegen Echtpelzverkauf, welche im Oktober letzten Jahres nach drei Jahren erfolgreich beendet wurde.
Mehr Infos: antifur-campaign.org

Warschau: Bewährungsstrafe nach Widerstand

Vier Jahre nach seiner Teilnahme an der »Parade für sexuelle Gleichberechtigung« in Warschau wurde Anfang Mai letzten Jahres das Urteil gegen den Berliner René K. gesprochen. René erhielt eine Haftstrafe von einem Jahr, ausgesetzt auf zwei Jahre Bewährung. Angeblich soll er im Juni 2006 einen Polizeibeamten während der »Parade« angegriffen haben. René K. war bei der Demonstration in Warschau festgenommen worden, als er sich zusammen mit anderen TeilnehmerInnen am Endkundgebungsplatz gegen rechtsextreme Provokationen von GegendemonstrantInnen verteidigte. Später wurde ihm vorgeworfen, sich gegen seine Festnahme gewehrt zu haben. Daraufhin behielt ihn die polnische Justiz für zwei Monate in der Untersuchungshaft des Warschauer Bezirksgefängnisses – gegen Kautionszahlung wurde er schließlich auf freien Fuß gesetzt.

Demo-Verbot zum G8-Gipfel rechtswidrig

Das zum G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm verhängte Demonstrationsverbot gegen »block G8« wurde vom Schweriner Verwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt. Die Polizei hatte einen Sternmarsch zum Sicherheitszaun um den Tagungsort der G8-Staats- und Regierungschefs verboten. Dagegen hatten Gipfel-GegnerInnen geklagt. Der Richter bezog sich auf das Bundesverfassungsgericht, das im Juni 2007 das Verbot in einem Eilverfahren zwar bestätigt, aber erhebliche Bedenken im Hinblick auf das Grundrecht der Versammlungsfreiheit geäußert hatte. Die Polizei habe das Bundesverfassungsgericht mit falschen Angaben zur Gefahrenprognose in die Irre geführt, sagte die Rechtsanwältin der drei Kläger, Ulrike Donat. Zu den Klägern gehört die innenpolitische Sprecherin der Linke-Fraktion im Bundestag, Ulla Jelpke. So sei die Zahl der Verletzten bei den schweren Krawallen in Rostock unmittelbar vor Beginn des Gipfels aufgebauscht und von angeblichen Waffen berichtet worden. Allerdings beteiligt sich auch die Anwältin der KlägerInnen an der diskursiven Konstruktion von angeblich »gutem« und »bösem« Protest: »Es gab schlimme Ausschreitungen, aber auch eine große Anzahl von Leuten, die einfach ihren Protest zum Ausdruck bringen wollten«.

TKDV: Einstellung gegen 80 Friedensarbeitsstunden

Am Landgericht Kiel endete eine traurige Epoche der bundesdeutschen Geschichte. Mit einer Einstellung endete das hoffentlich letzte Strafverfahren gegen einen totalen Kriegsdienstverweigerer. Frankie ist einer von vielen jungen Männern in Deutschland, die Post vom Kreiswehrersatzamt bekommen haben und leider kriegsverwendungstauglich gemustert worden sind. Militärdienst kam und kommt für ihn aber nicht in Frage, also hat er wie viele andere den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigert und ist staatlich als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden. Während und nach dem Anerkennungsverfahren hat er jedoch erkannt, dass der Zivildienst keine akzeptable Alternative zum Militärdienst ist. Deshalb ist er an seinem Einberufungstermin nicht bei seiner Dienststelle angetreten. Daraufhin folgten ein Ermittlungsverfahren wegen »Dienstflucht«. Der Prozess endet letztlich mit einer Einstellung und der Auflage, innerhalb von sechs Monaten 80 Arbeitsstunden bei der Friedenswerkstatt Kiel zu leisten.

120 Tagessätze nach angeblicher Beleidigung bei Konsulatsblockade

Im Frühjahr 2010 blockierten ca. 70 Personen das iranische Konsulat in Frankfurt-Ginnheim aus Protest gegen die Diktatur im Iran. Für eine Kölner AktivistIn hatte die Aktion nun ein rechtliches Nachspiel vor dem Frankfurter Amtsgericht. Ein Beamter fühlte sich bei der rabiaten Räumung, der von iranischen und deutschen Linken durchgeführtem Blockade, beleidigt. Der Prozessverlauf war in einem derartigen Fall erwartungsgemäß. Zwar war die Beleidigung des Beamten nicht auf dem Polizeivideo zu hören und auch die zwei Polizeizeugen konnten sich nicht mehr genau erinnern. Doch ein Beamter war sich (obwohl er bei der teilweise gewalttätigen und von lautstarken Parolen begleiteten Räumung der Blockade einen Helm trug) sicher, den Satz »Ihr Arschlöcher seit genauso wie die Wichser im Iran« der Angeklagten zurechnen zu können. Nicht zuletzt, da sie in seinen Augen vorher durch inhaltliche Redebeiträge, über die Verwicklung deutscher Firmen mit dem iranischen Regime, auf sich aufmerksam gemacht hatte. Das Gericht verurteilte schließlich zu 120 Euro Geldstrafe wegen Beleidigung. Weitere Informationen zum Prozess, der Situation im Iran und der Beteiligung Deutschlands finden sich auf: antifateheran.blogsport.de

Verwaltungsgericht Wiesbaden entscheidet gegen Videoüberwachung

Die in einem Gerichtsgebäude dauerhaft und ohne besonderen Anlass praktizierte Videoüberwachung und Personenkontrolle verletzt das Gebot der Gerichtsöffentlichkeit, entschied das Verwaltungsgericht Wiesbaden (VG Wiesbaden, Beschluss vom 20.01.2010 – 6 K 1063/09.WI). Dazu heißt es in der Entscheidung: »Das Gericht schließt sich der Auffassung des Klägervertreters an, dass eine Gerichtsöffentlichkeit nicht hinreichend gewährleistet ist, sondern vielmehr die begründete Befürchtung besteht, dass Interessierte an der Teilnahme an Gerichtsverhandlungen durch die in dem Gebäude vorhandene Videoüberwachung und Personenkontrolle gehindert bzw. abgeschreckt werden, an öffentlichen Sitzungen teilzunehmen.« Dies dürfe nur bei besonderer Gefährdung der Fall sein. Der gemeinsame Standort mehrerer Gerichte rechtfertige dies jedoch nicht. Das Urteil ist insofern relevant, als dass die Praxis an sehr vielen Gerichten nicht anders aussieht. Videoüberwachung und Personenkontrollen sind rechtswidrigerweise bei den RechtsschützerInnen an der Tagesordnung.●

Hauke Thoreo

DIE ENTWICKLUNG DER BÜRGERSENDER IN NIEDERSACHSEN

»Publizistische Ergänzung« statt Gegenöffentlichkeit

Im Jahr 1993 wurde in Niedersachsen durch eine Änderung des Rundfunkgesetzes die Möglichkeit geschaffen, lokale werbefreie Rundfunksender zu betreiben. Es gab zu dieser Zeit eine ganze Reihe von Initiativen, die Radio machen wollten, darunter auch einige, die sich der Idee des »Freien Radios« verbunden fühlten.

Von Hans Weber, Redaktion Göttingen ● In Hannover hatte sich der »Freundeskreis Lokalradio« gebildet, aus dem später *»Radio FLORA«* werden sollte. In Wilhelmshaven hatten Teile der Belegschaft des von der Pleite bedrohten Olympia-Werkes den Piratensender *»Radio Überleben«* gegründet. In Holzminden plante der Medienwissenschaftler und Lokalradio-Aktivist Thomas Muntschick sein *»Radio Eckenbrecher«*, und beim *»Göttinger Stadtradio«* (das am Anfang noch »Stattradio« heißen sollte) gab es unter den Gründungsmitgliedern auch Leute, die 1981 bei *»Radio Pflasterstein«* mitgemacht hatten.

Doch das neue Gesetz hielt schon zum Anfang einige Hürden bereit. Das ganze war als »Betriebsversuch« angelegt, mit dem zwei verschiedene Modelle lokalen Rundfunks getestet werden sollten: der »Offene Kanal« (OK) und das »Nichtkommerzielle Lokalradio« (NKL). Wichtig: die Landesmedienanstalt bestimmte die Versuchsgebiete (14 an der Zahl), und auch, welches der beiden Modelle wo zugelassen werden sollte. Wer im falschen Verbreitungsgebiet saß oder auf das falsche Modell gesetzt hatte – Pech gehabt. Eine flächendeckende Versorgung mit Lokalfunk war nicht vorgesehen.

Über 50 interessierte Initiativen

Von Anfangs mehr als fünfzig Initiativen blieben so nur noch gut zwanzig, die Aussichten auf eine Lizenz hatten. Es wurde Kritik laut (besonders aus Holzminden und Oldenburg), dass es bei der Festlegung nicht mit rechten Dingen zugegangen sei, dass Gebiete, in denen als besonders unbequem geltende Leute saßen, bewusst ausgeschlossen wurden. Für Hannover traf dies sicher nicht zu, *»Radio FLORA«* blieb im Rennen.

Die wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Modellen: im OK darf im Prinzip jeder senden, was er will, solange er nicht gegen Gesetze oder die guten Sitten verstößt. Es gibt kein festes Programmschema, keinen Zusammenhang zwischen den einzelnen Beiträgen. Vorrangige Aufgabe der Mitarbeiter ist es, die »Hobby-Rundfunkmacher« anzuleiten, die Technik in Schuss zu halten und den Sendebetrieb zu verwalten. Ein NKL dagegen hat ein festes Redaktionsteam, das ein Programm gestaltet und verantwortet. Bürgerbeteiligung geschieht hier durch Zuweisung eines Teils der Sendezeit an interessierte Mitmenschen (»Bürgerfunk« oder »zugangsoffene Sendeplätze«) und/oder durch Integration von themenspezifischen Redaktionsgruppen, die damit quasi zu Freien Mitarbeitern des Senders werden. Den NKLs wurde vom Gesetz die Aufgabe zugewiesen, lokale Berichterstattung zu betreiben und eine »publizistische Ergänzung« zu den bestehenden Medien zu bieten.

Für die Vertreter des Freien Radios kam damit, wenn überhaupt, nur ein NKL in Frage. Politische Relevanz sei nur mit einer Programmstruktur zu erreichen, in der es möglich ist, »regelmäßig Nachrichten zu senden, die man wichtig findet, und auf brandaktuelle Ereignisse mit Sondersendungen eingehen zu können«.

Schließlich blieben von den NKL-Initiativen sechs übrig, die eine Lizenz zum Senden bekamen. Als Freies Radio verstanden sich von diesen nur *»Radio FLORA«* und, bereits mit einigen Einschränkungen, *»Radio Aktiv«* aus Hameln. In acht Gebieten wurden Offene Kanäle eingerichtet.

Offizieller Start des Betriebsversuchs war der 1. April

Der Ü-Wagen von »Radio FLORA« vor Hannovers Hauptbahnhof Foto: H. Weber

1997. Hartnäckig hielt sich das Gerücht, dass die beiden Modelle »gegeneinander« getestet werden sollten. Während in der rot-grünen Koalition die SPD eher dem OK-Modell zuneigte, favorisierten die Grünen die NKL-Variante. Im Verlauf des Versuches begannen jedoch die Sender aufeinander zuzugehen und eher die Gemeinsamkeiten zu sehen anstatt die Unterschiede. Im Juli 1998 wurde ein gemeinsamer Landesverband gegründet, dem sich nacheinander alle Sender anschlossen – außer *»Radio FLORA«*.

Sendemodelle nähern sich an

Nach dem Ende der fünfjährigen Versuchsphase fiel die Bilanz scheinbar positiv aus: nur einer der Sender hatte Pleite gemacht, dafür war ein anderer (*»Radio Ostfriesland«*) neu zugelassen worden. Die übrigen hatten sich – mit besagter Ausnahme – so weit angenähert, dass man hinfort von einer einzigen Sparte, nämlich den »Bürgersendern« sprechen konnte. Während die Offenen Kanäle jetzt auch redaktionell gestalteten Programme ausstrahlen wollten (»NKL im OK«), gelobten die nichtkommerziellen Lokalradios, noch zugangsoffener zu werden (»OK im NKL«). Sämtliche Sender erhielten die Lizenz für den Regelbetrieb. Kurz darauf kam mit *»Radio Tonkuhle«* in Hildesheim noch ein weiterer Sender hinzu.

2007 stand die Verlängerung der Lizenzen an. Alle Kandidaten bestanden die Prüfung problemlos – nur *»Radio FLORA«* nicht. Nach ihrem Widerspruch wurde die Verlängerung 2008 endgültig abgelehnt. Die offizielle Begründung verwies auf mangelnde Akzeptanz beim Publikum, die in mehreren Reichweitenstudien festgestellt worden sei. In dem ablehnenden Bescheid der Niedersächsischen Landesmedienanstalt stand aber auch, »Radio FLORA orientiere sich immer noch zu sehr am Konzept der Freien Radios« und »bei Radio FLORA würden zu wenig die Meinungen aus dem 'wirtschaftlich-unternehmerischen' Bereich berücksichtigt« (zit. nach der Website von »radio flora«). Die Sendungen auf UKW mussten am 31. März 2009 beendet werden. Seitdem wird *»radio flora«* (so die offizielle Schreibweise heute) als Internetradio weitergeführt. Die alte Flora-Frequenz wurde an *»Radio LeineHertz«* vergeben, einen eilends neu gegründeten »Bürgersender«, dessen Programm sich deutlich mehr am Mainstream orientiert.

Fazit: in Niedersachsen gibt es Lokalsender, die werbefrei sind, die (mehr oder weniger) offen sind für Bürgerbeteiligung und die den Anspruch erheben, eine publizistische Ergänzung zu den vorherrschenden Medien zu bieten. Ein »Freies Radio« sucht man in der niedersächsischen Hörfunklandschaft allerdings vergeblich.●

NIEDERSACHSEN: NEUES MEDIENGESETZ

Kommerzfunk kommt im Eiltempo

Am 1. Januar 2011 trat in Niedersachsen ein geändertes Mediengesetz in Kraft. Erstmals ist damit ein kommerzieller lokaler Rundfunk (d. h. TV und Hörfunk) erlaubt. Nicht einmal sechs Wochen später, am 10. Februar, wurden bereits die ersten Lizenzen verteilt.

Von Hans Weber, Redaktion Göttingen ● Als im November 1993 durch eine Neufassung des Landesrundfunkgesetzes die Zulassung werbefreien lokalen Rundfunks ermöglicht wurde, dauerte es anschließend fast drei Jahre, bis die ersten Sender, nichtkommerzielle Lokalradios und Offene Kanäle, den Betrieb aufnehmen konnten. Diesmal hat man sich nicht soviel Zeit gelassen: bereits unmittelbar nach Verabschiedung der Gesetzesnovelle wurde einer von 28 verfügbaren TV-Kabelkanälen für die kommerziellen Anbieter »freigeräumt«. Weichen muss dafür »Das Vierte«, was sicher kaum jemand als Verlust empfinden wird. Die Niedersächsische Landesmedienanstalt (NLM) schrieb diesen Kanal, getrennt nach 21 »Netzregionen«, für lokales oder regionales Fernsehen aus. Die Ausschreibungsfrist endete am 7. Januar 2011. Bis dahin lagen für 17 Regionen Bewerbungen vor, in vier Regionen sogar je zwei. Insgesamt gingen sechs verschiedene Gesellschaften ins Rennen.

Genau genommen existierte in einigen Regionen ja schon so etwas wie Lokalfernsehen. Der »Friesische Rundfunk« des ehemaligen Sensationsreporters Karl-Heinz Sünkenberg ist schon seit 2005 auf Sendung. Dafür wurde eine Lücke im Gesetz ausgenutzt: Solange nämlich zu den bewegten Bildern kein passender Ton gesendet wird, gilt das nicht als Rundfunk, sondern als »Telemedium« – und das war auch nach dem alten Gesetz erlaubt. Werbeeinblendungen sind dabei ebenso möglich wie das Sponsoring von Beiträgen durch lokale Firmen. Jetzt freut sich Sünkenberg aber doch, endlich »richtiges Fernsehen« machen zu dürfen. Seinem Beispiel gefolgt ist »regiotv«, bislang ebenso Anbieter eines »Telemediums«. Im Oldenburger Kabelnetz konkurrierten sie jetzt sogar miteinander.

Zeitungsverlage als treibende Kräfte

Die Namen der übrigen Anbieter waren bisher nur Insidern bekannt. Die treibenden Kräfte dahinter sind jedoch eindeutig auszumachen: es handelt sich um die

Wenn sich nur alle daran halten würden... Foto: H. Weber

regionalen Zeitungsverlage, die auf diesem Weg ihren Anteil am Werbemarkt erhalten und ausbauen möchten. Zwar dürfen sie nur eine Minderheitsbeteiligung halten, aber bei (maximal) 49,9 Prozent des Kapitals und willigen Kooperationspartnern braucht wohl niemand Zweifel zu haben, wer den entscheidenden Einfluss ausübt. Da helfen auch die sogenannten »Vielfalt sichernden Maßnahmen« nicht allzu viel, die das Gesetz vorschreibt: z.B. Stimmrechtsbeschränkungen, die Bildung eines Programmbeirats oder die Aufstellung eines Redaktionsstatutes.

Der »Friesische Rundfunk« sicherte sich die Unterstützung der »Oldenburger Nordwestzeitung«, während »regiotv« mit der »Oldenburger Volkszeitung« verbandelt ist. Die »Neue Osnabrücker Zeitung« hat ihr »OS1.TV« und ist auch an »Ems-Vechte-TV« beteiligt. Und Hannover und Umgebung deckt der Madsack-Konzern (Hannoversche Allgemeine/Neue Presse und viele andere) mit »Hannover TV« ab.

Nicht ganz klar sind die Verhältnisse bei »fan24.tv« aus der Gegend um Verden. Als Geschäftsführer tritt Georg Mahn auf, der nicht nur eine TV-Produktionsfirma besitzt, sondern auch einen Internetshop für Übergrößen (Klamotten und Schuhe) betreibt. Über das Internet sucht er im Moment vor allem »Vertriebsprofis« für den Verkauf von TV-Werbung. Ansonsten war über den Sender nicht viel herauszubekommen. Bei Redaktionsschluss waren die Entscheidungen in den umstrittenen Regionen noch nicht gefallen; aus der NLM verlautete aber, die Chancen auf eine einvernehmliche Regelung seien »sehr gut«. Dabei wurde nicht auf Kooperation gesetzt, sondern auf eine Aufteilung der Regionen (»Krieg ich diese, kriegst du jene«) oder auf eine Teilung der Sendezeit. Diejenigen Anbieter, die nicht bereits auf Sendung sind, haben ihren Start für den Spätsommer oder Herbst 2011 angekündigt. Darüber hinaus hat die NLM versichert, dass es eine neue Ausschreibung geben werde, sobald sich für die vier verbliebenen Regionen (Braunschweig/Salzgitter, Wolfsburg, Helmstedt und Göttingen) noch Interessenten melden sollten.

Radio dauert etwas länger

Auch im Hörfunk soll es bald werbefinanzierte Lokalprogramme geben. Hier ist die Lage etwas komplizierter: Radio im Kabel hört kein Mensch, die Verbreitung von Digitalradio (DAB/DAB+) kommt nicht recht in Gang, und UKW-Frequenzen sind knapp. Nur in Oldenburg steht zurzeit eine Welle zur Verfügung. Doch die NLM verspricht Abhilfe: sie hat die Bundesnetzagentur beauftragt, nach freien Frequenzen zu suchen (im Fachjargon: »zu koordinieren«). Dieser Prozess dürfte sich bis zum Sommer hinziehen. Anschließend soll die Ausschreibung erfolgen. Es soll schon jetzt einige Interessenten geben. Wenn alles glatt geht, könnten die ersten Anfang nächsten Jahres auf Sendung gehen.

Gefahr für Bürgersender?

Angesichts der knappen Frequenzen stellt sich die Frage, ob man sich diese nicht anderswo besorgen könnte. Überlegungen, die Frequenzen der Bürgersender umzuwidmen, werden von der NLM dementiert: »Es wird niemandem etwas weggenommen«. Die Bürgerfunksender haben eine Lizenz bis 2014 (in einem Einzelfall bis 2016). Daran werde nicht gerüttelt.

Doch Vorsicht: während die kommerziellen Programme eine Lizenz bis 2020 bekommen sollen und danach eine Möglichkeit zur Verlängerung um weitere zehn Jahre, laufen die Lizenzen für den Bürgerfunk aus (hier wurden sie immer nur für maximal sieben Jahre erteilt). Bereits zwei Jahre vorher müssen die Frequenzen neu ausgeschrieben werden. Fazit: schon im nächsten Jahr werden die Karten quasi neu gemischt. Und wenn die finanzielle Tragfähigkeit der bestehenden Konzepte nicht mehr gegeben scheint, kann eine Neulizensierung natürlich verweigert werden. Dann wäre der Weg frei für eine anderweitige Nutzung.

Eine Lizensierung weiterer Bürgersender wird bereits jetzt, unabhängig von der Verfügbarkeit freier Frequenzen, ausgeschlossen. Diese müssten ja von der NLM bezuschusst werden. »Die Einnahmen werden weniger, die Auf- bzw. Ausgaben dagegen mehr«, heißt es aus der Medienanstalt. Schon jetzt sei die Finanzlage unbefriedigend; da sei für weitere Projekte kein Geld mehr da.

Geplant ist auch eine neue Reichweitenstudie. Sie ist zunächst nur Teil der begleitenden Forschung, die die NLM seit dem Bestehen des Bürgerfunks betreibt. Für das nächste Jahr steht allerdings das Thema »Bürgersender« noch einmal auf der Agenda der regierenden CDU/FDP-Koalition. »Es kommt auf den politischen Willen des Gesetzgebers an«, so Christian Krebs von der Rechtsabteilung der NLM. Es läge im Ermessen der Politiker, Konsequenzen aus der Reichweitenstudie zu ziehen oder nicht. Wir erinnern uns: mangelnde Akzeptanz diente 2008 auch als Argument, die Lizenz für »Radio FLORA« nicht zu verlängern.●

STROMVERMARKTUNGSGENOSSENSCHAFT

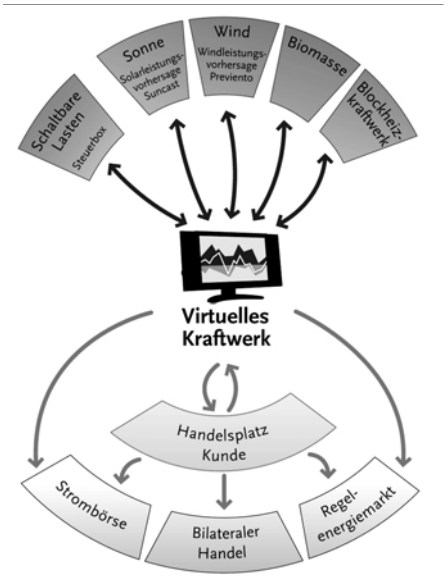
Gebündelte Energie

Grüne Stromerzeuger organisieren sich – Geplante Marktprämie des EEG als Chance

Grünen Strom dezentral in der Landwirtschaft erzeugen, bundesweit gemeinsam vermarkten und damit langfristig mehr als die EEG-Vergütung erwirtschaften. Dies ist der innovative Ansatz der Deutscher Grün-Energie Erzeuger eG (GDGE), die 20 Erzeuger erneuerbarer Energie im Januar 2011 gegründet haben. Der Mehrwert für die grüne Energie soll bei den Produzenten und Landwirten bleiben.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) hat für Erzeuger Nachteile: Die Einspeisevergütung ist für 20 Jahre festgeschrieben. Die Gewinne sinken, sobald die Kosten steigen – und es gibt keinen Inflationsausgleich. Für Betreiber von Biogasanlagen bestehen mehrere Möglichkeiten, um die Starrheit des EEG auszugleichen: Die aktive Vermarktung von Wärme und Strom sowie die Bereitstellung von Regelenergie. Für einzelne Landwirte wird dies erst durch einen Zusammenschluss möglich.

Die Genossenschaft Deutscher Grün-Energie Erzeuger eG (GDGE) will viele kleine Energieproduzenten zu einem großen verlässlichen Produzenten bündeln und erneuerbare Energien gemeinsam vermarkten, damit vor allem Landwirte einen höheren Erlös als die EEG-Vergütung erzielen. Gründungsmitglieder sind landwirtschaftliche Energieerzeuger aus dem gesamten Bundesgebiet. Zu ihnen gehört als Vorstand Martin Buchholz, geschäftsführender Gesellschafter der BBE Blumendorf Bio-Energie GmbH, in



energy & meteo systems bietet fertige Softwarelösungen für Virtuelle Kraftwerke an, wie sie für die Umsetzung des Konzepts der GDGE erforderlich sind. Quelle Grafik: energy & meteo systems, Oldenburg

Bad Oldesloe. Buchholz betreibt selber eine 2,1 MW Biogasanlage mit vier Blockheizkraftwerken und vier Wärmenetzen.

Folgende Geschäftsfelder treibt die Genossenschaft voran

- die gemeinschaftliche Vermarktung von erneuerbarer Energie vor allem aus Biogas,
- die gemeinschaftliche Beschaffung von Energie u.a. aus Wind und Sonne, um den Eigenstrombedarf zu decken,
- die Belieferung und Versorgung von Verbrauchern mit grüner Energie.

Virtuelles Kraftwerk

Am Markt für regenerative Energien stehen grundlegende Veränderungen an. Für so genannte virtuelle Kraftwerke, die eine gleichmäßige Versorgung mit erneuerbaren Energien gewährleisten, soll ein Stetigkeitsbonus eingeführt werden. Das Erneuerbare Energien Gesetz 2012 soll dafür entsprechende Anreize schaffen: Die Zugangsschwellen für die erneuerbaren Energien zum Regel- und Ausgleichsenergiemarkt werden abgebaut. Voraussetzung ist die Bündelung des dezentral erzeugten Stroms. Dies geschieht durch so genannte virtuelle Kraftwerke. Diese grünen »Großkraftwerke« führen Strom verschiedener Erzeuger zusammen und können so konstant nennenswerte Mengen an Regelenergie zur Verfügung stellen. Schwankende Strommengen werden durch intelligente Steuerung ausgeglichen. In Wind-Spitzenzeiten werden zum Beispiel entsprechend Biogasanlagen oder Blockheizkraftwerke runtergeregelt.

Das aktuelle EEG bietet deshalb eine »Bereitschaftsprämie« für diejenigen, die ihre Produktion bei Überlastung der Netze zurückfahren (Regelenergie). Voraussetzung dafür ist ein »Produktionspaket« von mindestens 15 MW, was Einzelerzeuger im landwirtschaftlichen Bereich selten erreichen. Die Gründer der GDGE greifen die anstehenden Veränderungen des EEG auf und wollen sie unmittelbar umsetzen können. Ein großer Verbund von Erzeugern kann im Marktgeschehen wesentlich mehr erreichen als jeder Einzelne. Je mehr Strom er anbietet, umso mehr wird er als Partner für Handel am Markt akzeptiert.

Anreiz zum Selbstvermarkten

Mit der Novelle des EEG Anfang 2012 wird zudem die Direktvermarktung von Strom voraussichtlich mit einer so genannten »Marktprämie« besonders gefördert. Die Marktprämie ist die Differenz von Marktpreis zur persönlichen EEG-Vergütung. Derzeit liegt der Marktpreis an der Leipziger Strombörse im Durchschnitt bei etwa 5 Cent je Kilowattstunde Strom. Bei einer EEG-Vergütung von 20 Cent je kWh und einem Strompreis von 5 Cent je kWh läge die Differenz bei 15 Cent. Diese Differenz plus wahrscheinlich einen Aufschlag als Anreiz werden die Netzbetreiber an die Biogaserzeuger auszahlen. Ob die Höhe der EEG-Vergütung erreicht wird, ist abhängig von einem relativ komplizierten Berechnungssystem mit verschiedenen Aufschlägen auf die Grundvergütung.

Die Marktprämie bietet also die Chance auf höhere Erlöse und eine gesicherte Vergütung. Nur für etwa 25% der Erlöse besteht ein eigenes Risiko. Wie stark die Gesamteinnahme über oder unter der EEG-Einspeisevergütung liegt, entscheidet der tatsächliche Stromerlös. Die GDGE hofft ihren Mitgliedern garantieren zu können, dass sie für den über die Genossenschaft vermarkteten Strom mindestens die EEG-Vergütung erhalten.

Fünf Jahre Bindung an die GDGE

Wer Mitglied in der Genossenschaft werden will, muss sich für fünf Jahre binden. Neue Mitglieder zahlen 2011 noch ein Eintrittsgeld von 1.000 Euro je Anlage, nächstes Jahr soll dieser Beitrag höher liegen. Zusätzlich zeichnen die Genossen bei Biogasanlagen einen Anteil von 6 Euro je kW (elektrisch). Für Windmüller liegt der Genossenschaftsanteil bei 1,35 Euro je kW, da Windenergieanlagen pro kW deutlich weniger Strom liefern. Auch Solar- oder Wasserkrafterzeuger zahlen einen Beitrag, der sich an der Strommenge je kW orientiert. Die jährliche Ausschüttung der Genossenschaft wird anhand der tatsächlich gelieferten Strommenge berechnet.

Als Genossen verpflichten sich die Anlagenbetreiber, bei der Direktvermarktung den Strom ausschließlich über die GDGE anzubieten. Sie können aber weiterhin den Strom an den jeweiligen Netzbetreiber abliefern und dafür die EEG-Vergütung erhalten. Schon heute bietet das EEG in §17 die Möglichkeit, monatlich zwischen Direktvermarktung und EEG-Einspeisung zu wechseln.

Garantierte Erlöse

Die Genossenschaft garantiert den Erzeugern einen Erlös, der mindestens dem der EEG-Vergütung entspricht. Eventuelle Mindererträge gleicht eine Versicherung aus. Die Vermarktung des grünen Stroms, der dezentral bei den Landwirten erzeugt und über

Das Projekt Bioenergiedorf Barlissen (www.bioenergiedorf-barlissen.de), eine Genossenschaft, beinhaltet die Energiegewinnung aus regenerativen Rohstoffen. Die Energieanlage besteht aus drei Hauptteilen: Einer Biogasanlage mit einer elektrischen Leistung von 250 Kilowatt sowie einer thermischen Leistung von 250 Kilowatt, einem Biomasseheizwerk mit einer thermischen Leistung von 500 Kilowatt sowie einem etwa zwei Kilometer langen Nahwärmenetz, über das mindestens 41 Häuser im Ort mit Warmwasser und Heizwärme versorgt werden sollen. In der Biogasanlage werden nachwachsende Rohstoffe, Gülle und Mist vergoren. Das dabei entstehende Biogas wird in einem Blockheizkraftwerk (BHKW) in Strom und Wärme umgewandelt. Foto: Volker Ruwisch

die Genossenschaft gebündelt wird, soll in den Händen eines professionellen, noch nicht feststehenden Stromvermarkters (Handelshaus) liegen. Mit diesem plant die GDGE einen Rahmenvertrag. Das Handelshaus verpflichtet sich zur Vermarktung und garantiert mindestens die EEG-Vergütung. Sie zahlt monatlich und bietet eine Online-Plattform, auf der Erzeuger und GDGE tagesaktuell die Vermarktung ihres Stroms nachvollziehen können.

Zwischen Erzeuger und Genossenschaft wird ein Liefer- und Abnahmevertrag von maximal einem Jahr geschlossen, er hält unter anderem die zu liefernde Strommenge und eine Laufzeit fest. Fällt das Blockheizkraftwerk oder die ganze Biogasanlage eines Erzeugers aus, kann die fehlende Strommenge über den Pool der Genossenschaftsmitglieder ausgeglichen werden. Strafzahlungen sind deshalb für säumige Lieferanten nicht geplant. Die Strommenge wird in der Regel tagesaktuell angeboten. Schwankungen müssen nach dem jetzigen Stand auch nur tageweise ausgeglichen werden. Buchführung, laufende Finanzbuchhaltung, die Erstellung des Jahresabschlusses übernimmt eine Steuerberatungs- bzw. Unternehmensgesellschaft aus Kiel. Sie führt auch das Treuhandkonto, auf dem die Gewinne der GDGE aus der Vermarktung bis zur Ausschüttung verbleiben. Für sämtliche Vertragsangelegenheiten ist eine Berliner Energierechtskanzlei vorgesehen.

Kooperation mit Gewinn

Hier noch einmal die Vorteile der genossenschaftlichen Kooperation im Überblick:

- Durch die Bündelung von Kleinerzeugern zu einer großen Strommenge können Landwirte in Strommärkte vordringen, die für Einzelne unzugänglich sind.
- Die Kombination von Wind-, Solar- und Biogasanlagen sorgt für eine hohe Strommenge, bei der Wind- und Solarstrom ohne Brennstoffkosten auskommen und somit den Flächenbedarf der Bioenergie reduzieren.
- Gleichzeitig sorgt Biogas als speicherbare Energie dafür, das schwankende Angebot von Wind- und Solarstrom auszugleichen.
- Die Marktprämie bezieht sich auf die Differenz der EEG-Vergütung zum Durchschnittsstrompreis. Da der tatsächliche Strompreis deutlich höher ausfallen kann, könnten die Erlöse für Anlagenbetreiber im Vergleich zur EEG-Vergütung ansteigen.
- Die Genossenschaft will den Mitgliedern günstige Bedingungen für den Stromeinkauf schaffen und damit die Kosten für die Eigenstromversorgung senken. Die GDGE stellt Einsparungen von über 1 Cent je kWh in Aussicht.

Die Gründung der genossenschaftlichen Erzeugergemeinschaft sorgte bereits für Begehrlichkeiten bei den großen Energieversorgern: RWE, E.ON und Vattenfall sollen »großzügig« angeboten haben, den Strom doch über sie zu vermarkten.●

Weitere Informationen unter www.gdge.org

Veranstaltung am 12.5.2011 in Mainz: Selbstnutzung des Solarstroms in Energiegenossenschaften

Für PV-Anlagen, die ab dem 1.7.2010 installiert werden und kleiner als 500 kWp sind, wird auch der selbstgenutzte Solarstrom besonders vergütet. Im Allgemeinen ist die Selbstnutzung des Solarstroms eine lukrative Lösung. Bei Anlagen bis 30 kW beträgt der Wert des selbstgenutzten Solarstroms ca. 34 Cent gegenüber 28,74 Cent bei der Einspeisung.

Die Selbstnutzung entspricht grundsätzlich dem Anliegen vieler Energiegenossenschaften, wird von dieser aber bisher nur selten umgesetzt. Um dies zu ändern wird speziell für Projektentwickler im Bereich Energiegenossenschaften und für andere Akteure aus deren Umfeld eine eintägige Fortbildungsveranstaltung durchgeführt. Sie findet am 12.05.2011 in Mainz im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN, Albert-Schweitzer-Str. 113-115 statt.

Ziel ist aufzuzeigen, wie durch Optimierung bei der Selbstnutzung die Wirtschaftlichkeit von Photovoltaikanlagen bei weiter sinkenden Einspeisevergütungen verbessert werden kann.

Information und Anmeldung entweder über www.energiegenossenschaften-gruenden.de oder Ev. Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft, Dietmar Freiherr von Blittersdorff (Projektleitung), Kronstraße 40, 76829 Landau, Tel.: 06341-9858-16, Fax: 9858-25, Email: info@energiegenossenschaften-gruenden.de

Anzeige

Alternative Ökonomie – noch aktuell?

An wen richtet sich das Büchlein »Theorien alternativen Wirtschaftens« von Gisela Notz? Sicher, wer über alternatives Wirtschaften vor 30 Jahren etwas Fundiertes erfahren will, ist bei Gisela Notz gut beraten. Aber was will sie uns heute sagen? Heute führt man, statt alternative Ökonomie, den Begriff solidarische Ökonomie im Munde. Im Buch ist kein Unterschied erkennbar. Vielleicht ist das auch nicht nötig, da es eventuell dasselbe ist. Die Theorien des alternativen Wirtschaftens wären dann auch die Theorien des solidarischen Wirtschaftens.

Sven Reichardt und Detlef Siegfried (Das alternative Milieu) hingegen meinen, dass das alternative Milieu lediglich zwischen dem Ende der 1960er Jahre und 1985 erkennbar existiert habe. Nun ist mit Milieu sicher ein größerer Rahmen als mit alternativer Ökonomie gemeint. Wir können jedoch davon ausgehen, dass mit dem Verschwinden des alternativen Zeitgeists sich auch mindestens das, was man alternative Ökonomie nennen könnte, ausgedünnt hat.

Aufgebrochen waren wir damals hauptsächlich, weil wir nicht unter autoritärem Zwang lernen und arbeiten wollten. Die vorgefundenen Arbeitsabläufe an sich waren noch von der tayloristischen Zerstückelung der modernen Industriegesellschaft geprägt – Stichwort Fließband. Also, nichts wie raus! Es wurde von nun an cheflos, selbstbestimmt, kooperativ und nach basisdemokratischen Entscheidungen gearbeitet. Arndt Neumann (Kleine geile Firmen) stellt fest, dass diese Arbeitsweise in normalen Firmen dankbar aufgenommen wird. Es hat sich herausgestellt, dass die Wertschöpfung bei dieser Arbeitsweise größer ist als bei traditioneller Arbeitsweise. Neumann geht sogar so weit, im Rückblick auf die Alternativen, die Vermutung anzustellen, dass die alternative Arbeitsweise ein Übungsfeld für die Steigerung des kapitalistischen Profits sei.

Die Frage ist allerdings, ob nicht systemisch ohnehin im Zwang zur maximalen Profiterzeugung dieser Weg vom Kapital eingeschlagen worden wäre – auch ganz ohne Alternativbewegung. Lars Meyer (Organisierte Selbstorganisation, in Selbstorganisation...) ist dieser Ansicht.

Reden wir also heute lieber über Solidarische Ökonomie. Da gibt es Zuhörer. Es wird uns aber nicht erspart bleiben, wieder die anstrengende Diskussion zu führen, was das wohl sei. Das Büchlein von Gisela Notz ist sicher hilfreich, um das Rad nicht ein zweites Mal erfinden zu müssen. Nur im Punkt Entfremdung, da hat sich – zumindest in der Wissensproduktion und Kreativwirtschaft – einiges getan. Einerseits halte ich es für einen fundamentalen Irrweg, wenn ich von Holm Friebe/Sascha Lobo (Wir nenn es Arbeit.) von einem »intelligenten Leben jenseits der Festanstellung« höre. Andererseits war es doch das, was wir wollten.●

Alois Wilhelm

Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens – Fenster in eine andere Welt, Schmetterling Verlag, Stuttgart, 2011, 192 S., 10 EUR

Über Grenzen hinweg

Wie entstehen transnationale zivilgesellschaftliche Netzwerke in und durch das Internet und welches Potenzial entfalten sie? Diese Fragestellung, die der Medien- und Kulturtheoretiker Rainer Winter in seinem Buch »Widerstand im Netz« untersucht, setzt voraus, dass es diese übergreifenden (Netz-)Öffentlichkeiten gibt. Winter bejaht dies, da er davon ausgeht, dass es durch das Netz neue Möglichkeiten zur Kommunikation gibt, die nicht mehr an den Nationalstaat gebunden sind und die durch das Prinzip der Betroffenheit entstehen. Im Kampf für soziale Gerechtigkeit weltweit werde das emanzipatorische Potenzial des digital grundierten Kosmopolitismus deutlich. Sicher: Die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung seit 1999 oder seit dem Aufstand der Zapatistas in Mexiko 1994 sind ohne das Internet kaum denkbar. Wie viele politisch engagierte Menschen aber wirklich an transnationaler Kommunikation teilnehmen oder sie gar aktiv gestalten, dazu gibt es wenig verlässliche Informationen.

Zuerst liefert Winter aber allgemeine Informationen zum Internet: Einerseits zur absoluten Dominanz der kommerziellen Bereiche, aber auch zur emanzipatorischen Nutzung von unten, vor allem im Zuge des Web 2.0. Er diskutiert weiter die Perspektiven demokratischer Öffentlichkeiten im Netz, die er sehr positiv einschätzt, und stellt zivilgesellschaftliche virtuelle Netzwerke vor, unter anderem die Umweltorganisation *Friends of the Earth* und APC, die *Association for Progressive Communication*. Beide Organisationen arbeiten global, APC zum Beispiel hat 51 Mitgliedsorganisationen in 34 Ländern auf allen fünf Kontinenten. Abschließend empfiehlt Winter der institutionellen Politik, doch stärker auf die zivilgesellschaftlichen Netzwerke zuzugehen. Diese hätten das demokratische Potenzial des Internets schließlich erst geschaffen und Problem- und Reflexionskompetenzen entwickelt. Damit dampft er den transnationalen, durch das Internet ermöglichten Protest auf Politikberatung und billigen Zulieferer neuer Ideen für globale Institutionen herunter und nimmt jeden herrschaftskritischen Aspekt aus dem Diskurs. Zwar verstehen viele Nichtregierungsorganisationen ihr politisches Wirken in einem solchen »zivilgesellschaftlichen« Rahmen des Lobbyismus, der Ergänzung und Reformierung herrschender Politik. Für eine Transformation der wirtschaftlichen Verhältnisse ist aber mehr nötig, und auch im Netz für die, die danach suchen, zu finden. Diese Perspektive hat Winter aber nicht, was nicht zuletzt daran liegen dürfte, dass sein Buch aus einer Studie entstanden ist, die er 2004 für das Büro für Technikfolgen-Abschätzung des Deutschen Bundestages verfasst hat.●

Bernd Hüttner

Rainer Winter: Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation; transcript-verlag, Bielefeld 2010, 165 S., 18,80 EUR

Wir sind ein Bild der Zukunft

Griechenland ist mehr als das Werbefoto mit sonnenölverschmierten Feriendörfern auf überlaufenen Inseln. Die griechische Geschichte der letzten Jahrhunderte ist eine Story des Widerstands gegen Repression, Ausbeutung und, in jüngerer Zeit, gegen den Faschismus. Als im Dezember 2008 in Athen der Aufstand der Jugend gegen zunehmende neoliberale Repressionen ausbrach und sich der angestaute Hass, die aufgeladene Wut in Straßenkämpfen und brennenden Autos entlud, berichteten große Medien mit quotengeilen Bildern. Über die politischen Hintergründe der Rebellion erfuhr der mediale Normalkonsument herzlich wenig.

Die Ermordung eines demonstrierenden Jugendlichen durch rechtsgerichtete Mitglieder dubioser Jugendorganisationen goß Öl in das Feuer eines im Wesentlichen anarchisch geprägten Widerstands, der sich gegen den Neoliberalismus und staatliche Unterdrückungsmaßnahmen richtete. Unzählige »Nester« des Widerstandes und der sozialen Aktivitäten überlebten den Ausbruch von 2008 und die große Januardemo von 2009, das Lauffeuer verbreitete sich in andere europäische Großstädte und schwappte sogar in die USA über. Erstaunlich waren bei den Beteiligten die große und weitreichende Solidarität und der weit entwickelte Organisationsgrad.

Im vorliegenden bebilderten Band erzählen vor allem junge Menschen von den Straßenkämpfen, den Enttäuschungen, Hoffnungen und intellektuellen Strategien zur Überwindung der Herrschaft eines wild um sich schlagenden Kapitalismus. Die Vielzahl persönlicher Zugänge und Erlebniswelten ist der Reichtum des vorliegenden Bandes. Alle legen sie den Finger auf gärende soziale Wunden, die die Herrschaft der Gierigen und Reichen in die Lebenswelten der Menschen geschlagen hat. Die Herausgeber erhoffen sich mit dieser Publikation mehr als »nur« ein Stück dokumentierter Zeitgeschichte: » ... dass dieses Buch ein Donnerschlag in der stillen Nacht der sozialen Apathie sein kann, ein Schrei der Tollheit mitten in einem luxuriösen Einkaufszentrum ... vielleicht kann es ein Eindruck aus der Zukunft sein. Aber das hängt von dir ab.« (S.14)●

Roman Schweidlenka

A.G. Schwarz, Tasos Sagris u.a. (Hg): Wir sind ein Bild der Zukunft – auf der Straße schreiben wir Geschichte, Laika Verlag, Hamburg 2010. 24,90 EUR

Vom Urpatriarchat zum globalen Crash?

In dem großformatigen, satte 720 Seiten dicken Werk vertritt der Autor die hinlänglich bekannte These aus der feministischen Matriarchatsforschung, dass in der mutterrechtlichen egalitären Urgesellschaft die Dinge weitaus besser waren als im nachfolgenden Patriarchat, das in seiner unersättlichen Gier nun auf den Crash, das große Inferno, zusteuert. So gesehen, von der vertretenen These her, nichts Neues in Buchform. Dennoch halte ich dieses Buch für lesenswert, was vielleicht ein sehr subjektives Urteil ist. Nicht nur, weil in dem Werk viel Mühe, Schweiß und Recherchengeist drinnen steckt, sondern weil es wie eine zeitgeschichtliche Landkarte wirkt, die auf Themenfelder hinweist, die in der Geschichte der modernen Alternativbewegung seit den späten siebziger Jahren aufgegriffen wurden: Von links besetzten historischen Themen, dem Zeitalter des Nationalsozialismus, der 68er Revolte bis hin zu jenen Forschungsinteressen, die eher der spirituell orientierte Arm der Bewegung aufgriff: Urgesellschaften und matriarchale Zivilisationen. Das Buch entführt bis in die unmittelbare Gegenwart mit ihrer Globalisierungskritik.

Und es bringt bis dato eher unbekannte Kulturen näher, die immerhin beachtenswert sind. Eine sind die Waitaha, die vor den kriegerischen Maori in Neuseeland einwanderten. Wie die Hopiindianer in Arizona präsentieren die Waitaha eine mutterrechtlich ausgerichtete Friedenskultur. Die Waitaha ließen sich lieber von den Maori töten, als selbst zu den Waffen zu greifen. Heute sind sie eine verschwindende Minderheit. Fernab der modernen Schamanismusmanie eröffnet sich in dieser verblassenden Kultur eine fremde, archaische Welt, die noch in der neolithischen Revolution wurzelt, Elemente der Megalithkultur, der Jäger- und Sammlerepoche und des beginnenden Ackerbaus vereinen sich.

So ist das Buch von Hercksen reich an Überraschungen. Für die einen mag es eine Erinnerung an eigene inhaltliche Beschäftigungen ab den siebziger Jahren sein, für die anderen eine spannende Lektüre, die Geschichte einmal von einer ganz anderen Warte aufrollt. Die Vision des Autors: Eine gemeinschaftliche Bewegung, die in den Regionen wurzelt und (politische) Lebenswelten aufbaut, die dem Patriarchat den Stinkefinger zeigen. Mehr zum Thema: www.matriarchat-patriarchat.de●

Roman Schweidlenka

Bernd Hercksen: Vom Urpatriarchat zum globalen Crash? Der Aufstieg einer verkehrten Welt und die Suche nach der richtigen, Shaker media, Aachen 2010, 39,90 EUR

Mythos Kultur

Eigentlich eine Kampfschrift gegen die Postmoderne und ihre Beliebigkeit. Die Ausführungen folgen der grundlegenden Prämisse, dass jede Form von Liberalität, freier Kunst und Individualismus letztlich die kapitalistischen Macht- und Klassenverhältnisse unterstützt, wenn sie nicht im tradierten klassisch-linken Sinn die herausragende Vormachtstellung der Ökonomie anerkennt. Durch die Ausklammerung der ökonomischen Bedingtheit aller Kultur wird die politische Macht tabuisiert, verdrängt und der Kritik und Wahrnehmung entzogen. Jede Form der Reform und Emanzipation muss so letztlich indirekt den Interessen der Herrschenden dienen. Anders formuliert: Die zentrale These von »Mythos Kultur« besagt, dass jedes Kulturkonzept, das eine Unabhängigkeit von Kultur von dem umgebenden, alles durchdringenden politisch-ökonomisch-ideologischen Zusammenhang vorgibt, zur Entpolitisierung der Gesellschaft beisteuert und nie im Dienst emanzipatorischer Strategien stehen kann. In dem Werk erscheint so manches als gewolltes oder ungewolltes Instrument des kapitalistischen Teufels: Identitätskonzepte, Greenpeace, Amnesty International u.a., die als Symptome neoliberaler Ordnung definiert werden. Wenngleich die Entpolitisierung vieler Ausdrucksformen zeitgenössischer Kunst bedenklich und grundsätzlich eine neue Hinwendung der Kunst zu einer Funktion als Sprachrohr der Kritik neoliberaler Verhältnisse zu begrüßen ist, enthält die vorliegende Schrift eine Tendenz zur ideologischen Enge, die wiederum für künstlerische Freiheit nicht unbedingt jener Kompost ist, aus dem literarische und musikalische Feinsinnigkeit, Lockerheit und undogmatische Schöpfungen wachsen können.●

Roman Schweidlenka

Dunja Larise: Mythos Kultur. Eine Kritik des postmodernen Kulturkonzepts, Praesens Verlag, Wien, 27,20 EUR

Schwarmintelligenz

Ein spannendes, aufklärendes und gleichzeitig verklärendes, aber auch jeden Fall gefährliches Buch. Denn es berichtet minutiös, wie Schwärme sich orientieren und organisieren. Das ist informativ und aufklärend. Den beschreibenden Darstellungen weicht im Buch dann stärker eine Handlungsanweisung: Wie können Schwärme organisiert werden. Das gibt ziemlich genaue Hinweise, wie Menschenmassen zu manipulieren sind. Das gelingt mit erschreckend wenig Personen und so, dass es gar nicht auffällt. Das betont der Autor mehrfach. Auch moderne BewegungsmanagerInnen könnten dieses Buch gelesen haben, denn Demonstrationen und andere Großaktionen funktionieren ziemlich genau so, wie es Fisher für Heuschrecken und Fischschwärme beschreibt. Verklärend ist allerdings die ständig mitschwingende Behauptung, dass Menschen Schwarmtiere sind. Das sind sie nicht. Sie sind auch keine Herde, sondern kommen eher aus der Nähe der Großgruppentiere. Angesichts der sozialen Gestaltungsfähigkeit von Menschen wäre es sinnvoller, die Emanzipation des Menschen voranzutreiben, statt auf Konzepte zu setzen, die den Verlust von Steuerungsfähigkeit in Massen bereits voraussetzen und dann diese stark homogene Masse zu lenken versuchen.●

Jörg Bergstedt

Len Fisher: Schwarmintelligenz. 2010, Eichborn in Frankfurt, 272 S., 19,95 EUR

Stadtentwicklung im globalen Süden

Mega-Events finden immer häufiger in Ländern des globalen Südens statt. Die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika steht exemplarisch für diesen Trend. 2010 wurde erstmals eine Veranstaltung dieser Größenordnung auf dem afrikanischen Kontinent vorbereitet – und damit stand auch die gesellschaftliche Entwicklung des Postapartheid-Staates auf dem Prüfstand. Im Vorfeld dominierten Fragen der Sicherheit und Kriminalität in Europa die Diskussion, während in Südafrika die Vorfreude und Hoffnung auf ökonomische Impulse im Vordergrund standen.

Das Mega-Event und seine Auswirkungen auf Stadtentwicklungs-Prozesse untersuchten siebzehn AutorInnen aus unterschiedlichen Fachrichtungen. Sie beleuchteten verschiedene Fragen der Stadtentwicklung, die Auswirkungen der WM-Planungen auf die Bevölkerung und auf die Strukturen der schnell wachsenden Städte: Kann die Ausrichtung einer solchen Großveranstaltung in stark fragmentierten und schnell wachsenden Metropolen organisiert werden, ohne die sozialen Unterschiede zu verschärfen? Welche politische und ökonomische Rationalität steckt hinter der Organisation der Veranstaltung? Und – finden die infrastrukturellen Aufwertungen auf Kosten der Basisversorgung statt? Die Zusammenstellung der Beiträge wurde vor der WM abgeschlossen und bietet einen informativen und vielschichtigen Einblick in Entwicklungsprozesse einiger südafrikanischer Städte. Die Beispiele sind ausführlich dargestellt und die Ortskenntnis der AutorInnen wird spürbar – so in den Städten Durban mit seinem nachhaltigen Konzept des Stadionbaus und in Mbombela/Nelspruit, wo hingegen der Autor kaum Auswirkungen auf die lokale Ökonomie bemerkte und das Geld besser in die allgemeine Stadtentwicklung geflossen wäre.

Das Buch bietet eine kritische Analyse der Dynamiken, die von innen und außen auf die WM-Austragungsorte in Südafrika wirkten. Da immer mehr Staaten und Städte des globalen Südens sich für die Austragung von internationalen Großveranstaltungen bewerben – beispielsweise Brasilien mit der Fußball-WM 2014 und der Olympiade 2016 – kann dieses Buch auch als Warnung dienen. Die AutorInnen stellten in Südafrika eine »Festivalisierung der Stadtpolitik« fest, denn »der enorme Handlungsdruck der Vorbereitung des Mega-Events führte zu einer selektiven Beschleunigung der Stadtentwicklung.« Umsiedlungen und Vertreibungen in der Nähe der Stadien sowie die Schwächung informeller Wirtschaftskreisläufe waren die Folgen des rigiden Diktats der FIFA.

Die Beiträge liefern zwar keine Handlungsanleitungen, aber sie zeigen die problematischen Auswirkungen einer Großveranstaltung auf die Stadtentwicklung in einem sogenannten Schwellenland auf. Eine Fülle von Querverweisen unterstützt weiterführende Recherchen.●

Peter Streiff

Christoph Haberburg/Malte Steinbrink (Hrsg.): Mega-Event und Stadtentwicklung im globalen Süden, die Fußballweltmeisterschaft 2010 und ihre Impulse für Südafrika. Brandes & Apsel, Frankfurt a.M., 2010, 260 S., 24,90 EUR

DVD »Handel-macht-Klima«-Karawane

Die Filmdokumentation »Handel-macht-Klima« berichtet über die »Bus-Karawane«, die Ende 2009 von der 7. Konferenz der »World Trade Organization« (WTO) in Genf zum 15. UN-Klimagipfel nach Kopenhagen reiste. Auf diese Weise wurde eine symbolische und inhaltliche Verbindung der beiden Veranstaltungen geschaffen, denn eine der grundlegenden Ursachen der Klimaprobleme sind die profitfixierten Welthandelsstrukturen. An der Karawane nahmen 40 VertreterInnen sozialer Bewegungen der indigenen Urbevölkerung der südlichen Erdhalbkugel teil, die derzeit die Hauptleidtragenden dieser Strukturen sind.

Jürgen Kraus, Heiko Thiele und Momo Fischer begleiteten für ihren Film die Karawane, die auf zwei Routen durch Frankreich, Belgien und Deutschland von Genf nach Kopenhagen tourte. Impressionen von der Fahrt und den Stationen in verschiedenen Städten, den abendlichen Veranstaltungen und Diskussionsrunden mit europäischen Soli-Gruppen sowie Protestaktionen vor den Hauptsitzen der verantwortlichen Konzerne vermitteln ein Bild der Atmosphäre der Karawane.

Darüber hinaus setzt der Film eines der Anliegen der Veranstalter fort, indem er die Betroffenen der sogenannten 3. Welt mit ihren Erfahrungen, Problemen und Anliegen zu Wort kommen lässt. Höhepunkt sowohl der Karawane als auch des Filmes bilden die Proteste während des Klimagipfels in Kopenhagen. Aufgrund der Bilderflut und dem ständigen Verfolgen der Untertitel ist es für Unbeteiligte leider oft schwer, das Gezeigte bestimmten Orten oder Aktionen zuzuordnen. Hier wären Audiokommentare oder Texteinspielungen sehr hilfreich gewesen.

Filmdokumentation über die »Klima-Karawane von Genf nach Kopenhagen« 2009 (75 Min., D 10/2010).●

Uwe Ciesla

Die 75minütige DVD ist zu bestellen für 13 EUR oder 16 EUR, Soli-Preis zur Refinanzierung der Gratis-DVD in außereuropäischen Ländern über film@zwischenzeit-muenster.de. Zusammen mit der DVD zum Antirassismus- und Klima-Camp Hamburg 2008 gibt es beide Filme zum vergünstigten Kombi-Preis von 22 EUR (statt 25EUR)

PROJEKTE

Mietshäusersyndikatsprojekt am Potsdamer Stadtrand sucht längerfristig an gemeinschaftlichem Leben interessierte Menschen (gerne mit Kindern).
eichelkamp.blogsport.eu
kunstundhandwerk@web.de

Stadtkommune in Kassel
Du hast Lust auf Gemeinschaftsleben und suchst neue Perspektiven? Wir haben Lust auf und Platz für neue Leute, die unser Projekt erfrischen und mit uns gemeinsam Ideen spinnen. Wenn Dich Kommuneleben interessiert und Du mehr über uns wissen willst: www.locomuna.de; wenn Du uns kennen lernen möchtest: nächstes Bau- und Interessiertenwochenende: 8.-10. April – wir freuen uns auf Deine Rückmeldung.

Südeifel – Landleben im Dorf
Frauengemeinschaft in Gründung hat Platz, Gast oder ganz? Einfach subsistent leben, Garten, Handwerk, Vernetzung, Jahreskreis.
☎ (0 65 22) 10 46

GESCHICHTE (N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎ (02 21) 31 57 83

Tataren und andere Feinde der Menschheit

In diesem Heft geht es um Vorurteile und Feindbilder. Die Fremdenangst wird seit dem Mittelalter von Bilder beherrscht, Bilder von „Tataren", „Vandalen", „Hunnen", in der Zeit des Kalten Krieges von den „Russen".

In dieser Broschüre werden Tataren vorgestellt – die Tataren im (Feind-)Bild, aber auch die wirklichen Tataren. Kurze Artikel beschäftigen sich mit Hunnen, Vandalen und anderen.

Mieste Hotopp-Riecke & Reinhard Pohl:
Tataren
Feindbilder und Fremdenangst
2009, 48 Seiten, 2 Euro
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel
www.brd-dritte-welt.de

LESERBRIEF

Liebe Redaktion,
In der Februar-Ausgabe der CONTRASTE steht (auf Seite 10, Spalte 1, kurz über dem Kasten): »Die Landesmedienanstalt NLM weigerte sich 2007, Radio FLORA in Hannover nach 16 Jahren die UKW-Lizenz zu verlängern«.

Das ist so nicht ganz korrekt bzw. ungenau. Die Weigerung erfolgte erstmals 2007, wurde nach Neuausschreibung der Frequenz 2008 »rechtskräftig«. Die Sendungen mussten am 31. März 2009 eingestellt werden. Zu diesem Zeitpunkt war Radio FLORA seit knapp 12 Jahren (seit Juni 1997) im Äther gewesen.

Hans Weber

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. 19% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG,
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ / **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www. ricardabuch.de, E-Mail: info@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@nlatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: A-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7/09
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 1.-3.4.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

GEMEINGÜTER

Wem gehört die Stadt?
Tagung zu Transition Towns und städtischen Gemeingütern

Die Möglichkeit, Überfluss jenseits des Subsistenzbedarfs zu produzieren, hat vor 5.000 Jahren zum ersten Mal Städte entstehen lassen. Das Industriezeitalter ließ, befeuert von Kohle und Öl, die Städte schnell und ausufernd wachsen. Seit 2008 leben zum ersten Mal in der Geschichte über 50% der Weltbevölkerung in Städten.

In der Problembeschreibung liegt gleichzeitig die Lösung. Die Stadt ist Basis für Veränderungen und Innovation. In der Wiederentdeckung des Lokalen und dessen Nutzbarmachung durch die BürgerInnen selbst liegt die Chance. Eher von unten, von offizieller Politik noch wenig beachtet, entwickeln sich vielfältige Alternativen in Städten, die über gutes Leben jenseits der Wachstumsdynamik nachdenken und Alternativen erproben.

Die Tagung will dazu anstiften, die Frage, wem die Stadt gehört, kritisch zu artikulieren und an der Stadt als Gemeinwesen jenseits von Verwertungsinteressen mitzuwirken.
Termin: 18.-19.3.2011
Ort: Heinrich-Böll-Stiftung Bremen, Plantage 13
Information & Anmeldung:
Peter Rüdel
ruedel.boell@arcor.de

GEMEINWOHL-ÖKONOMIE

Die Gemeinwohl-Ökonomie als Alternative?
Neue Werte für die Wirtschaft mit Christian Felber

Es gibt eine Alternative zu Kapitalismus und Planwirtschaft. Die Gemeinwohl-Ökonomie baut nicht auf Gewinnstreben und Konkurrenz, sondern auf Gemeinwohl-Streben und Kooperation – denselben humanen Grundwerten, die unsere zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen lassen. Gewinn ist nur noch Mittel, nicht mehr Zweck. Die Gemeinwohlbilanz wird zur Hauptbilanz aller Unternehmen. Je sozial verantwortlicher, ökologisch nachhaltiger, demokratischer und solidarischer sich Unternehmen verhalten, desto mehr Vorteile – etwa bei Steuern und der Vergabe öffentlicher Aufträge – erhalten sie. Die Systemdynamik belohnt endlich die Richtigen: Unternehmen, die Empathie, Kooperation und Solidarität leben.
In der Gemeinwohl-Ökonomie stimmen die Werte unserer Alltagsbeziehungen mit den Werten der Wirtschaft überein.
www.gemeinwohl-oekonomie.org
Christian Felber studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Psychologie und ist seit 2004 auch zeitgenössischer Tänzer und Performer.
Er ist Mitbegründer von attac und der Bewegungsstiftung in Österreich, freier Publizist und Autor zu Wirtschaftsthemen («Neue Werte für die Wirtschaft« 2008, »Die Gemeinwohlökonomie« 2010, s. auch Seite 4 in dieser Ausgabe).
Termin: 10.5.2011, 19.30 Uhr
Ort: Haus Felsenkeller, Altenkirchen
Info: www.boell-rlp.de

FAIR HANDELN

Internationale Messe für Fair Trade und global verantwortungsvolles Handeln

Vom **14. bis 17. April** veranstaltet die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) die dritte FAIR HANDELN Internationale Messe für Fair Trade und global verantwortungsvolles Handeln. Importeure, Großhändler, Einzelhändler, kirchliche und staatliche Institutionen, Unternehmen und Verbände, Vertreter aus Politik und Gesellschaft, Aktive aus Weltläden und interessierte Verbraucher sind zu dieser Internationalen Informations- und Kontaktbörse für global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln eingeladen. Begleitend zur Fach- und Verbrauchermesse findet ein attraktives und informatives Rahmenprogramm statt.
Ort: Stuttgart, Neue Messe
Info: www.fair-handeln.com

GARTENBAU

Workcamp zum Frühlingsbeginn
in drei emanzipatorischen Gartenprojekten (Berlin, Verden und Egge). Wir freuen uns über alle helfenden Hände und laden dich herzlich ein!
Termin: 19.3.-5.4.2011
Mehr Infos:
gartenstart@gmx.de
http://offenergarten.blogsport.de/

Pflanz dir die Welt, so bunt sie dir gefällt...!

Du willst dir eigenes Gemüse anbauen? Hast keine Lust mehr auf das Grau in deiner Nachbarschaft? Bioladen ist zu teuer? Du hast Spaß daran draußen zu sein, aber zuwenig Gründe? ... Dann fang doch an zu Gärtnern!
An diesem Wochenende soll es darum gehen, ein Grundwissen zu erlangen, wie du dir selbst dein eigenes Gemüse biologisch anbauen kannst. Es wird theoretisch und praktisch ein Rundumblick über die Gemüsesaison gegeben, mit allem was wichtig ist zu wissen, von der Bodenbearbeitung, Werkzeugkunde übers Säen, Pflanzen, Pflegen bis zum Ernten und Lagern, aber natürlich auch über die Besonderheiten des Bioanbaus.
Termin: 15.-17.4.2011
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@
kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

ATTAC

Jenseits des Wachstums?!
Kongress

Wirtschaftswachstum wird weltweit als universales Rezept gegen ökonomische Probleme jeglicher Art angepriesen. Angesichts des Klimawandels, unsicherer Arbeitsplätze, der Zerstörung der Umwelt, der Umverteilung von den Armen zu den Reichen wird deutlich, dass dieses alte Rezept nicht funktioniert. Attac will gemeinsam mit Bündnispartnern nach neuen Antworten für die drängenden Krisen unsere Zeit suchen – Antworten, die jenseits des Wachstumswahns liegen.

Vom **20.-22. Mai 2011** diskutieren in der TU in Berlin über 100 ReferentInnen in über 70 Veranstaltungen darüber, wie eine »Postwachstumsökonomie«, eine Wirtschaft jenseits des Wachstums, aussehen könnte, welche Hindernisse es auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft ohne Wachstum zu überwinden gibt und warum Umverteilung ein zentraler Bestandteil einer nicht wachsenden Wirtschaft sein muss. Neben Diskussionen in Podien, Foren und Workshops sind auch künstlerische Aktionen vorgesehen, die die Frage nach der Veränderbarkeit der Gesellschaft und unserer eigenen Wünsche auf eine andere Art thematisieren.
Zur Eröffnung werden Vandana Shiva (Indien) und Alberto Acosta (Ecuador) über die Notwendigkeit einer Gesellschaft jenseits des Wachstums sprechen.
Info:
www.jenseits-des-wachstums.de

GEMEINSCHAFTEN

11.-13. März Herrischried: Seminar – Gemeinschaftssuche/gründung weltweit & Vorstellung von Gemeinschaften in Freiburg & Umgebung. Und dem aktuellen Planungsstand des interspirit.Ökodorfs, welches wahrscheinlich im Süden von BaWü oder Bayern entsteht.
Information & Anmeldung:
oekodorf@gemeinschaften.de

BEWEGUNGSSTIFTUNG

Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen

Wann sind soziale Bewegungen erfolgreich und was lässt sie scheitern? Welche Themen haben es leichter, gehört zu werden? Kann ein Misserfolg manchmal auch ein Erfolg sein? Und wie geht es weiter, wenn soziale Bewegungen ihr Ziel erreicht haben?
Diese und weitere Fragen wollen wir vom **17. bis 19. Juni 2011** auf der Tagung in Frankfurt am Main diskutieren. Sie richtet sich an Aktive aus sozialen Bewegungen, die Interesse an einem Austausch haben und voneinander lernen wollen.
Organisiert wird die Tagung von der Bewegungsstiftung. Zusammen mit der Stiftung bridge hat sie in den letzten neun Jahre über 80 Kampagnen gefördert. Nun wollen wir mit der Tagung das Gespräch über Erfahrungen und Herangehensweisen eröffnen. Mit welchen Widrigkeiten haben alle zu kämpfen? Und welche Tipps können wir einander geben?
Information & Anmeldung:
www.bewegungsstiftung.de/anmeldung-tagung.html
info@bewegungsstiftung.de

JUNGE LINKE

Kapitalfetisch, Nationalismus & die Freiheit des Willens

Die Reproduktion kapitalistischer und nationalstaatlicher Herrschaft ist zwar ohne grundsätzliche Zustimmung der BürgerInnen nicht zu machen, vollzieht sich aber »hinter dem Rücken und durch die Köpfe« (Marx) der bürgerlichen Subjekte hindurch. Menschen sind weder bloß die Marionetten der Verhältnisse noch sind ihre Handlungen bloß in Kategorien von Tätern und Opfern zu begreifen. Wir meinen, dass die Menschen nicht durch Medien »manipuliert« sind, sondern Entschlüsse und Entscheidungen eine gewichtige Rolle spielen.
Wie ist zu erklären, dass die BürgerInnen sich mächtig etwas auf ihre Individualität einbildend, selbstbestimmt massenhaft konforme StaatsbürgerInnen und somit NationalistInnen werden? Ist Nationalismus einfach irgendeine Ideologie oder ein durch die in diesen gesellschaftlichen Verhältnissen notwendiges und falsches Bewusstsein? Wie steht der freie Wille dazu? Was folgt daraus für eine Kritik der Gesellschaft und der sich mit ihr Identifizierenden für die oft genug stolzen BürgerInnen?
Termin: 9.-10.4.2011, Bremen
Mehr Infos:
info@junge-linke.org
www.junge-linke.org

TAGUNG

Auf der Suche nach dem politischen Subjekt
Subjektivierung, Neuzusammensetzung des Klassensubjekts und erweiterte Selbstbestimmungspotenziale

Vor wenigen Jahren dominierten Begriffe wie »Individualisierung« und »Politikverdrossenheit« die Zeitdiagnosen. Mittlerweile ist der Begriff »Wutbürger« Synonym für das Erstarken sozialer Bewegungen wie in Stuttgart oder im Wendland geworden, aber auch für regressive Tendenzen, wie sie sich in der Debatte um die Thesen Thilo Sarrazins gezeigt haben. Texte wie »Der kommende Aufstand« des »Unsichtbaren Kommitees« oder »Empört Euch« von Stephan Hessel finden auch in Deutschland Wiederhall.
Unübersehbar hat im dritten Jahr der Weltwirtschaftskrise die soziale Polarisierung einen politischen Charakter angenommen. Die Konstituierung neuer kollektiver politischer Subjekte innerhalb und jenseits der etablierten Kräfte ist jedoch an individuelle wie soziale Voraussetzungen gebunden, über die es bisher keine zusammenhängenden Untersuchungen gibt.
Welche dauerhaften Formen sozialer und politischer Organisierung sind unter den veränderten Vergesellschaftungsformen vorstellbar? Welche Rolle spielt die Prägung durch (Klassen-)Milieus, inwieweit sind Formen und Inhalte abhängiger Arbeit dabei von Bedeutung? Welche Konfliktlinien lassen sich zwischen verschiedenen Klassenfraktionen entlang der internationalen Produktionsketten feststellen? Welche Durchsetzungschancen haben die Ideen von Autonomie und Selbstverwaltung unter den heutigen Bedingungen?
Diesen Fragen wollen wir in unserer dritten Jahrestagung über Subjektivität im Kapitalismus, diesmal zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Bremen, nachgehen. Alle an politischen Veränderungen hin zu einer befreiten und solidarischen Gesellschaft Interessierten sind herzlich eingeladen, sich mit uns auf die Suche nach dem politischen Subjekt dafür zu begeben.
Termin: 1.-3.4.2011
Ort: Jugendherberge Bremen, Kalkstr. 6
Information & Anmeldung
Gregor Kritidis, Dieckbornstr. 10,
30449 Hannover

ANARCHISMUS

1. Anarchistische Buchmesse

Vom **9. bis 10.4.2011** in Mannheim im Jugendkulturzentrum Forum.
Mehr Info:
http://buchmesse.anarchie-mannheim.de

KONGRESS

»Wem gehört die Stadt?«

Wem gehört die Stadt eigentlich? Wie ist es möglich, dass immer wieder Entscheidungen gegen die Mehrheit der Bevölkerung getroffen werden? Wessen Interessen werden damit bedient? DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf lädt WissenschaftlerInnen, politische AktivistInnen und Betroffene ein, um im Rahmen eines Kongresses dieser Frage auf den Grund zu gehen.
Weit über 700 Millionen Euro werden derzeit in Düsseldorf für eine neue U-Bahn-Linie verbuddelt. Bezahlbarer Wohnraum hingegen fehlt und wird nicht gebaut: Über 124.000 DüsseldorferInnen hätten Anspruch auf eine Sozialwohnung, es gibt gerade mal 19.000 davon – mit sinkender Tendenz. Für den »Eurovision Song Contest« gibt die Stadt im Jahr 2011 – unterstützt von CDU, SPD, Grünen und FDP – mindestens 10 Millionen Euro aus. Die Gelder für die Unterhaltung von Kinderspielplätzen werden gleichzeitig gekürzt, 270 Stellen bei der Stadtverwaltung sollen zudem eingespart werden.
Diese Fragen spielen nicht nur in Düsseldorf eine Rolle. Weltweit organisieren sich in immer mehr Städten Menschen gegen Großprojekte (wie »Stuttgart 21«), kämpfen gegen die Verdrängung alteingesessener EinwohnerInnen durch gut verdienende Yuppies und setzen sich dafür ein, dass alle Menschen ihr »Recht auf Stadt« auch wahrnehmen können.
Termin: 18.-20.3.2011
Ort: Zakk, Düsseldorf
Information & Anmeldung:
www.wemgehoertdiestadt.de

BIG BROTHER AWARDS

11. Verleihung der BigBrotherAwards

Wenn heute Datenschutzskandale in Politik und Wirtschaft hohe Wellen schlagen und Großdemonstrationen gegen Überwachungsgesetze stattfinden, dann ist das unter anderem ein Verdienst einer Preisverleihung, die zur Institution geworden ist: Die BigBrotherAwards.
Diese »Oscars für Datenkraken« werden im April zum 11. Mal vergeben. »Ausgezeichnet« werden Politiker, Firmen und Organisationen, die besonders unverantwortlich mit den Daten anderer und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger umgehen.
Erstmals findet die BigBrotherAward-Verleihung nicht im Oktober, sondern im April statt. Sie soll auch künftig im Frühjahr stattfinden.
Die hochkarätig besetzte Jury ist gerade dabei, aus einer großen Menge interessanter Vorschläge (nach entsprechenden Recherchen) die Preisträger zu ermitteln.
Zur Verleihungsgala wird es neben den Preisreden Live-Musik und ein attraktives Rahmenprogramm geben.
Gala zur 11. Verleihung der BigBrotherAwards, **Freitag, 1.4.2011, 18-20 Uhr**, Bielefeld, Hechelei
Info: www.bigbrotherawards.de

HANNOVER

Subversive Aktion als emanzipatorische Praxis?

Linke Gruppen und Bewegungen nutzen für ihre politischen Interventionen vermehrt »subversive Aktionsformen« oder Methoden der Kommunikationsguerilla. Nicht zuletzt entstanden diese aus Unzufriedenheit mit traditionellen, auf Massenmobilisierung zielenden Aktivitäten und der Unflexibilität großer Organisationen. Seit den 1990er Jahren weisen KritikerInnen jedoch darauf hin, dass das zersetzende Unterwandern von Kommunikationsstrukturen, Diskursen und Identitäten nur ohnehin vorhandene Tendenzen des »flexiblen« Kapitalismus auf die Spitze treibe. Sollte angesichts einer solchen Analyse wieder auf politische Identitätsbildung gesetzt werden, um handlungsfähig zu bleiben?
Dieses Spannungsfeld wollen wir aus einer historisch-gesellschafts-theoretischen Perspektive vermessen und dabei konkreten Aktionen, ihren Funktions- und Wirkungsweisen, aber auch den an sie geknüpften Vorstellungen der Akteure nachgehen. Wir hoffen damit, Potenziale und Grenzen subversiver Aktionsformen für eine emanzipatorische Praxis ausloten zu können.
Termin: 19.-20.3.2011
Ort: Kulturzentrum Faust, Hannover
Information & Anmeldung:
http://subversionstagung.blogspot.com/p/anmeldung.html

MEDIEN

Webseiten bauen mit HTML

Politische Arbeit online: Hyper Text Markup Language (HTML) heißt die Sprache zum Gestalten der Webseiten. Sie lernen die HTML-Grundlagen kennen: Wie zeichnet man Text aus, wie bindet man ein Foto ein? Wie gestalte ich Seiten, damit sie angenehm lesbar sind? Welche Hilfsmittel, wie etwa »Phase 5«, gibt es? Sie lernen, worauf Sie beim Layout von Webseiten für die politische Arbeit achten sollten und wie Sie Ihr Web-Angebot bürgerfreundlich strukturieren.
Termin: 19.-20.3.2011

Bildbearbeitung mit Photoshop

Politische Kommunikation lebt von Bildern. Mit Photoshop von Adobe können Sie Bilder professionell scannen und bearbeiten – für Druckwerke wie fürs Internet. Photoshop bietet hervorragende Möglichkeiten zur Retusche und Bildbearbeitung. Weitere Stichpunkte: Dateiformate, Im- und Export, Systemkalibrierung, Ebenen, Filter, Kanäle, Pfade, Masken und Farbbehandlung.
Termin: 9.-10.4.2011
Ort: München
Information & Anmeldung:
bsp@baysem.de
www.baysem.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn

Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg